

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

JUNI 1949

Inhalt:	Seite
Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes Mai — Juni 1949	1
Geld und Kredit	1
Öffentliche Finanzen	10
Außenwirtschaft	16
Beschäftigung, Produktion und Absatz	21
Preise, Erträge und Löhne	26
Zusammenfassung und Aussichten	28
Die Entwicklung des Zahlungsmittelumschlages	35
Statistischer Teil	41

Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes Mai — Juni 1949¹⁾

Geld und Kredit

Seit nunmehr gut drei Monaten verfolgt das Zentralbanksystem bewußt die Politik des leichteren Geldes. Begonnen hat die Überleitung aus der Restriktionsperiode damit, daß am 22. März die seit dem 16. November 1948 in Kraft gewesene Kontingentierung der Bankkredite aufgehoben wurde. Im weiteren Verlauf wurde den Geldinstituten der Rückgriff auf das Zentralbanksystem erleichtert, indem die zeitweise recht fühlbar gewesenen Beschränkungen des Ankaufs von Bankakzepten ab 21. Mai (allerdings bei grundsätzlicher Beibehaltung des Nachweises, daß das Bankakzept der Finanzierung eines bestimmten Einzelgeschäfts gedient hat) in Fortfall kamen und der Höchstbetrag für den Ankauf von Wechseln, die seitens der Banken auf ihre Kundschaft gezogen werden (sogenannte Debitorenziehungen), auf 10 000.— DM heraufge-

setzt wurde. Damit war praktisch die Restriktionspolitik beendet. Um die Lage noch weiter zu entspannen, wurden mit Wirkung vom 27. Mai ferner die Sätze für Diskont- und Lombardkredite bei den Landeszentralbanken um je $\frac{1}{2}\%$ herabgesetzt, so daß nunmehr der Diskontkredit der Landeszentralbanken noch $4\frac{1}{2}\%$, der Lombardkredit $5\frac{1}{2}\%$ kostet. Entsprechend sind infolge der Abhängigkeit der Bankkonditionen von der Zentralbankrate die Kreditkosten für den letzten Kreditnehmer gesunken. Schließlich wurden mit Wirkung vom 1. Juni die Reserveätze der Geldinstitute für Sichtdepositen an Bankplätzen um 3 % auf 12 % und an Nichtbankplätzen um 1 % auf 9 % herabgesetzt — eine Maßnahme, die den Geldmarkt verflüssigt und damit ebenfalls in Richtung auf eine Herabsetzung der Kreditkosten sowie einer größeren Kreditbereitschaft der Banken wirkt.

Ergänzt wurden diese Schritte in jüngster Zeit noch durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen,

¹⁾ Abgeschlossen am 5. Juli 1949

deren Ziel ebenfalls eine weitere Auflockerung der Kreditmärkte ist. Zu nennen ist hier z. B. die Lombardzusage des Zentralbanksystems an den Arbeitsstock, damit dieser auch bei vollem Einsatz seiner flüssigen Mittel für die Investition sicher sein kann, im Bedarfsfalle über bestimmte Beträge hiervon wieder verfügen zu können. In der gleichen Richtung liegt die Bereitschaft des Zentralbanksystems, denjenigen Banken, die durch den Einsatz von Anlagekonten für Anleihezeichnungen in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sollten, durch die Übernahme von Ausgleichsfordernungen die für solche Fälle im Statut der Landeszentralbanken vorgesehene Liquiditätshilfe zu leisten.

Die Entwicklung des Bankkredits

Trotzdem hat sich die Ausdehnung des Kreditvolumens der Geschäftsbanken bisher nicht beschleunigt, sondern im Gegenteil seit Anfang Mai verlangsamt. Während nämlich in den Monaten März bis April die monatliche Zuwachsrate der Kredite im Durchschnitt aller Geldinstitute je 6 v. H. betragen hatte, ist sie im Mai auf 4 v. H. und im Juni voraussichtlich noch weiter zurückgegangen. Die Ursache für diese Abschwächung der Expansionsrate des Bankkredits dürfte zum Teil darin liegen, daß die Banken durch schlechte

Erfahrungen, die sie mit anfänglich recht großzügig gewährten Krediten machen mußten, wesentlich vorsichtiger in der Auswahl ihrer Schuldner geworden sind. Darüber hinaus fühlen sie sich aber vor allem dadurch beengt, daß ihr Kreditvolumen im Verhältnis zu den Einlagen oder zu ihrem Eigenkapital im allgemeinen bereits außerordentlich hoch ist. Es macht sich hier sehr nachteilig bemerkbar, daß wegen der Erstarrung des Kapitalmarkts die in den ersten Monaten nach der Währungsreform in verhältnismäßig großem Umfang für Investitionszwecke gewährten Bankkredite bisher nur in sehr bescheidenem Maß konsolidiert werden konnten und damit die in früheren Zeiten übliche ständige Tendenz zu einer Wiederverkürzung der Bankbilanzen durch Ablösung von „Vorfinanzierungskrediten“ ausblieb. Die Banken sitzen infolgedessen auf einem relativ hohen unbeweglichen Block von Krediten, der die Umschlagshäufigkeit ihres Kreditvolumens stark vermindert hat und sie zur Zurückhaltung in der Gewährung neuer Kredite, vor allem soweit sie ihr Kreditvolumen weiter illiquidisieren könnten, veranlaßt. Die Entwicklung geht deshalb mehr und mehr dahin, daß Bankkredite nach Möglichkeit nur noch zur Finanzierung des Warenumschlages gegeben werden.

Soweit Kredite nachweislich für diese Zwecke gesucht werden, dürften sie allerdings — Kredit-

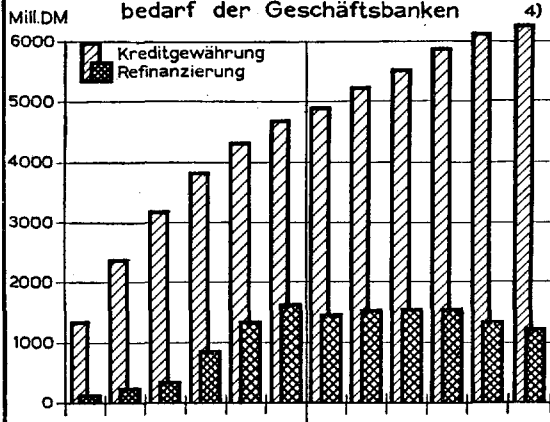
Die Entwicklung der Kreditgewährung der Geschäftsbanken
Januar - Juni 1949
(ohne Kredite an Geldinstitute)

Kreis der erfaßten Institute	Stand	Gesamt	kurzfristige Kredite	mittel- und langfristige Kredite ¹⁾	Veränderung gegen Vormonat bzw. Vorwoche	
					in Mill. DM	in v. H.
1. ca. 3 500 monatlich berichtende Geldinstitute	Ende Januar	5 516	4 901	615	+ 359	+ 7
	„ Februar	5 911	5 265	646	+ 395	+ 7
	„ März	6 256	5 551	705	+ 345	+ 6
	„ April	6 631	5 887	744	+ 375	+ 6
	„ Mai	6 914	6 124	790	+ 283	+ 4
2. 112 wöchentlich berichtende Geldinstitute	31. Mai	2 504	2 291	213	+ 97	+ 4
	7. Juni	2 497	2 281	216	— 7	} + 1,7
	15. Juni	2 561	2 341	220	+ 64	
	23. Juni	2 546	2 331	215	— 15	

¹⁾ Erhebung noch unvollkommen: einschl. umgestellter Altkredite.

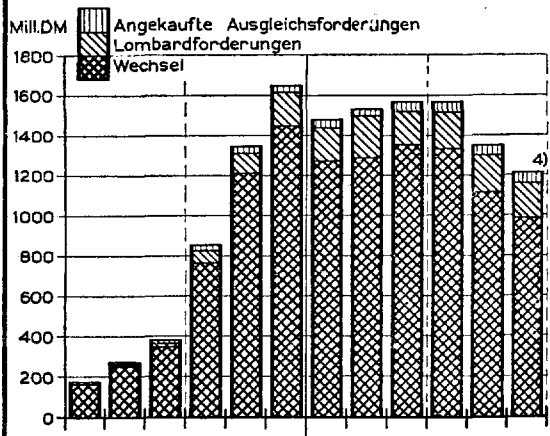
ZUR KREDITENTWICKLUNG IM WÄHRUNGSGEBIET

Kurzfristige Kredite¹⁾ und Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken⁴⁾

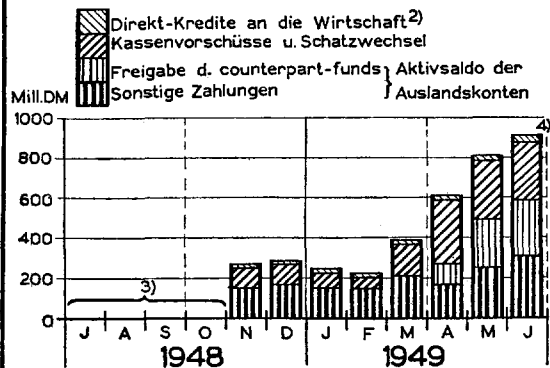


Entwicklung des Zentralbankkredits

a) Kredite an Geldinstitute



b) Kredite an Nichtbanken



1) Ohne Kredite an Geldinstitute

2) Nur den LZB in der französ. Zone gestattet

3) Die Zahlen dieser Monate sind infolge abweichender buchungstechnischer Behandlung der Auslandskonten mit den Zahlen der folgenden Monate nicht vergleichbar

4) Teilweise geschätzt

BdL

würdigkeit vorausgesetzt — leicht zu erhalten sein, besonders, wenn die Kreditnehmer bereit und in der Lage sind, sich wechselfähig zu verpflichten. Zur Deckung des Verkehrsbedarfs an wirklich kurzfristigen Umschlagskrediten reicht jedoch der gegenwärtige Umfang der Kreditexpansion offenbar aus. Seit der Jahreswende bis Ende Mai haben die kurzfristigen Kredite der Geschäftsbanken an ihre Nichtbankenkundschaft um rd. 1 1/2 Mrd. DM, also um fast ein Drittel zugenommen, während die Geschäftsumsätze im gleichen Zeitraum prozentual weit weniger gestiegen sind. Die Importfinanzierung mag dabei eine der Ursachen für die Kreditausweitung gewesen sein; jedoch eine Monatsrate der Einfuhren von 429 Mill. DM, wie sie in den ersten vier Monaten des Jahres zu verzeichnen war und an der die gewerblichen Einfuhren nur mit 56 v. H. beteiligt waren, kann den monatlichen Zuwachs an kurzfristigen Krediten in der Größenordnung von 300 Millionen nur zum Teil erforderlich gemacht haben, auch wenn man mit einer verhältnismäßig starken Lagerbildung rechnet.

Tatsächlich liegt auch heute noch einem Teil der bei den Banken gestellten Kreditanträge in Wirklichkeit mittel- und langfristiger Finanzierungsbedarf zugrunde, auch wenn die Kredite formal nur kurzfristig begehrt werden. Die Knappheit an längerfristigen Krediten drängt den Kreditbedarf eben oft auf den Bankkredit ab, auch wenn dieser für die in Aussicht genommene Verwendung nicht das geeignete Finanzierungsinstrument ist. In gewissem Umfang scheinen die Banken dem auch heute noch stattzugeben. Da aber aus den erwähnten Gründen solche Geschäfte heute mehr und mehr auf Zurückhaltung stoßen, entsteht der Eindruck einer restriktiven Kreditpolitik, obwohl von Seiten des Zentralbanksystems dem normalen Bankkredit keinerlei Fesseln mehr auferlegt sind und auch die Banken schon im Hinblick auf ihre Rentabilität bemüht sind, jedem mit ihrem Status vereinbar erscheinenden Kreditgesuch zu entsprechen.

Was die Zusammensetzung der Kredite nach Kreditarten anbelangt, so fällt der langsame, aber stetige Rückgang des Anteils der Wechselkredite an den Gesamtkrediten auf. Zwar haben

Zusammensetzung der kurzfristigen Kredite der Geschäftsbanken
an Wirtschaftsunternehmen und Private
in v. H. der Gesamtsumme

Kreis der erfaßten Institute	Stand	Kontokorrent- u. Akzept-Kredite	Wechsel- kredite	sonstige kurz- fristige Kredite
1. rd. 3 500 monatlich berichtende Geldinstitute	31. 12. 1948	55	43	2
	31. 1. 1949	58	40	2
	28. 2. 1949	60	37	3
	31. 3. 1949	60	37	3
	30. 4. 1949	61	36	3
	31. 5. 1949	61	37	2
2. 112 wöchentlich berichtende Geldinstitute	31. 5. 1949	62	35	3
	7. 6. 1949	63	35	2
	15. 6. 1949	64	34	2
	23. 6. 1949	64	34	2

die Wechselkredite an Nichtbanken dem absoluten Betrage nach von Januar bis Mai ebenfalls, nämlich um fast 200 Mill. DM, zugenommen; jedoch infolge der weit stärkeren Steigerung bei der Gruppe „Kontokorrent- und Akzeptkredite“ sind sie von 43 auf 37 v. H. und bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten sogar von 43 auf nur 34 v. H. der Gesamtkredite zurückgefallen. Die Banken haben sich also nicht gescheut, mit ihrer Kreditgewährung sowohl eine gewisse Illiquidisierung ihres eigenen Status wie auch das Risiko in Kauf zu nehmen, daß die Verwendung vieler Kredite eben doch nicht so zweifelsfrei kurzfristig ist, wie es beim Wechselkredit mit seinen festen Rückzahlungsterminen zumeist der Fall ist.

Die Zunahme der Kredite ist nicht bei allen Bankengruppen gleich groß gewesen. Bei denjenigen Gruppen von Geldinstituten, die unter dem Entsparungsprozeß des vergangenen Jahres besonders zu leiden hatten und demzufolge zu besonderer Zurückhaltung in der Kreditgewährung genötigt waren, ist vielmehr seit Jahresbeginn eine überdurchschnittliche Ausweitung der Kredite zu verzeichnen. Besonders stark macht sich dieser Nachholvorgang bei den ländlichen Kreditgenossenschaften bemerkbar, bei denen auch der Kreditbedarf infolge der Frühjahrsbestellung besonders dringlich gewesen sein mag. Aber auch die Sparkassen und gewerblichen Kreditgenossenschaften lagen in den letzten Monaten mit der Zunahme ihrer Kredite

über dem Durchschnitt aller Geldinstitute. Bei den Sparkassen ist sogar nicht einmal die sonst bei allen Bankengruppen im Mai zu verzeichnende Abnahme der Expansionsrate eingetreten. Näheres über diese nicht uninteressante Differenzierung in der Kreditgewährung kann den bankstatistischen Übersichten im zweiten Teil des vorliegenden Monatsberichts entnommen werden.

Neben der Zunahme des Kredits der Geschäftsbanken findet seit einigen Monaten eine nicht unbeträchtliche, unmittelbar der Wirtschaft bzw. der öffentlichen Hand zugute kommende Geld- und Kreditschöpfung des Zentralbanksystems statt.

Diese Steigerung der Geldschöpfung des Zentralbanksystems hat verschiedene Ursachen. Einmal hat der Finanzierungsbedarf der Eisenbahn zu verstärkter Hereinnahme von Schatzwechseln geführt. Ferner sind die Landeszentralbanken und die Bank deutscher Länder in nicht unerheblichem Umfang durch Kassenvorschüsse an die öffentliche Hand in Anspruch genommen worden (vgl. hierzu den Abschnitt „Öffentliche Finanzen“), aber auch der Eisenbahn ist bei der Bank deutscher Länder ein Betriebskredit zur Verfügung gestellt worden, der in wechselnder Höhe beansprucht wird. Die Zunahme des Aktivsaldos der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts hat einerseits die Freigaben von counterpart funds und sonstige Zahlungsanweisungen der Militärregierung zur Ursache; dar-

**Die Geldschöpfung des Zentralbanksystems durch Direktkredite
und die Abwicklung des Auslandsgeschäfts**
in Mill. DM

Form	28. 2.	31. 3.	30. 4.	31. 5.	30. 6.
Kassenvorschüsse an die öffentliche Verwaltung	48	117	270	242	287
Schatzwechsel	1	35	50	53	102
Direktkredite an Nichtbanken ¹⁾	20	19	22	18	14
Aktivsaldo der Auslandskonten	153	211	276	493	591
hiervon durch:					
Freigabe von counterpart funds	(—)	(—)	(110)	(245)	(279)
sonstige Ursachen	(153)	(211)	(166)	(248)	(312)
	222	382	618	806	887

¹⁾ Französische Zone

über hinaus ist sie vor allem durch die Steigerung der Devisenguthaben im Ausland, die vom 1. April bis 23. Juni rund 160 Mill. DM erforderte, sowie neuerlich durch die schleppendere Zahlungsweise der Importeure bedingt. Alles in allem ist seit Ende Februar die unmittelbare Geldschöpfung des Zentralbanksystems zugunsten der Wirtschaft und der öffentlichen Hand um rund 600 Mill. DM. gewachsen, wovon lediglich die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau bisher noch nicht disponierten Restbeträge (am 30. Juni 86 Mill. DM) der ihr überwiesenen counterpart funds noch nicht in den Geldkreislauf gelangt sind.

Die Bankenliquidität

Der verstärkte Einstrom von Zentralbankgeld in den Geldkreislauf hatte eine beträcht-

liche Erhöhung der Bankenliquidität zur Folge, zumal ihm kompensierende Faktoren kaum gegenüberstanden. Der Betrag der im Währungsgebiet ausgegebenen Noten lag im Juni (bis einschließlich 23.) im Durchschnitt der Ausweistermine nur rd. 175 Mill. DM höher als im März, so daß die Zunahme der Bargeldansprüche des Publikums bei den Banken bedeutend hinter der unmittelbaren Geld- und Kreditschöpfung des Zentralbanksystems zurückgeblieben ist. Ebenso wenig sind in stärkerem Umfang Depositenübertragungen auf das Zentralbanksystem erfolgt. Die Liquidität der Banken ist daher seit einiger Zeit beträchtlich im Steigen begriffen. Dies kommt vor allem in dem starken Abbau der Verschuldung der Banken an das Zentralbanksystem und

Die Entwicklung der Bankenliquidität

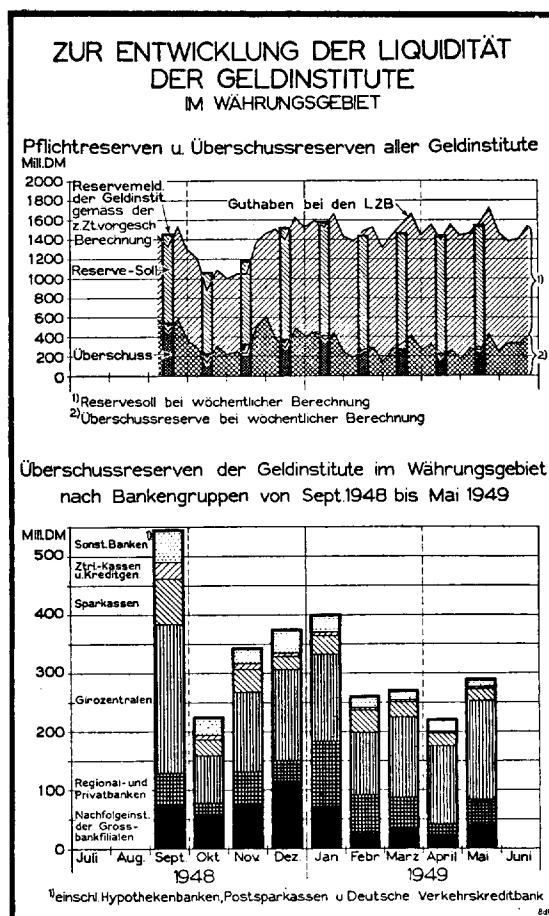
Stand am	Alle Banken				112 wöchentlich berichtende Geldinstitute
	Ueberschußreserven ¹⁾		Verschuldung an das Zentral- banksystem	Wechsel- bestand	Wechsel- bestand
	in Mill. DM	in v. H. des Solls	in Mill. DM		
31. Januar 1949	407,5	34,7	1 481	1 684,8	971,7
28. Februar „	263,6	22,4	1 539	1 801,6	1 046,2
31. März „	272,4	22,7	1 565	1 879,2	1 084,7
30. April „	222,8	18,2	1 567	1 947,7	1 119,3
31. Mai „	291,8	23,2	1 353	2 187,3	1 313,6
15. Juni „	331,5	30,8	1 241	·	1 348,2
23. Juni „	404,4	35,6	1 214	·	1 371,7

¹⁾ Januar—Mai: Reserve-Meldungen für den betreffenden Monat; 15. u. 23. Juni: Schätzung für den betreffenden Stichtag.

in der Zunahme der Wechselbestände der Banken zum Ausdruck. Außerdem sind trotz der herabgesetzten Mindestreserve-Sätze die Giro Guthaben der Geldinstitute bei den Landeszentralbanken nahezu unverändert geblieben, so daß sich bedeutende Überschussreserven ergeben haben. Die Nostro-Guthaben sind gleichfalls stark gestiegen.

Die starke Abnahme des Refinanzierungsbedarfs der Geldinstitute hat die Wechselbestände des Zentralbanksystems seit Ende März um rd. 375 Mill. DM sinken lassen, so daß sie am 23. Juni erstmals seit November vorigen Jahres wieder die Milliarden-Grenze unterschritten. Die Wechselbestände der Geschäftsbanken haben dagegen bedeutend zugenommen, obwohl die Wechseldiskontkredite — wie bereits erwähnt — sich wesentlich weniger ausdehnten als die Kontokorrent- und Akzeptkredite. Nach der monatlichen Bankenstatistik nahmen die Wechselbestände aller Geldinstitute von Ende März bis Ende Mai um fast genau 300 Mill. DM auf 2187 Mill. DM zu; die 112 wöchentlich berichtenden Geldinstitute verzeichneten vom 1. bis 23. Juni eine weitere Zunahme ihrer Wechselbestände um fast 70 Millionen auf 1372 Mill. DM.

Die Überschussreserven, die im Monatsdurchschnitt April 18,2 v. H. des Reservesolls betragen haben, wuchsen im Monatsdurchschnitt Mai auf 23,2 v. H. des Solls. Wie aus der umseitigen Tabelle hervorgeht, hat sich diese Entwicklung im Juni in verstärktem Maße fortgesetzt. Da es aus Rentabilitätsgründen stets das natürliche Bestreben der Banken ist, ihre Giro Guthaben bei der Landeszentralbank möglichst nahe am Reservesoll zu halten, deutet der hohe Betrag an Überschussreserven bei gleichzeitig fortbestehender Verschuldung anderer Geldinstitute an das Zentralbanksystem ein noch immer mangelhaftes Funktionieren des Geldmarktausgleichs an. Im allgemeinen hat sich die Verteilung der Überschussreserven im Mai jedoch insofern verbessert, als der Anteil der Girozentralen, obwohl auf sie noch immer der größte Teil der Reserven entfällt; zurückgegangen ist, während der der meisten übrigen Bankengruppen gewachsen ist (vgl. die Übersicht im Statistischen Teil des vorliegenden Berichts.)



Da auch die Nostroguthaben im Mai bedeutend zunahmen — bei allen Geldinstituten um ca. 280 Mill. DM —, errechnen sich für die Gesamtheit der Banken trotz steigender Einlagenbestände im wesentlichen unveränderte, bei einzelnen Gruppen von Banken sogar höhere Liquiditätsquoten:

Die Liquidität der Banken

Barreserve, Wechselbestand und Nostroguthaben in v. H. der Einlagen auf Freikonto

Stand am	Monatlich berichtende Geldinstitute					112 wöchentlich berichtende Geldinstitute
	Gesamt rd. 3500 Institute	davon				
		Kreditbanken	Spar-kassen	ländl. Kreditgenossen-schaften	gew. Kreditgenossen-schaften	
31. 3.	42	49	26	21	33	56
30. 4.	41	48	25	19	30	56
31. 5.	42	50	27	19	30	58
7. 6.	57
15. 6.	58
23. 6.	59

Die von Banken in Anspruch genommenen fremden Gelder haben sich im Mai, im Gegensatz zum Vormonat, nicht erhöht. Einem Anstieg der Nostroverpflichtungen um rund 20 Mill. DM auf 811 Mill. DM steht ein fast gleich großer Rückgang der in Umlauf gesetzten eigenen Akzepte, die sich Ende Mai nach der monatlichen Bankenstatistik auf 634 Mill. DM beliefen, gegenüber. Die ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten — in der Hauptsache aus weiterbegebenen Wechseln — wurden im Mai sogar um rd. 70 Mill. auf 1368 Mill. DM abgebaut. Der — wenn auch insgesamt nur leichte — Rückgang der Inter-Bank-Verschuldung deutet darauf hin, daß die gebesserte Liquiditätslage mehr oder weniger allen Banken zugute gekommen ist.

Das Geldvolumen

Die Steigerung der Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems hat zusammen mit der noch immer nicht ganz beendeten Umwandlung von RM-Verbindlichkeiten der Geldinstitute auch im Mai das Geldvolumen weiter beträchtlich wachsen lassen. Dabei hat das frei verfügbare Geldvolumen um rd. 400 Mill. DM auf 19,6 Mrd. DM zugenommen, während der

gesperrte Teil des Geldvolumens um rd. 30 Mill. auf 485 Mill. DM zurückging; das Anlagekonto, von dem die freigegebenen „Winzigkonten“ bis 5 DM größtenteils bereits abgebucht sein dürften, ist darin mit 416 Mill. DM enthalten. Im Juni muß schon auf Grund der Kreditschöpfung der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems eine weitere Zunahme des Geldvolumens eingetreten sein; sie dürfte jedoch kaum über 300 Mill. DM hinausgegangen sein.

Da der Bargeldumlauf (ohne „B“-Noten) Ende Mai fast auf derselben Höhe lag wie Ende April, vollzog sich die Vergrößerung des Geldvolumens fast ausschließlich über die Bankeinlagen. Die Einlagensteigerung betrug bei den Geschäftsbanken 466 Mill. DM (ohne Einlagen von Geldinstituten); ihr steht ein Einlagenrückgang beim Zentralbanksystem von 88 Mill. DM (ebenfalls ohne Einlagen von Geldinstituten, jedoch einschl. des Guthabens der Kreditanstalt für Wiederaufbau) gegenüber. Das frei verfügbare Geldvolumen setzte sich danach Ende Mai fast genau zu $\frac{1}{3}$ aus Bargeld (6,4 Mrd. DM) und zu $\frac{2}{3}$ aus Bankeinlagen einschl. Spareinlagen (13,2 Mrd. DM) zusammen.

Die Einlagenentwicklung (ohne Einlagen von Geldinstituten) im April und Mai 1949
nach Bankengruppen
in Mill. DM

Banken- gruppe	Stand am	Insgesamt	Veränderung gegen Vormonat		davon		
			absolut	in v. H.	öffentliche Hand	sonstige Gläubiger	Spar- einlagen
Alle monatlich ber. Banken	31. 3.	10 339			2 380	5 852	2 107
	30. 4.	10 780	441	4	2 584	5 969	2 227
	31. 5.	11 246	466	4	2 632	6 241	2 373
Kreditbanken	31. 3.	3 679			540	2 948	191
	30. 4.	3 804	125	3	599	3 002	203
	31. 5.	3 965	161	4	582	3 162	221
Sparkassen	31. 3.	3 614			756	1 406	1 452
	30. 4.	3 702	88	2	718	1 451	1 533
	31. 5.	3 969	267	7	826	1 510	1 632
Ländl. Kredit- genossenschaften	31. 3.	429			14	227	188
	30. 4.	437	8	2	12	227	198
	31. 5.	459	22	5	13	236	210
gew. Kredit- genossenschaften	31. 3.	610			26	420	164
	30. 4.	615	5	—	24	418	173
	31. 5.	655	40	7	27	445	183

Prozentual am stärksten war die Einlagensteigerung im Mai bei den Sparkassen und gewerblichen Kreditgenossenschaften mit je 7 v. H. Zunahme, während sie im Durchschnitt aller Banken nur 4 v. H. ausmachte. Die öffentlichen Konten aller Art waren an der Einlagensteigerung bei den Geschäftsbanken im Mai nur in sehr geringem Maß — nämlich mit 10 v. H. — beteiligt, während im Vormonat fast 50 v. H. des gesamten Einlagenzuwachses auf sie entfallen war. Im Zentralbanksystem waren die Konten der öffentlichen Hand in der letzten Mai- und ersten Juniwoche rückläufig, überschritten allerdings zum 15. Juni mit einem Stand von 1556 Mill. DM wieder leicht den entsprechenden Stand vom Vormonat. Auch bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten ist die gleiche Erscheinung zu beobachten; die öffentlichen Einlagen erreichten dort am 23. Juni rd. 1625 Mill. DM. Ingesamt betragen die Einlagen von öffentlichen Stellen aller Art bei den Geschäftsbanken und im Zentralbanksystem Ende Mai rd. 4065 Mill. DM = 20 v. H. des frei verfügbaren Geldvolumens. Etwa ein Viertel davon wurde als Termineinlagen geführt.

Erfreulich ist die verhältnismäßig günstige Entwicklung des Sparverkehrs. Nach der monatlichen Bankenstatistik waren die Spareinlagen Ende Mai mit 2373 Mill. DM um 146 Mill. DM höher als Ende April. Nur ein Teil dieses Zuwachses stellt allerdings einen echten Neuzugang an Spareinlagen dar. Vielmehr hat die Umwandlung von RM-Spareinlagen wieder ein gewisses Gewicht gehabt, und im Zuge der Auflösung des Festkontos dürften ebenfalls gewisse Beträge auf die freien Sparkonten umgebucht worden sein. Immerhin war auch der Überschub der Neu-Einzahlungen über die Auszahlungen ziemlich bedeutend. Seine Größe läßt sich für alle Geldinstitute sowohl auf Grund der Monatsstatistik über den Barverkehr auf Sparkonten als auch aus den bisher vorliegenden Teilergebnissen der Sparverkehrsstatistik der Arbeitsgemeinschaft der Sparkassen- und Giroverbände übereinstimmend auf etwa 50 Mill. DM im Mai schätzen. Danach müßten rd. 100 Mill. DM den Sparkonten aus dem Fortgang der Währungsumwandlung und aus der Auflösung

des Festkontos zugeflossen sein. Bezogen auf das gesamte frei verfügbare Geldvolumen betragen die Spareinlagen bei allen Geldinstituten Ende Mai etwa 12 v. H. Im Juni scheint sich der Sparverkehr weiterhin befriedigend gestaltet zu haben.

Die Tendenz zu wachsender Bindung des Geldes, die in dem Steigen der Spareinlagen ebenso wie in der Zunahme der Einlagen öffentlicher Stellen zum Ausdruck kommt, ist in gewissem Umfang auch bei den Einlagen „sonstiger Gläubiger“, also den Einlagen der Privatwirtschaft, wirksam. Sie kommt dort in steigenden Termineinlagen zum Ausdruck. Im Mai sind die Termineinlagen sonstiger Gläubiger bei den Geschäftsbanken um 110 Mill. DM, gleich einem Viertel des Vormonatsstandes, gewachsen; sie belaufen sich damit auf fast 10 v. H. der gesamten Depositen sonstiger Gläubiger gegenüber 8 v. H. Ende April und 7 v. H. Ende März.

Der Kapitalmarkt

Freilich blieb trotz der erkennbaren Tendenz zu einer, wenn auch nur zeitweisen Stilllegung nicht benötigter Geldbeträge die Fluktuation zum Kapitalmarkt recht gering. So weisen die Banken für April und Mai eine Zunahme ihrer an Wirtschaftsunternehmen und Private gegebenen mittel- und langfristigen Kredite um je 45 Mill. DM aus¹⁾. Im Mai waren hieran hauptsächlich die Hypothekenbanken, Sparkassen und Girozentralen beteiligt. Von langfristigen, festverzinslichen Schuldverschreibungen wurden dagegen im Mai nur knapp 11 Mill. DM, in der Hauptsache Pfandbriefe, abgesetzt gegenüber 52,3 Mill. DM im April und 25,3 Mill. DM im März. Die Aufnahmeneigung für Neuemissionen festverzinslicher Wertpapiere hat also im Mai wieder etwas nachgelassen. Die Zeichnungen für die Reichsbahnanleihe waren bis Ende Juni nur schleppend. Es wird jedoch erwartet, daß bis zum Ende der verlängerten Zeichnungsfrist (9. Juli) vor allem noch erhebliche Groß-Zeichnungen erfolgen werden.

— Ingesamt wurden nach den Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentral-

¹⁾ Nach der monatlichen Bankenstatistik; vgl. hierzu die Anmerkung zur Tabelle auf S. 2.

banken in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1949

185,5 Millionen Pfandbriefe
55,0 „ „ Kommunalobligationen
85,0 „ „ Industrieobligationen

insgesamt 325,5 Millionen

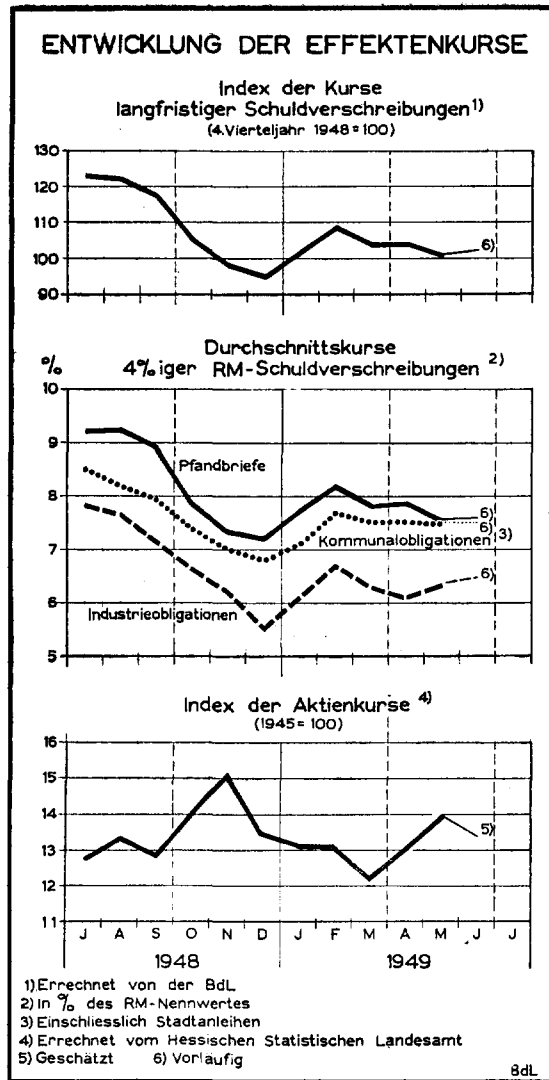
am Kapitalmarkt aufgelegt. Untergebracht wurden in der gleichen Zeit

91 Millionen Pfandbriefe
13 „ „ Kommunalobligationen
52 „ „ Industrieobligationen

insgesamt 156 Millionen.

Die Börsenkurse der noch auf Reichsmark lautenden mit 4% verzinlichen alten Pfandbriefe sanken im Mai weiterhin leicht von durchschnittlich 7,7 auf 7,5% ihres Reichsmarknominalbetrages. Bezogen auf den umgestellten D-Mark-Nominalbetrag entspricht der letztgenannte Kurs einer Bewertung von 75%. Die Rendite, die sich hieraus bei Zugrundelegung einer noch 30jährigen Laufzeit errechnet, beträgt 6,65%. Die nominal mit 5% verzinlichen neuen DM-Pfandbriefe erbringen für den Ersterwerber infolge der Steuerbegünstigung eine teilweise noch weit höhere Verzinsung, die sich im Einzelfall nach dem Bruttoeinkommen und der Steuergruppe des Erwerbers richtet. Die erzielbare Rendite liegt beispielsweise bei einem Bruttoeinkommen von 600 DM monatlich zwischen 13,7 und 12,2% je nach Familienstand, falls die steuerlich abzugsfähigen Beträge voll für den Wertpapiererwerb benutzt werden und die Steuerersparnis nur auf die dreijährige Sperrzeit verteilt wird. Verteilt man dagegen die Steuerersparnis auf 30 Jahre, so läge die in dem angenommenen Beispiel erzielbare Rendite zwischen 7,1 und 6,7%. Beläuft sich das Bruttoeinkommen nicht auf 600, sondern beispielsweise auf 2000 DM im Monat, so variiert die mögliche Rendite der steuerbegünstigt erworbenen 5%igen Wertpapiere zwischen 18,7 und 24,3% (bei Verteilung der Steuerersparnis auf 3 Jahre) und zwischen 9,0 und 11,6% (bei Verteilung der Steuerersparnis auf 30 Jahre).

Bedeutendere Beträge sind auch im Mai und im Juni durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt worden. Die erste am 6. Mai erfolgte Zu-



teilung für das Investitionsprogramm des Kohlenbergbaus in Höhe von 135 Mill. DM war Ende Juni bis auf einen Rest von 12,4 Mill. DM zur Auszahlung gelangt. Die beiden ersten Vierteljahresraten von zusammen 110 Mill. DM für das Investitionsprogramm der Elektrizitätswirtschaft waren dagegen Ende Juni — dem Termin, bis zu dem die genannten Raten vorgesehen waren — mit noch 51,4 Mill. DM nicht abgerufen. Inzwischen sind der Kreditanstalt für Wiederaufbau in der zweiten und dritten Juniwoche aus STEG-Gegenwertskonten weitere 34 Mill. DM und zwar für Wohnbauzwecke der Besatzung, zur Verfügung gestellt worden, von denen bis zum Monatsende 14 Mill. DM von der Bank deutscher Länder überwiesen worden waren.

Insgesamt sind demnach über die Kreditanstalt für Wiederaufbau von April bis Juni 1952 200 Mill. DM Investitionsmittel tatsächlich in die Wirtschaft abgeflossen. Weitere 200 Mill. DM aus counterpart funds sind der Kreditanstalt für Wiederaufbau seitens der Militärregierung Ende Juni freigegeben worden. Im Gegensatz zu den früheren Freigaben werden die betreffenden Mittel vom GARIOA-Konto der Militärregierung nur nach Maßgabe des jeweiligen Auszahlungsbedarfs abgebucht werden, so daß sich infolge dieser Freigabe der Aktivsaldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts nicht schlagartig erhöht hat. Von der Gesamtsumme von 200 Mill. DM sind 71,5 Mill. DM für Kredite an die Industrie, 80,5 Mill. DM für Wohnungsbaukredite und 48 Mill. DM für Kredite an die Landwirtschaft vorgesehen. Der ursprüngliche Rest des sogenannten Sofortprogramms der Wiederaufbaubank ist damit zu 21 Mill. DM ungedeckt geblieben.

Daneben werden seitens der Kreditanstalt für Wiederaufbau dem Kohlenbergbau in der nächsten Zeit 100 Mill. DM zugeführt, von denen 39 Mill. DM sofort zur Auszahlung gelangen. Von diesem ersten Teilbetrag werden 18 Mill. DM aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und die übrigen 21 Mill. DM in der Weise aufgebracht, daß die Zechen Solawechsel ausstellen, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau per aval und von der jeweiligen Hausbank der Zechen voll giriert werden. Die für diese Solawechsel vom Zentralbanksystem gegebene Refinanzierungszusage dürfte bei der flüssigen Lage des Geldmarktes kaum in Anspruch genommen werden. Für die übrigen 61 Mill. DM ist ebenfalls eine Aufbringung teils aus dem Arbeitsstock und teils mit Hilfe von Solawechseln vorgesehen.

Im 3. Vierteljahr 1949 wird sich der Abfluß bisher stilliegender Geldmittel in die Investition und damit ihre Wiedereingliederung in den Geldkreislauf voraussichtlich fühlbar beschleunigen. Insbesondere plant nämlich die öffentliche Hand, einen erheblichen Teil ihrer bisher gebildeten liquiden Reserven für Investitionszwecke einzusetzen. Ein von allen beteiligten Stellen kürzlich aufgestellter Plan für die Kapitalaufbringung aus deutschen Quellen während

des 3. Kalendervierteljahrs sieht den Einsatz folgender Beträge vor:

Aus öffentlichen Haushalten (Länder, bizonale Verwaltung und Gemeinden) ¹⁾	1000 Mill. DM
„ Selbstfinanzierung	300 „ „
„ Spareinlagenzuwachs	150 „ „
„ Kapitalanlagen der Sozialversicherung	225 „ „
„ Kapitalanlagen der Privatversicherungen	75 „ „
„ Wertpapieranlagen privater Sparer und Anlagen der Realkreditinstitute aus Eigenkapital	125 „ „
insgesamt	1875 Mill. DM

¹⁾ Näheres vgl. im Abschnitt über „Öffentliche Finanzen“.

Nicht enthalten sind in dieser Aufstellung die Mittel, die aus den „Anlagekonten“ für die Reichsbahnanleihe und die vorgesehene Anleihe der Wiederaufbaubank gezeichnet werden, und ebensowenig die Beträge, die durch die ebenfalls in Aussicht genommene steuerfreie Anleihe der Wiederaufbaubank mobilisiert werden dürften. Auch der Einsatz von counterpart funds ist in der obigen Schätzung nicht berücksichtigt, wobei zu erwähnen ist, daß von deutscher Seite beantragt wurde, die bereits oben erwähnten Freigaben durch die Zurverfügungstellung von 600 Mill. DM aus ERP-Mitteln, von denen bisher noch nichts freigegeben wurde, zu ergänzen.

Öffentliche Finanzen

In der Entwicklung der öffentlichen Finanzen bahnt sich neuerdings insofern ein Umschwung an, als die beteiligten Stellen beabsichtigen, ihre Investitionsausgaben erheblich zu steigern bzw. die verfügbaren Mittel für den Kreditbedarf anderer Investoren zur Verfügung zu stellen. Damit, aber auch im Zusammenhang mit dem starken Anstieg verschiedener sonstiger Ausgabeverpflichtungen, vor allem für soziale Zwecke, dürfte die seit etwa Oktober 1948 datierende Periode der Bildung relativ hoher Reserven, die, wie hier wiederholt dargelegt, eine wichtige Ursache gewisser kontraktiver Erscheinungen im Konjunkturbild gewesen war, allmählich zu Ende gehen, ja darüber hinaus ein weitgehender Einsatz der bisher gebildeten Reserven zu erwarten sein. In dem kürzlich in Zu-

sammenarbeit verschiedener Verwaltungen aufgestellten Kapitalaufbringungsplan für das dritte Kalendervierteljahr 1949 wird der von den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen zu erwartende Kapitaleinsatz mit insgesamt 1 225 Mill. DM veranschlagt. Aber auch im laufenden Vierteljahr waren die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand wahrscheinlich bereits höher als in den Wintervierteljahren.

Was die L ä n d e r finanzien anbetrifft, so wird diese Entwicklung durch das anhaltend günstige Steueraufkommen, das in erfreulichem Gegensatz zu den vor einiger Zeit teilweise gehegten Befürchtungen steht, wesentlich gefördert. Die Steuereinnahmen waren im Mai mit 1 226 Mill. DM zwar um nahezu 60 Mill. DM niedriger als im April (1284 Mill. DM), aber um rd. 100 Mill. DM (= 8,9 v. H.) höher als im Februar, dem letzten Vormonat mit gleichen Zahlungsterminen. Konjunkturell ist also das Steueraufkommen weiter gewachsen.

Besonders gut war im Vergleich zu Februar das Aufkommen aus Verbrauchssteuern und Zöllen, das höher war als in jedem anderen Monat seit der Währungsreform. Aber auch die Einnahmen aus den Besitz- und Verkehrssteuern sind insgesamt weiter gestiegen. Rückläufig war hier nur die veranlagte Einkommensteuer, was wahrscheinlich mit darauf zurückzuführen ist,

daß die Steuerpflichtigen von den im zweiten Gesetz zur vorläufigen Neuordnung von Steuern gebötenen Steuererleichterungen Gebrauch gemacht und ihre Vorauszahlungen entsprechend herabgesetzt haben. Daß es sich hierbei kaum um eine von der Konjunktorentwicklung beeinflusste Erscheinung handelt, geht jedenfalls schon daraus hervor, daß die übrigen Besitz- und Verkehrssteuern, also vor allem die Körperschaftssteuer, die Umsatzsteuer und die Lohnsteuer, nicht unerheblich gestiegen sind. Nach den bisher vorliegenden Steuerergebnissen kann also weder von einem Rückgang der Gewinne, noch der Lohnsumme, noch der Umsätze die Rede sein. Daß selbst die Lohnsteuer, ungeachtet des Anstiegs der Arbeitslosigkeit, im Mai nicht weniger erbrachte als im März, ist dabei besonders bemerkenswert.

Für die Ausgaben der Länder liegen für das neue Rechnungsjahr noch keine Angaben vor. Offenbar sind sie jedoch, zumindest im Bereich des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, gegenüber dem Monatsdurchschnitt des letzten Finanzjahres gestiegen. Dies gilt vor allem für die Investitionsausgaben, die von den Finanzverwaltungen der acht Länder des Gebiets kürzlich auf etwa 500 Mill. DM für das Vierteljahr April — Juni 1949 gegenüber rd. 300 Mill. DM im Vierteljahrsdurchschnitt Juli 1948 — März 1949

Steueraufkommen im Währungsgebiet
(Februar und Mai = Monate mit vergleichbaren Steuerterminen)

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Veränderung Mai gegenüber Februar in v. H.
1. Besitz- und Verkehrssteuern insgesamt	1184,5	872,3	827,2	992,0	884,3	+ 1,4
Lohnsteuer	178,9	162,7	169,3	159,2	169,1	+ 3,9
Veranl. Einkommensteuer	364,5	257,0	213,5	303,0	226,6	— 11,8
Körperschaftsteuer	164,1	100,8	99,2	167,9	121,2	+ 20,2
Umsatzsteuer	343,9	276,4	291,2	300,9	314,9	+ 13,9
2. Verbrauchssteuern und Zölle	246,0	254,3	333,7	292,1	342,1	+ 34,5
3. Steueraufkommen insgesamt	1430,5	1126,6	1160,9	1284,1	1226,4	+ 8,9

Quelle: Verwaltung für Finanzen und Finanzministerien der Länder der französischen Zone.

geschätzt wurden. Wie schon oben erwähnt, beabsichtigen die Länder, diese Ausgaben im zweiten Viertel des laufenden Rechnungsjahres auf rd. 800 Mill. DM zu steigern, wobei 75 Mill. DM für das Investitionsprogramm der Reichsbahn zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Deckung soll zu 650 Mill. DM durch eigene Mittel, zu 85 Mill. DM durch Einnahmen auf Grund des Hypothekensicherungs-gesetzes und zu 65 Mill. DM durch vom Arbeitsstock überlassene Mittel erfolgen.

Eine derartige Ausgabensteigerung ist selbstverständlich ohne Rückgriff auf die vorhandenen Reserven nicht möglich. Die ausgewiesenen Kassenbestände der acht Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebiets beliefen sich Ende Mai 1949 auf 455 Mill. DM. Daneben bestanden aber noch zweckgebundene Mittel in Höhe von nahezu 100 Mill. DM und zumindest in einigen Ländern noch erhebliche nicht ausgewiesene Rücklagen, die nun wohl ebenfalls zur Ausgabendeckung herangezogen werden sollen. Trotzdem wird das vorgesehene Investitionsprogramm, wenn es in dieser Höhe verwirklicht wird, eine bedeutende Anspannung der Länderfinanzen mit sich bringen, da auch andere Ausgabeverpflichtungen wachsen. Einmal haben die Länder seit 1. Juni auf Grund des Sozialversicherungsanpassungs-gesetzes erhöhte Zahlungen an die Rentenversicherung zu leisten. Ferner ist ziemlich sicher mit einer Verbesserung der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenrenten zu rechnen, und schließlich werden die Länder die ersten Zahlungen auf Grund des Soforthilfegesetzes bevorschussen müssen. Da das Soforthilfegesetz noch immer nicht die Genehmigung der Militärregierung gefunden hat, liegt zwar eine abermalige Hinausschiebung der ersten Auszahlungen ebenso wie des ersten Abgabetermins, der im Gesetz auf den 20. August festgesetzt war, im Bereich der Möglichkeit, aber die Aufnahme der ersten Zahlungen wird zeitlich sicher mit der geplanten Erhöhung der Investitionsausgaben zusammenfallen. Die Länder haben in Aussicht genommen, die Bevorschussung der Soforthilfeszahlungen zumindest teilweise durch Schatzwechselbegebung zu finanzieren. Auch durch die Herabschleusung

der seit dem 1. Mai zu Weltmarktpreisen einzu-führenden Lebensmittel auf das inländische Preisniveau werden sich für die Länder weiter gewisse Belastungen ergeben, die vorläufig auf 276 Mill. DM pro Jahr geschätzt werden. Wenn diese Schätzung nicht überschritten wird — es hängt dies stark von Höhe und Preis der künftigen Einfuhren ab —, so würde das aber wenigstens eine Senkung der bisher schon zur Niedrighaltung der Einfuhrpreise gezahlten Subsidien bedeuten, die die Länderhaushalte von März —Juni d. J. mit insgesamt 195 Mill. DM belasteten. Sie wäre im wesentlichen der Tatsache zu danken, daß die Weltmarktpreise im laufenden Wirtschaftsjahr wirklich im erwarteten Maße den Vorjahresstand unterschreiten.

Insgesamt dürften die Haushalte der Länder der drei Westzonen im Mai etwa ausgeglichen gewesen sein. Die Kassenbestände haben sich jedenfalls im Mai unter Berücksichtigung der in einzelnen Ländern zu verzeichnenden Neuverschuldung nur wenig verändert.

Die Lage der einzelnen Länder war dabei jedoch weiter sehr unterschiedlich. In beträchtlichen Schwierigkeiten befanden sich zunächst weiter die Länder der französischen Zone. Allein Baden wies ein Defizit in Höhe von 7,4 Mill. DM aus, das größtenteils aus dem Erlös der am 9. Mai 1949 aufgelegten Schatzanweisungen in Höhe von 5 Mill. DM, aber daneben auch durch Rückgriff auf die Mittel des Landes-Arbeitsstocks finanziert wurde. Aus den nunmehr vorliegenden Haushaltszahlen für die Monate Januar—März 1949 geht eindeutig hervor, daß die ungünstige finanzielle Lage der Länder der französischen Zone, abgesehen von ihrer relativ schwachen Steuerkraft, vor allem auf die hohen Besatzungskosten zurückzuführen ist. Vom gesamten Steueraufkommen des betreffenden Zeitraums beanspruchten die Besatzungskosten nahezu 45 v. H. gegen rd. 32 v. H. in den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets. Da sich neuerdings die Haushaltslage aller drei Länder der Zone weiter verschlechtert hat, hat die französische Militärregierung im Juni eine Herabsetzung der im Durchschnitt der letzten Monate etwa 50 Mill. DM betragenden Besatzungskostenanforderungen an die Länderhaushalte um 12 Mill.

Kassenbestände¹⁾ und Stand der Neuverschuldung der Länder der drei Westzonen
in Mill. DM

	Ende März		Ende April		Ende Mai	
	Kassenbestände	Neuverschuldung	Kassenbestände	Neuverschuldung	Kassenbestände	Neuverschuldung
Nordrhein-Westfalen	252,9 ²⁾	—	162,7 ²⁾	—	223,1 ²⁾	—
Niedersachsen	— 3,6	1,5	— 13,7	3,0	— 25,0	15,0
Schleswig-Holstein	— 104,8	17,2 ³⁾	— 123,5	20,5 ³⁾	— 138,2	19,8 ³⁾
Hamburg	58,9	—	28,6	—	43,6	—
Bayern	41,1 ²⁾	—	40,0 ²⁾	—	53,7 ²⁾	20,0
Hessen	16,1	7,5	3,6	7,5	— 28,1	13,4
Württemberg-Baden	205,2 ²⁾	—	193,9 ²⁾	—	173,1 ²⁾	—
Bremen	36,5	—	40,4	—	43,5	—
Vereinigt. Wirtschaftsgebiet	583,3 ³⁾	26,2	423,4 ³⁾	31,0	455,2 ³⁾	68,2
Rheinland-Pfalz	— 29,2	31,5	— 34,3	43,8	— 31,4	42,5
Baden	— 17,4	35,2	— 12,0	33,4	— 15,4	27,0
Württemb.-Hohenzollern	— 5,5	5,5	— 8,0	1,1	— 12,2	2,0
Lindau	1,0	—	6,6	—	4,1	—
Französische Zone	— 51,1	72,2	— 47,7	78,3	— 54,9	71,5
Westdeutschland	532,2 ³⁾	98,4	375,7 ³⁾	109,3	400,3 ³⁾	139,7

¹⁾ Ausschließlich zweckgebundener Kassenmittel und Verwahrgelder und ohne Rücklagen.

²⁾ Nur Landeshauptkasse(n) bzw. Staatshauptkasse.

³⁾ Ausschließlich der Finanzhilfe der Länder an Schleswig-Holstein mit 81,0 Mill. DM bis Ende März, 91,4 Mill. DM bis Ende April und 109,5 Mill. DM bis Ende Mai 1949.

DM eingewilligt. Außerdem wurde die Zahlung der am 10. Juni fällig gewesenen Rate der regelmäßigen DM-Ablieferungen der Länder an die französische Militärregierung auf den 25. Juni verschoben. Trotzdem war die Finanzierung auch der herabgesetzten Besatzungskosten nur zum Teil aus ordentlichen Haushaltsmitteln möglich; ein Teil der benötigten Mittel wurde den Einfuhrgegenwerten entnommen.

Unter den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets konnte Schleswig-Holstein im Mai seinen Haushalt wiederum nur auf Grund der ihm von den finanzstarken Ländern gewährten Hilfe ausgleichen. Der Betrag der betreffenden Hilfsleistungen erhöhte sich von 91,4 auf 109,5 Mill. DM. Aber auch in Niedersachsen, Hessen und Bayern konnten die laufenden Ausgaben offenbar nur durch Kreditaufnahme gedeckt werden. Niedersachsens Kreditverschuldung wuchs um 12 Mill. DM, die Hessens um 5,9 Mill. DM, und Bayern war gezwungen, sich zum ersten Mal mit 20 Mill. DM zu verschulden.

Entsprechend der unterschiedlichen Finanzlage weichen auch die Beiträge der einzelnen Länder zu dem für das nächste Vierteljahr aufgestellte Investitionsprogramm von insgesamt 800 Mill. DM stark voneinander ab. Obwohl bei den Ansätzen die Zuwendungen auf Grund des vorläufigen Finanzausgleichs berücksichtigt wurden, sind die Pro-Kopf-Beträge in Niedersachsen, Bayern, Schleswig-Holstein und Hessen wesentlich niedriger als im Durchschnitt aller Länder, während sie in den finanzstarken Ländern Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden teilweise erheblich darüber hinausgehen. Diese Unterschiede stehen leider in diametralem Gegensatz zur Lage des Arbeitsmarkts in den einzelnen Ländern, wenngleich zu hoffen ist, daß auch die Aufwendungen der finanzstarken Länder in ihren Fernwirkungen die Konjunktur der finanzschwachen Länder mit relativ hoher Arbeitslosigkeit nicht unberührt lassen werden. In einzelnen Ländern, deren Steueraufkommen eine stärkere Förderung der Investitionstätigkeit nicht gestattete, wurde übrigens in letzter Zeit der Versuch unternommen, insbesondere

Geplante Investitionsausgaben der Länder des
Vereinigten Wirtschaftsgebiets für
Juli—September 1949

	Mill. DM	DM je Kopf der Be- völkerung
Nordrhein-Westfalen	346,25	26,8
Niedersachsen	38,5	5,5
Schleswig-Holstein	41,4 ¹⁾	15,0
Hamburg	87,2	56,4
Bayern	73,7	7,9
Hessen	39,6	9,2
Württemberg-Baden	78,9	20,1
Bremen	19,7	34,5
Insgesamt	725,25 ²⁾	17,1

¹⁾ Ohne die aus Mitteln des bizonalen Haushalts zu finanzierenden Investitionen in Schleswig-Holstein.

²⁾ Ohne Anleihe an die Reichsbahn in Höhe von 75 Mill. DM.

für die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus andere Quellen zu erschließen. So hat Bayern im Juni d. J. für die Dauer eines Jahres eine sich nach den Feuerversicherungswerten richtende und auf die Mieter zu überwälzende „Baunotabgabe“ eingeführt, deren Aufkommen mit 40 Mill. DM geschätzt wird. Eine ähnliche Abgabe wird von Rheinland-Pfalz in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes der Mieten erhoben.

Der Haushalt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets war in den beiden letzten Monaten starken Sonderbeanspruchungen ausgesetzt. Im Mai mußte eine einmalige Subventionszahlung an die sogenannten Grenzbetriebe im Kohlenbergbau in Höhe von 30 Mill. DM gezahlt werden, die die noch vorhandenen Kassenmittel restlos erschöpfte. Gewisse Abschlußzahlungen auf das vergangene Rechnungsjahr und relativ hohe Überweisungen nach Berlin zwangen daher im Juni zu einer erneuten Inanspruchnahme von Kassenvorschüssen bei der Bank deutscher Länder. Am 30. Juni stellte sich daher der Gesamtbetrag der vom Vereinigten Wirtschaftsgebiet aufgenommenen Kassenvorschüsse auf 175 Mill. DM, wobei der für den Ankauf der sogenannten bizonalen Getreidereserve Ende April beanspruchte Kassenkredit in Höhe von ursprünglich 168,6 Mill. DM bis auf 110,5 Mill. DM abgedeckt war.

Über die finanzielle Lage der Gemeinden im Berichtszeitraum liegen wiederum

keine Angaben vor. Die Tatsache, daß die kurzfristige Neuverschuldung der Gemeinden per Ende Mai bei den Geschäftsbanken mit nur rd. 23 Mill. DM ausgewiesen wurde und damit nach wie vor äußerst gering ist, zeigt jedoch, daß hier bisher kaum ernsthafte Schwierigkeiten bestanden haben dürften. Diese Annahme wird auch dadurch bekräftigt, daß die nunmehr veröffentlichten ersten Ergebnisse der umfassenden Gemeindefinanzstatistik für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet über den Zeitraum vom 21. Juni — 31. Dezember 1948 erkennen lassen, daß die finanzielle Entwicklung der Gemeinden im ersten Halbjahr nach der Währungsreform relativ günstig war.

Einnahmen und Ausgaben aller Gemeinden
im Vereinigten Wirtschaftsgebiet
vom 21. Juni bis 31. Dezember 1948

in Mill. DM

	21. Juni bis 30. Sept.	1. Oktober bis 31. Dez.	21. Juni bis 31. Dez.
Einnahmen ¹⁾	995,6	1 595,3	2 590,9
Ausgaben	1 229,4	1 555,9	2 785,3
Überschuß (+) oder Defizit (—)	— 233,8	+ 39,4	— 194,4

¹⁾ Ohne Einnahmen aus der Erstausrüstung (rd. 435 Mill. DM) und ohne Einnahmen aus Schulden und Entnahmen aus Kapitalvermögen (22,5 Mill. DM).

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

Das in den ersten drei Monaten nach der Währungsreform zu verzeichnende Defizit wurde danach — ähnlich wie bei den Ländern — bereits im 4. Vierteljahr 1948 von einem Überschuß abgelöst. Das Defizit der Gesamtperiode betrug daher nur rd. 195 Mill. DM. Es wurde zu 22,5 Mill. DM durch Schuldenaufnahme und Entnahme aus Kapitalvermögen, und zu reichlich 170 Mill. DM aus der Erstausrüstung finanziert. Da den Gemeinden jedoch eine Erstausrüstung von 435 Mill. DM (ohne die an die gemeindlichen Betriebe weitergeleiteten Beträge) gegeben worden war, müssen sie also am 31. Dezember 1948 noch rd. 265 Mill. DM an Erstausrüstungsmitteln besessen haben. Nach den für einzelne Länder vorliegenden Angaben sind im 1. Vierteljahr 1949 im allgemeinen eher weiter Überschüsse erzielt

worden. Es ist also anzunehmen, daß die Gemeinden im allgemeinen auch jetzt noch über beträchtliche Reserven verfügen.

In der französischen Zone allerdings scheint die Lage auch in diesem Bereich der öffentlichen Finanzen wesentlich ungünstiger zu sein. In Rheinland-Pfalz, dem einzigen Land, für das Angaben vorliegen, wiesen die Gemeinden jedenfalls auch in den Vierteljahren Oktober–Dezember 1948 und Januar–März 1949 gewisse, wenn auch unbedeutende, Defizite auf.

Besonders aufschlußreich sind die für die Gemeinden des Vereinigten Wirtschaftsgebiets gemeldeten Investitionsausgaben, die wahrscheinlich nicht vollständig, als „Aufwendungen für Bauarbeiten“ mit 114,3 Mill. DM für das 1. DM-Vierteljahr und mit 160,7 Mill. DM für das 2. DM-Vierteljahr angegeben werden. Es ist anzunehmen, daß diese Ausgaben auf Grund der günstigen Finanz- und Kassenlage inzwischen weiter gestiegen sind und noch erhöht werden können, wenn die Gemeinden, die in der Vergangenheit stets einen besonders großen Teil der öffentlichen Investitionen finanziert haben, ebenso wie die Länder ihre aus der reichlichen Dotation stammenden Reserven einsetzen. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in einzelnen Ländern ein nicht unerheblicher Teil der gemeindlichen Investitionen, z. B. auf dem Gebiet der Trümmerbeseitigung, aus Landesmitteln finanziert und dementsprechend bereits unter den Investitionsausgaben der Länder nachgewiesen wird, ist der mit 100 Mill. DM für das Vierteljahr Juli–September 1949 ebenso wie der in dem erwähnten Kapitalaufbringungsplan für das 3. Vierteljahr 1949 mit nur 300 Mill. DM geschätzte Beitrag der Gemeinden zur Investitionsfinanzierung im gesamten ERP-Jahr 1949/50 als sehr niedrig anzusehen; vermutlich wird er überschritten werden.

Die Arbeitslosenversicherung hat auf Grund vorläufiger Angaben im Mai wiederum einen Überschuß erzielt, und zwar in Höhe von rund 25 Mill. DM. Die gesamten seit der Währungsreform bis Ende Mai 1949 aufgelaufenen Überschüsse betragen damit rd. 358 Mill. DM; ihre Entwicklung seit der Wäh-

rungsreform ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

Entwicklung der Überschüsse des Arbeitsstocks
im Vereinigten Wirtschaftsgebiet
seit der Währungsreform

in Mill. DM			
1948 Juli	7,3	1949 Januar	44,2
August	47,2	Februar	9,8
September	39,6	März	20,7 ¹⁾
Oktober	47,4	April	20,8 ¹⁾
November	44,9	Mai	25,0 ²⁾
Dezember	51,0		
Insgesamt	237,4	Insgesamt	120,5
Monats- durchschnitt	39,8	Monats- durchschnitt	24,1
Gesamte Überschüsse Juli 1948 —		Mai 1949 357,9	

¹⁾ Ohne Angaben für Bayern. ²⁾ Vorläufig.

Quelle: Verwaltung für Arbeit.

Die zum Teil recht beträchtlichen Schwankungen von einem Monat zum andern dürften weitgehend mit den Erstattungen der Länder für die Arbeitslosenfürsorgeunterstützungen zusammenhängen. Immerhin lag der durchschnittliche monatliche Überschuß im Jahre 1949 um rd. 15 Mill. DM unter demjenigen der DM-Zeit des Jahres 1948. Schaltet man das durch die Währungsreform verursachte schlechte Ergebnis des Juli aus, wodurch sich der Monatsdurchschnitt 1948 auf 46 Mill. DM erhöht, so ist festzustellen, daß die seit dem Beginn des Jahres eingetretene Verschlechterung der Arbeitsmarktlage die Überschüsse nahezu auf die Hälfte des früheren Betrages reduziert hat.

Bei einer Aufstellung des gegenwärtigen Vermögensbestandes des Arbeitsstocks sind neben den bisher erzielten Überschüssen noch die aus der Umwandlung von Altgeldguthaben stammenden Mittel in Höhe von rd. 100 Mill. DM und die mindestens 70 Mill. DM betragenden Forderungen aus der Bevorschussung der Arbeitslosenfürsorgeunterstützung an die Länder zu berücksichtigen. Besonders Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind mit der Erstattung derartiger Vorschüsse im Rückstand, was praktisch darauf hinausläuft, daß der Arbeitsstock in entsprechendem Umfang die Defizite der betreffenden Länder finanziert hat.

Von dem verfügbaren Teil seiner Reserven hat der Arbeitsstock im Verlauf der letzten Monate einen erheblichen Teil bereits zur Finanzierung von Investitionen, insbesondere auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus, zur Verfügung gestellt. Anfang Juni beliefen sich diese zum Teil kurzfristigen, zum Teil langfristigen Ausleihungen auf rd. 140 Mill. DM; weitere bindende Zusagen sollen bereits in fast allen Ländern gegeben worden sein. Mit Rücksicht auf diese Verpflichtungen hat der Arbeitsstock in den bereits im letzten Monatsbericht erwähnten Verhandlungen mit der Wiederaufbaubank über die Gewährung eines größeren Kredits insgesamt nur 60 Mill. DM in Aussicht gestellt, wobei sofort nur 18 Mill. DM gegeben werden sollen, während der Rest vermutlich erst im Herbst zur Verfügung stehen wird. Bedeutet dieses Ergebnis auch eine bedauerliche Schmälerung der für die Wiederaufbaubank erhofften Mittel, so ist doch zu erwarten, daß die Reserven des Arbeitsstocks auch auf anderen Wegen allmählich zum Einsatz gelangen und damit die Investitionstätigkeit verstärken helfen werden.

Außenwirtschaft

Die A u s f u h r des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ist im Mai wieder erheblich gestiegen. Mit 331,5 Mill. DM erreichte sie den bisher höchsten Nachkriegsstand, der die letzte, im März erreichte Spitze um etwa 22 Mill. DM übertrifft. Die Zunahme entfällt hauptsächlich auf Fertigwaren, wobei wiederum die Enderzeugnisse eine besonders starke Steigerung aufweisen. Der Export von Rohstoffen und Halbwaren dagegen hat nur etwa das Niveau vom März behauptet.

Bei der Beurteilung dieses erfreulichen Ergebnisses ist jedoch zu berücksichtigen, daß es in erheblichem Umfang die Ausführung von Kontrakten widerspiegelt, die schon vor längerer Zeit abgeschlossen wurden. Das geht vor allem daraus hervor, daß der durchschnittliche Umrechnungssatz des Dollarwerts der Ausfuhr in DM im Mai erst bei 28,4 cts je 1 DM Ausfuhrwert lag, obwohl seit geraumer Zeit sämt-

liche neu abgeschlossenen Kontrakte zum offiziellen Satz von 30 cts je 1 DM abgerechnet werden müssen. Das Mai-Ergebnis kann also nicht unbedingt als Ausdruck der gegenwärtigen deutschen Absatzchancen auf dem Weltmarkt angesehen werden.

Was diese anbelangt, so geht vielmehr aus zahlreichen Einzelberichten hervor, daß die deutschen Exporteure in ihren Bemühungen um die dringend notwendige Erhöhung der Ausfuhr auf wachsende Schwierigkeiten stoßen.

Eine große Rolle spielt dabei, daß die Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte seit geraumer Zeit durch eine sich immer mehr ausbreitende Konjunkturabschwächung bedroht ist. Seit Mitte 1948 befinden sich die Preise an den internationalen Rohstoffmärkten in einer starken Baisse. Moody's Preisindex für eine Reihe wichtiger internationaler Stapelgüter ist allein von Anfang Oktober 1948 bis Ende Juni 1949 um 19 v. H. gesunken. Die Kaufkraft der überseeischen Rohstoff- und Agrargebiete nimmt also ab. Seit dem Herbst 1948 hat sich die amerikanische Konjunktur abgeschwächt. Die industrielle Produktion ist in den Vereinigten Staaten von November 1948 bis April 1949 um mehr als 8 v. H. gesunken, die Arbeitslosigkeit hat sich von 1,6 Millionen auf über 3,5 Millionen erhöht, die Großhandelspreise sind um fast 10 v. H. zurückgegangen, und die Summe der Einkommenszahlungen nimmt ab. Offenbar verwandeln sich auch die Weltmärkte mehr und mehr aus „Verkäufermärkten“ in „Käufermärkte“, auf denen die Ausweitung des Absatzes doppelter Anstrengungen bedarf.

Zwar ist damit noch keineswegs gesagt, daß diese Entwicklung schließlich in einen stärkeren Abschwung einmünden muß, aber Westdeutschlands Wettbewerbslage wird, je mehr die „Verkäufermärkte“ schwinden, schon deshalb besonders schwierig, weil es erst eine bescheidene „Tuchfühlung“ mit dem Weltmarkt hat. Deutsche Auslandsvertretungen sind noch nicht wieder errichtet worden, und nur einer geringen Zahl von Produzenten und Kaufleuten ist die Möglichkeit geboten, sich von dem raschen Wandel der Absatzverhältnisse im Ausland persönlich ein Bild zu machen. Immer

Der Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets
in Mill. DM

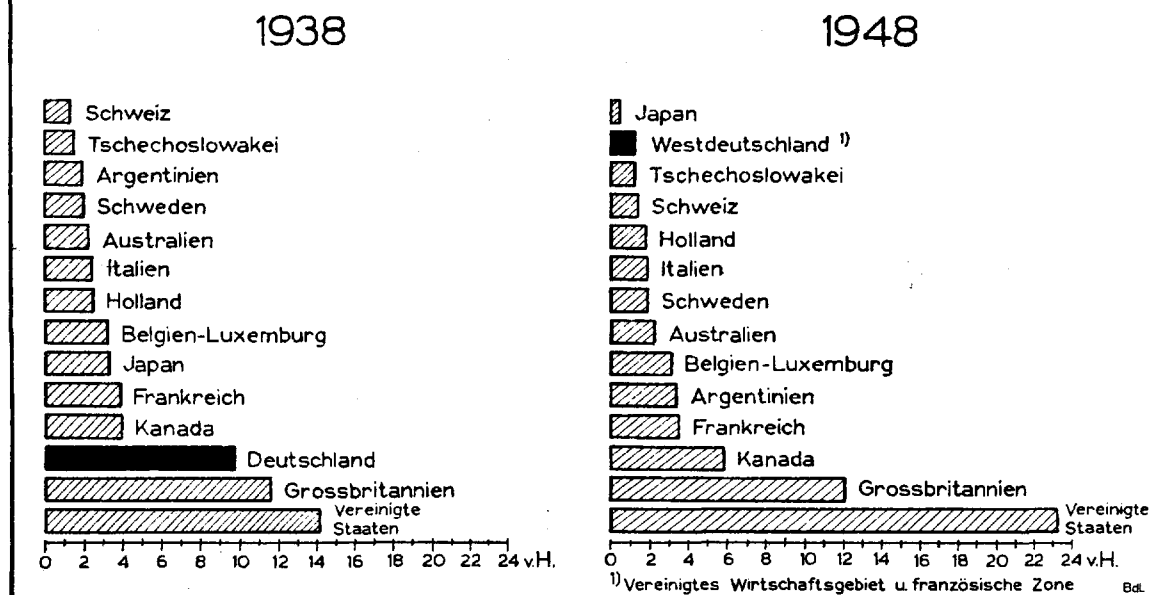
	Einfuhr						Ausfuhr					
	Monatsdurchschnitt			März 1949	April 1949	Mai 1949	Monatsdurchschnitt			März 1949	April 1949	Mai 1949
	1.Halb- jahr 1948	2.Halb- jahr 1948	Januar/ März 1949				1.Halb- jahr 1948	2.Halb- jahr 1948	Januar/ März 1949			
Ernährungswirtschaft	124,5	179,6	180,2	174,8	187,7	265,0	4,6	3,5	9,8	8,2	6,3	2,8
Gewerbl. Wirtschaft	70,6	152,6	232,3	271,0	264,7	381,6	76,2	218,5	270,1	301,0	282,1	328,7
Rohstoffe	39,2	82,7	125,6	146,6	143,2	196,1	21,9	54,4	56,6	62,9	57,1	63,4
Halbwaren	24,3	51,2	67,0	68,3	64,0	100,4	23,6	66,8	94,6	106,2	94,4	106,0
Fertigwaren	7,1	18,7	39,7	56,1	57,5	85,1	30,7	97,3	118,9	131,9	130,6	159,3
Vorerzeugnisse	4,4	10,9	21,8	34,5	21,6	32,4	16,7	51,1	60,5	64,9	62,1	69,4
Enderzeugnisse	2,7	7,8	17,9	21,6	35,9	52,7	14,0	46,2	58,4	67,0	68,5	89,9
Insgesamt	195,1	332,2	412,5	445,8	452,4	646,6	80,8	222,0	279,9	309,2	288,4	331,5

wieder stellt sich deshalb heraus, daß der deutschen Exportproduktion die erforderliche Orientierung fehlt.

Würde der erfreuliche Aufschwung, den die deutsche Ausfuhr seit der Währungsreform genommen hat, sich wesentlich verlangsamen oder gar ins Stocken geraten, so würde das für die gesamte Wirtschaft alsbald schwerwiegende Folgen haben. Die Zahlungsbilanzpläne sehen vor, daß sich Deutschland in den nächsten Jahren einen rasch wachsenden Teil seiner Einfuhr selber verdient, um 1952/53 wieder annähernd auf eigenen Füßen stehen zu können. Vorläufig ist aber der deutsche Export noch immer minimal, denn die in den letzten Monaten erzielte Steigerung ging von einer außergewöhnlich niedrigen Basis aus. Nach der Statistik des Internationalen Währungsfonds betrug die Ausfuhrleistung Westdeutschlands (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet und französische Zone) einschließlich der Dienstleistungen im Jahre 1948 742 Mill. Dollar bei einer Weltausfuhr von 54 Mrd. Dollar (ohne die Sowjetunion). Westdeutschlands Anteil am Welthandel betrug damit nur 1,3 v. H., während sich Deutschlands Welthandelsanteil 1938 auf 9,8 v. H. gestellt hatte. Da Westdeutschlands Anteil am gesamtdeutschen Handel vor dem Kriege etwa 60 v. H. betragen hatte, ist das ein Rückgang, der sich nur zu einem geringen Teil aus statistischen Gründen erklärt. Noch deutlicher tritt der Tiefstand der westdeutschen

Ausfuhr bei einer Berechnung des jährlichen Ausfuhrvolumens je Kopf der Bevölkerung in Erscheinung. In Preisen von 1936 gerechnet, ergab sich im Jahre 1948 im Vereinigten Wirtschaftsgebiet je Kopf der Bevölkerung eine Ausfuhr von 31 RM bzw. DM, im Jahre 1949 (aus den Ergebnissen für die ersten 5 Monate errechnet) eine solche von 40 DM gegenüber 120 RM im Jahre 1936. Somit hat die Kopfquote der Ausfuhr auch im Jahre 1949 bisher erst 33 v. H. des Standes von 1936 erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Höhe der heutigen Ausfuhr keineswegs, wie es 1936 der Fall war, durch den Export von Fertigwaren bestimmt ist, sondern weitgehend durch die Auflageexporte von Kohle, Koks, Holz und Schrott, die sich in den ersten 5 Monaten des Jahres 1949 noch auf rd. 191 Mill. Dollar bzw. 46 v. H. der Gesamtexporte beliefen. Auf diesem Gebiet existierten bisher keine Schwierigkeiten, die Waren abzusetzen, zumal diese seit dem Herbst des letzten Jahres vom Abnehmer weitgehend mit Ziehungsrechten, also ohne Devisenaufwand, bezahlt werden konnten. Die Ausfuhr von Fertigwaren ist dagegen noch sehr gering. Pro Kopf der Bevölkerung betrug das Ausfuhrvolumen an industriellen Fertigwaren im Jahre 1936 rd. 58 RM, im Jahre 1949 (aus den Ergebnissen für die ersten 5 Monate errechnet) dagegen nur 18 DM. Bei einigen für den Export wichtigen Fertigwaren veränderte sich der Anteil am Export wie folgt:

DIE AUSFUHR WICHTIGER WELTHANDELSLÄNDER
IN v.H. DER WELTAUSFUHR
1938 UND 1948



	in v.H. der Gesamtausfuhr	
	1936	1949 (Januar-April)
Maschinen (außer elektrischen)	12,8	6,7
Eisenwaren	8,1	4,9
Elektrotechnische Erzeugnisse (auch elektrische Maschinen)	5,4	1,7
Chemische Enderzeugnisse	3,6	0,8
Spinnstoffwaren	3,4	0,1
Papier, Pappe und Waren daraus	3,1	0,2
Waren aus Nichteisen-Metallen	2,7	0,5
Leder und Lederwaren	1,8	0,1
Glas und Glaswaren	1,6	0,2
Steingut und Porzellan	1,4	1,0
	43,9	16,2

Innerhalb der Fertigwaren ist eine Erhöhung des Anteils an der Gesamtausfuhr praktisch nur bei Geweben, Gewirken und dergleichen (1936 : 4,4, 1949 : 9,8 v. H.) festzustellen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Gewebe und Gewirke noch weitgehend auf Grund alter Kontrakte exportiert wurden.

Die Einfuhren des Vereinigten Wirtschaftsgebiets haben im Mai gegenüber dem April um fast 200 Mill. DM oder rd. 60 Mill. Dollar zugenommen und erreichten damit

einen neuen Höchststand. Die auffallende Zunahme erklärt sich zum Teil aus statistischen Gründen, weil bestimmte Einfuhren der Vormonate erst jetzt zum Nachweis gelangten und das Erhebungsverfahren gleichzeitig erheblich beschleunigt wurde. Im übrigen handelt es sich bei der Erhöhung der Einfuhren im Mai gegenüber dem April jedoch um eine Steigerung des Einfuhrvolumens.

Die Erhöhung der Einfuhren entfiel zu rd. 80 Mill. DM auf den Ernährungssektor. Hier hat vor allen Dingen die Einfuhr von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs zugenommen. Innerhalb der Industrie-Einfuhren hat sich die Rohstoffeinfuhr um 37 v. H., die Halbwareneinfuhr um 57 v. H. und die Fertigwareneinfuhr um 48 v. H. erhöht. Auf die Fertigwaren entfielen nunmehr 22 v. H. der gesamten gewerblichen Einfuhr.

Die Einfuhren auf Grund des Marshallplans waren trotz der erheblichen Rückstände im Monat Mai mit 23,2 Mill. Dollar relativ geringfügig. Insgesamt hat das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bis Ende Mai erst Lieferungen in Höhe von 267 Mill. Dollar bzw. ohne Frachten in Höhe von 248 Mill.

Dollar erhalten, obwohl nach den Lieferprogrammen bis zum 30. Juni 1949 die Einfuhren 416 Mill. Dollar bzw. ohne Frachten 383 Mill. Dollar betragen sollten. Programmgemäß sind dabei lediglich die Einfuhren für den ernährungswirtschaftlichen Sektor abgewickelt worden. Die Abschlüsse wurden hier unmittelbar von der zentralen Armee-Beschaffungsstelle in Washington zusammen mit den Käufen aus GARIOA-Mitteln vorgenommen und waren, da auf diesem Gebiet die Erfahrungen mehrerer Jahre vorlagen und in erster Linie große Globalgeschäfte zu tätigen waren, verhältnismäßig einfach durchzuführen. Dagegen konnten die Marshall-Plan-Lieferungen von gewerblichen Waren nur auf kommerzieller Basis durchgeführt werden. Es mußten daher mit den entsprechenden Stellen in Westdeutschland laufend Einzelfragen über Programme, Prioritäten, technische Probleme, Liefertermine usw. geklärt werden, was sich als sehr zeitraubend erwies und ständige Änderungen der Dispositionen zur Folge hatte.

Von den bis zum 30. Juni 1949 vorgesehenen Lieferungen (ohne Frachten) sollten 53 v. H. auf Industriewaren entfallen. Die tatsächlichen Industrielieferungen bis zum 31. Mai betragen jedoch nur 39 v. H. der Gesamtlieferungen

(nämlich 97,3 Mill. Dollar). Sie setzten sich wie folgt zusammen:

	Mill. Dollar
Baumwolle	40,1
Häute und Leder	15,8
Tabak	14,1
NE-Metalle	5,6
Öle, Fette, Leim	5,4
Reifen und Schläuche	3,4
Textilien	3,4
Papierrohstoffe	2,9
Bergwerksausrüstungen	1,6
Chemikalien	1,5
Petroleum und Rohöl	1,3
Tierische und pflanzliche Fasern	1,0
Industriemaschinen	0,6
Sonstiges	0,6
	97,3

Die in den letzten Monatsberichten mehrfach geschilderten Schwierigkeiten, bestimmte Importe, deren Abschluß schon längere Zeit zurückliegt, am Inlandsmarkt unterzubringen, haben sich im allgemeinen nicht weiter verschärft. Immerhin ist der Block der Einfuhren, die im Augenblick nicht zügig abgesetzt werden können, nicht gering. Es muß jedoch immer wieder betont werden, daß es sich dabei nicht etwa um eine allgemeine Absatzkrise

Die Abwicklung der Lieferungsprogramme für die Marshallplan-Einfuhren¹⁾
des Vereinigten Wirtschaftsgebiets nach dem Stande vom 31. Mai 1949

in Mill. \$

	2. Vierteljahr 1948 bis 2. Vierteljahr 1949			3. Vierteljahr 1949 und später			Insgesamt		
	Ernährungs-Sektor	Gewerblicher Sektor	Insgesamt	Ernährungs-Sektor	Gewerblicher Sektor	Insgesamt	Ernährungs-Sektor	Gewerblicher Sektor	Insgesamt
Lieferungsprogramme	179,5	203,7	383,2	5,0	80,5	85,5	184,5	284,2	468,7
davon									
geliefert	150,2	97,3	247,5	—	—	—	150,2	97,3	247,5
noch nicht geliefert	29,3	106,4	135,7	5,0	80,5	85,5	34,3	186,9	221,2
davon									
kontrahiert, aber noch nicht geliefert	13,5	64,8	78,3	—	—	—	13,5	64,8	78,3
genehmigt, aber noch nicht kontrahiert	0,6	33,0	33,6	—	23,2	23,2	0,6	56,2	56,8
noch nicht genehmigt	15,2	8,6	23,8	5,0	57,3	62,3	20,2	65,9	86,1

¹⁾ Ohne Frachten

handelt, sondern nur um das Problem der Unterbringung ganz bestimmter Globaleinfuhren, die auf Grund von verhältnismäßig weit zurückliegenden Einfuhrdispositionen, die mit den heutigen Marktverhältnissen nicht mehr übereinstimmen, hereinzunehmen sind. Auch hier handelt es sich indes zum großen Teil nur um temporäre Schwierigkeiten, besonders da, wo die betreffenden Einfuhrmengen stoßweise abzunehmen sind. In vielen Fällen werden diese Schwierigkeiten im Verlauf der Zeit durchaus zu beheben sein.

Die DM-Einzahlungen der Importeure bei der Bank deutscher Länder für B-Importe und gestundete Einfuhren erreichten im Mai mit 576 Mill. DM einen neuen Höchststand, wobei zu berücksichtigen ist, daß mehr als die Hälfte der Eingänge für GARIOA-Importe aus der Bezahlung der bizonalen Brotgetreidereserve herrührte, die durch einen Kassenkredit der Bank deutscher Länder ermöglicht wurde. Immerhin waren an der Steigerung auch die B-Importe mit rd. 50 Mill. DM beteiligt.

Einzahlungen der Importeure
in Mill. DM

Im Monatsdurchschnitt bzw. Monat 1948/49	GARIOA-, ERP- und STEG-Importe	B-Im- porte	Importe insgesamt
Juli - September	171,5	52,3	223,8
Oktober - Dezember	182,3	109,2	291,5
Januar - März	229,1	167,9	397,0
April	171,0	167,9	338,9
Mai	359,0	216,8	575,8

Die Auszahlungen über die bei der Bank deutscher Länder geführten Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts stiegen im Mai ebenfalls erheblich an. Dabei handelte es sich in erster Linie um Auszahlungen für getätigte Exporte, während die Auszahlungen zu Lasten der counterpart funds sich nur noch unwesentlich erhöhten. Die Freigaben für Zwecke der Investitionsfinanzierung beliefen sich bis Ende Mai erst auf rd. 15 v. H. der gesamten nichtkommerziellen Auszahlungen seit der Währungsreform. Die verfügbaren Mittel an counterpart funds (Gesamtbestand abzüglich bereits zweckgebunden festgelegter Beträge) betragen am 31. Mai 1949 rd. 470 Mill. DM.

Im Juni verminderten sich die Einzahlungen für GARIOA-Importe beträchtlich, weil die von den Importeuren für die Bezahlung der bizonalen Reserve eingehenden Beträge nunmehr für die Abdeckung des oben erwähnten Kredits verwendet wurden. Insgesamt gingen die Einzahlungen ebenso wie die Auszahlungen um rd. 60 Mill. DM zurück.

Der Betrag, der vom Westdeutschen Wirtschaftsgebiet (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet und französische Zone) im Rahmen des Europa-Clearing Mitte Mai gemäß der für den 30. April 1949 durchgeführten Kompensation in der Form von Ziehungsrechten den europäischen Partnerländern zur Verfügung gestellt wurde, war mit 17,2 Mill. Dollar nahezu doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Vormonate, in denen seit Abschluß des Pariser Zahlungs- und Kompensations-Abkommens insgesamt 57,1 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt worden waren. Die Zunahme hängt u. a. damit zusammen, daß nach dem 31. März 1949 die sogenannte „75 per cent rule“ in Fortfall kam. Nach Artikel 15 des Pariser Vertrages durften nämlich bis zum 31. März 1949 nicht mehr als 75 v. H. der einem Partnerlande zur Verfügung stehenden Ziehungsrechte für die Kompensation verwendet werden, um zu verhindern, daß die in den drawing rights verkörperten Devisenreserven zu schnell verbraucht würden und daraus im letzten Vierteljahr des ersten Marshallplan-Jahres Schwierigkeiten für die weitere Entwicklung des Außenhandels entstehen könnten. Nach dem Fortfall dieser Beschränkungen haben 3 von den 5 Ländern, denen im Westdeutschen Wirtschaftsgebiet Ziehungsrechte eingeräumt werden, den noch offenstehenden Betrag in voller Höhe in Anspruch genommen. Auch die beiden übrigen Länder hatten mit den Ziehungsrechten, die ihnen vom Agenten für die Regelung des intra-europäischen Zahlungsverkehrs (BIZ Basel) bis einschließlich Ende April 1949 zugestanden wurden, einen verhältnismäßig hohen Ausnutzungsquotienten erreicht. Vom 31. Oktober 1948 bis zum 30. April 1949 hatten 7 von insgesamt 9 der im Pariser Zahlungs- und Kompensations-Abkommen vorgesehenen Monatskompensationen stattgefunden. In der gleichen

Zeit waren vom Westdeutschen Wirtschaftsgebiet Ziehungsrechte im Wert von 74,3 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt worden, das sind 76,3 v. H. der von ihm im Betrage von 97,4 Mill. Dollar insgesamt zu gebenden Ziehungsrechte. Die bisherige weitgehende Übereinstimmung von Soll und Ist erklärt sich u. a. daraus, daß mit den gegebenen Ziehungsrechten in erster Linie die Verpflichtungen der Partnerländer ausgeglichen wurden, die laufend aus westdeutschen Kohlelieferungen entstanden. Da nun die Kohleexporte gemäß dem Moskauer Abkommen vom Frühjahr 1947 als Auflageexporte in einer bestimmten Relation zur Kohlenförderung stehen und letztere sich verhältnismäßig sicher vorausplanen läßt, war es bei Abschluß des Pariser Abkommens möglich, insofern auch die Ausfuhrüberschüsse gegenüber den einzelnen Partnerländern im voraus bis zu einem gewissen Grade exakt zu berechnen.

Ganz anders war es auf der Einfuhrseite. Die für Westdeutschland vorgeplanten Mehrein-fuhren ließen sich vielfach nicht verwirklichen und, soweit es doch der Fall war, hat bei der gegebenen Konstellation der Schuldverhältnisse unter den Partnerländern die Technik der Kompensationen 1. Grades der Benutzung der Ziehungsrechte, die Westdeutschland zugedacht waren, zum Teil entgegen gewirkt. Nur gegenüber einem Lande gestattete es die Kontenentwicklung, die freigewordenen 25 v. H. der Ziehungsrechte voll auszunutzen, während bei 3 anderen Ländern Westdeutschland nach dem Stande vom 30. April 1949 im Durchschnitt nur mit 19 v. H. der ihm dort zustehenden Ziehungsrechte tatsächlich zum Zuge kam und gegenüber 2 Ländern die Ziehungsrechte bisher völlig unausgenutzt blieben. Das hängt in erster Linie damit zusammen, daß die bei der Absprache der Ziehungsrechte ländermäßig vorgesehenen Einfuhren nur zum Teil mit dem aus den betreffenden Ländern zu deckenden Bedarf in Einklang standen. Theoretisch hat das Westdeutsche Wirtschaftsgebiet für die Monate Mai und Juni noch Rückgriffsmöglichkeiten auf Ziehungsrechte in Höhe von 83,4 Mill. Dollar, aber mit ihrer vollen Realisierung kann bis zum ursprünglich vorgesehenen Datum nicht gerechnet werden, da der in jüngster Zeit stärker

gewordene Trend ins Debitorsche, also die Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Ziehungsrechten, vielfach durch die erwähnten Kohleexporte kompensiert wird.

Die Schere zwischen den von Westdeutschland gegebenen und empfangenen Ziehungsrechten hat sich also nach der hier behandelten Kompensation weiter geöffnet. Insgesamt sind 45,5 Mill. Dollar mehr den Partnerländern zur Verfügung gestellt worden, als Westdeutschland selbst erhalten hat. In gleicher Höhe ist vorläufig eine Schmälerung der bereits zugeteilten Marshallplan-Hilfe eingetreten, da insoweit die in den Ziehungsrechten liegende Möglichkeit devisenfreier Importe nicht ausgenutzt wurde.

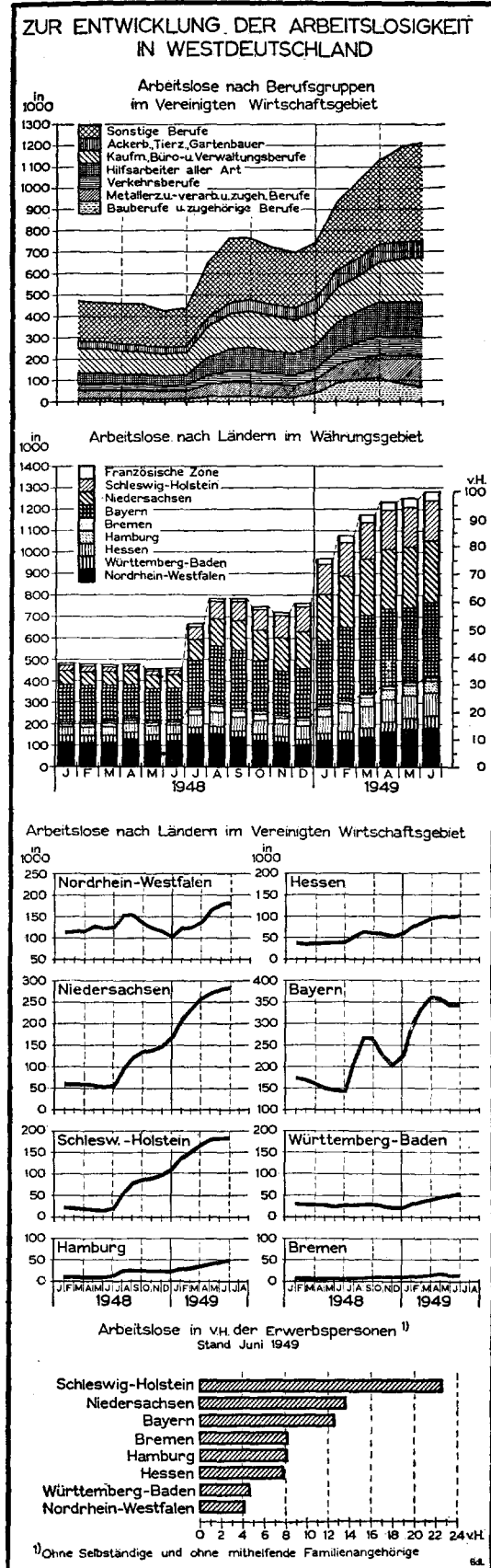
Beschäftigung, Produktion und Absatz

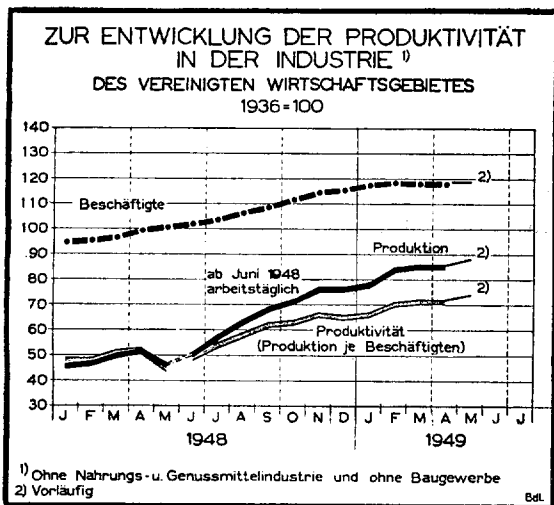
Die innere Konjunktorentwicklung wurde in der breiten Öffentlichkeit auch in den letzten Wochen vornehmlich unter dem Aspekt der steigenden Arbeitslosigkeit betrachtet. Tatsächlich hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Juni etwa im gleichen Maße erhöht wie im Mai, nämlich um ungefähr 26 000, wobei in der ersten Monatshälfte ein etwas stärkerer Anstieg (um 29 000) und in der zweiten Monatshälfte ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. Daß diese Entwicklung aber keineswegs das entscheidende Konjunktursymptom darstellt, ergibt sich daraus, daß nicht nur die Industrieproduktion, zumindest im Mai, stärker als in den vorangegangenen Monaten zugenommen hat, sondern auch die Zahl der Beschäftigten gewachsen ist. Nach der alle Wirtschaftszweige umfassenden Vierteljahresstatistik der Beschäftigung war nämlich die Zahl der unselbständig Tätigen Ende Juni mit fast 13,49 Millionen um rd. 41 000 höher als Ende März d. J. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den letzten drei Monaten — insgesamt 116 000 — beruht also, global betrachtet, nicht etwa darauf, daß die Beschäftigung vermindert worden wäre, sondern ausschließlich auf dem starken, ständigen Neuzugang an Arbeitssuchenden durch heimkehrende Kriegsgefangene, Flüchtlinge, Ausgewiesene, Jugendliche der geburtenstarken Jahrgänge der dreißiger Jahre und zahlreiche

Personen, die bisher auf Erwerbstätigkeit nicht angewiesen waren. Obwohl es bedauerlich ist, daß dieser Neuzugang nicht restlos mit Arbeitsplätzen versorgt werden konnte, hat doch immerhin zumindest ein gutes Viertel dieser neuen Erwerbssuchenden Arbeit gefunden. Diese Quote ergibt sich jedenfalls aus einem Vergleich des Zugangs in der Zahl der **u n s e l b s t ä n d i g** Beschäftigten und Arbeitslosen, also dem Zuwachs in der „labor force“. Zweifellos ist aber auch die Zahl der **s e l b s t ä n d i g** Beschäftigten gestiegen, wie man aus der Neugründung von Betrieben im Zeichen der Gewerbefreiheit schließen kann. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als in der Industrie ein ziemlich starker Rationalisierungsprozeß im Gange ist, der ihre Fähigkeit, zusätzliche Arbeitskräfte zu absorbieren, trotz wachsender Produktion in engen Grenzen hält. Die im ersten Halbjahr 1949 erzielte Produktionszunahme in der Industrie ist jedenfalls bei kaum verändertem Beschäftigungsstand erreicht worden.

Bei der Beurteilung des heutigen Umfangs der Arbeitslosigkeit, die mit 1,3 Millionen (d. s. fast 9 v. H. der unselbständig Beschäftigten) gewiß nicht leicht zu nehmen ist, muß aber noch ein weiteres Moment berücksichtigt werden: Unter den gegenwärtigen Arbeitslosen befindet sich ein erschreckend hoher Prozentsatz von Personen, die nicht mehr voll einsatzfähig sind. Nach einer kürzlich in Hessen durchgeführten Erhebung¹⁾ waren von den im Zeitraum Januar–März 1949 registrierten Arbeitslosen mehr als die Hälfte „nicht für jede körperliche Arbeit“ geeignet, da es sich um ältere und physisch leistungsschwache Personen handelt. Der Anteil der für „schwere körperliche Arbeit“ nicht in Frage kommenden männlichen Arbeitslosen bewegte sich sogar zwischen 65 und 75 v. H. der Gesamtzahl der arbeitslosen Männer. Hinzu kommt, daß viele der heutigen Arbeitslosen keinerlei Berufsausbildung erfahren haben oder durch ihr Schicksal an Orte verschlagen worden sind, in denen keine Beschäftigungsmöglichkeit besteht, während die Umsiedlung vorläufig am Wohnungsproblem scheitert. So erklärt sich,

¹⁾ „Hessischer Schnelldienst“, II. Jahrg., Nr. 9 vom 23. Mai 1949.





daß von der Gesamtzahl der Arbeitslosen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets Ende April 36,3 v. H. Flüchtlinge waren, obwohl der Bevölkerungsanteil der Flüchtlinge nur etwa 16 v. H. beträgt. All das bedeutet selbstverständlich nicht, daß man dem Arbeitslosenproblem gegenüber eine passive Haltung einnehmen dürfe, aber es zeigt, daß ein großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit nicht als Konjunktursymptom zu betrachten ist und daß die Bemühungen, sie herabzudrücken, sich demgemäß nicht auf konjunkturpolitische Mittel beschränken können.

Trotz des Anstiegs der Arbeitslosigkeit ist die **I n d u s t r i e p r o d u k t i o n** nach einer zwei-monatigen Stagnation im Mai wieder stärker gewachsen. Der von der VfW berechnete Produktionsindex für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet (1936 = 100) stellte sich im Mai nach den Monatsziffern auf 87 gegen 82 im April, nach der arbeitstäglichen Berechnung auf 88 gegen 86 im April und März und 79 im Januar. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres ist die Industrieproduktion also um nicht weniger als 11–12 v. H. gestiegen, und es ist anzunehmen, daß sich diese Zunahme auch im Juni fortgesetzt hat. Für die **B a u t ä t i g k e i t**, auf die sich der Produktionsindex der VfW nicht erstreckt, ist wahrscheinlich sogar noch mit einem stärkeren Anstieg zu rechnen, da in den letzten Monaten nicht nur die Baustoffproduktion beträchtlich zugenommen hat, sondern auch die Zahl der arbeitslosen Baufach-

arbeiter von etwa 112 000 Ende März auf weniger als 74 000 Ende Mai gesunken ist.

Ungeachtet der verschiedentlich bestehenden Schwierigkeiten waren im Mai fast alle wichtigeren Industriezweige an der Produktionssteigerung beteiligt. Auch in den meisten Branchen, die in den Vormonaten teils nicht unerhebliche Produktionsrückgänge zu verzeichnen hatten, trat eine Erholung ein. Eine Ausnahme bildete unter den größeren Industrien lediglich die Sägerei und Holzbearbeitung, was vor allem mit den nur wenig gemilderten Absatzschwierigkeiten der Möbelindustrie zusammenhängen dürfte. Im übrigen war jedoch gerade in den Verbrauchsgüterindustrien der Produktionsanstieg im Mai stark. Offenbar wirkt sich hier nicht nur die — dank der hohen Einfuhren — im Augenblick sehr günstige Rohstoffversorgung, sondern auch die seit April zu verzeichnende Belebung der Einzelhandelsumsätze aus.

Die Investitionsgüterindustrien konnten, soweit sie fertige Waren produzieren, dieses Mal mit der Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrien nicht ganz Schritt halten, aber auch hier ist die Produktion im allgemeinen weiter gewachsen. Die Erzeugung wichtiger Investitionsgrundstoffe, wie z. B. Eisen und Stahl, Zement, Mauerziegel usw., hat sogar teilweise neue Höchstziffern erreicht.

Diese Entwicklung ist besonders bemerkenswert, weil sie zeigt, daß trotz der verschiedentlich bestehenden Schwierigkeiten in der Kapitalbeschaffung das **p h y s i s c h e I n v e s t i t i o n s v o l u m e n** bisher kaum gesunken, sondern im Gegenteil wahrscheinlich gewachsen ist. Wenn die Sachkapitalbildung in den ersten drei Vierteljahren nach der Währungsreform netto insgesamt 6 Mrd. DM betragen hat, wie von der VfW unlängst berechnet wurde, so kann man auf Grund der Produktionsziffern für wichtige Investitionsgüter und Investitionsgrundstoffe also durchaus annehmen, daß sie im 2. Vierteljahr 1949 insgesamt mindestens 1,5 — 1,75 Mrd. DM ausgemacht hat. Dabei ist der Preissenkung und dem Umstand, daß in den ersten Monaten nach der Währungsreform in beträchtlichem Umfang Vorräte zur Investition verwandt

Erzeugung wichtiger Investitionsgüter im Vereinigten Wirtschaftsgebiet

Monatsdurchschnitt bzw. Monat	Eisen- und Stahlgewinnung			Baustoffherzeugung				Maschinenbau	Fahrzeugbau
	Roheisen	Rohstahlblöcke	Walzwerkserzeugnisse	Zement	gebr. Kalk	Mauerziegel	Schnittholz		
	1 000 t			1 000 t	Mill. Stück	1 000 cbm	Produktion 1936 = 100		
Okt.-Dez. 1948	506	607	416	547	331	244	631	68	63
Jan.-März 1949	555	688	470	456	294	151	659	83	75
Apr.-Mai 1949	591	738	501	626	334	238	648	84	83
Mai ¹⁾ 1949	613	771	521	669	330	285	633	85	87
Juni ¹⁾ 1949	596	751

¹⁾ Vorläufig.

werden konnten, bereits in sehr großzügiger Weise Rechnung getragen worden.

Mit der anhaltenden Erhöhung der Grundstoffproduktion sind die Engpässe, mit denen die Produktion in den letzten Monaten teilweise zu ringen hatte, wesentlich erweitert worden. Im Energiegebiet ist insbesondere die erfreuliche Entwicklung der Kohlenförderung, die im Juni, entgegen der rückläufigen Saisontendenz, einen arbeitstäglichen Stand von 333 300 t gegen 329 400 t im Durchschnitt des März behauptete, von Bedeutung. Immerhin wurde auch im Mai noch von einigen Industrien, wie vor allem der Baustoff-, der Textil-, der Papier- und der Glasindustrie, über unzureichende Kohlenversorgung geklagt. Auch die zur Zeit sehr großzügige Stromversorgung könnte wieder Schwierigkeiten bereiten, wenn der Bedarf stark zunimmt und Trockenheit oder Frost die Wasserkraftwerke außer Funktion setzen. Die Elastizität der Produktion dürfte teilweise also noch immer beschränkt sein.

Die Absatzlage ist im allgemeinen weiter sehr undurchsichtig. Die wenigen vorhandenen Umsatzsymptome (Aufkommen aus der Umsatzsteuer, Verkehrsziffern, Teilangaben über Einzelhandelsumsätze usw.) liegen im allgemeinen viel zu weit zurück, um aktuellen Aussagewert zu besitzen. Immerhin zeigen sie, daß zumindest bis April/Mai von einem Rückgang der Umsätze keine Rede sein konnte. Das auf Werten basierende Umsatzsteueraufkommen ist sogar von Februar bis Mai ständig gewachsen. Mit einer gewissen Skepsis müssen offenbar auch die Meldungen über die Auftrags-

entwicklung und die daraus resultierenden Gefahren für die Aufrechterhaltung des derzeitigen Produktionsniveaus aufgenommen werden. Von einem starken Rückgang der Aufträge ist nun bereits seit mehr als einem halben Jahr die Rede, ohne daß die Produktion gesunken wäre. Wahrscheinlich ist vielfach überssehen worden, daß im ersten Halbjahr nach der Währungsreform unter dem Einfluß der steigenden Preise und der immer mehr verlängerten Lieferfristen die Auftragseingänge erheblich über die Produktion hinausgegangen waren, so daß der inzwischen eingetretene Auftragsrückgang nicht unbedingt zu einem umgekehrten Mißverhältnis zwischen Produktion und Neuaufträgen geführt haben muß. Es liegen jedenfalls keine statistischen Anhaltspunkte dafür vor, daß die Industrie zur Zeit in beträchtlichem Umfang auf Lager arbeitet oder nur noch von alten Auftragsbeständen zehrt. Größere Auftragsstornierungen, durch deren Meldung die Öffentlichkeit in den letzten Monaten wiederholt beunruhigt wurde, gingen gewöhnlich von einigen Großabnehmern wie der Reichsbahn und den Kohlenzechen aus, deren Investitionsfinanzierung in starkem Maß den Schwierigkeiten und Unsicherheiten der Kreditbeschaffung unterworfen ist, da sie infolge gebundener Tarife und Preise in der Regel über keine eigenen Reserven verfügen. Die Stornierungen sind jedoch häufig ebenso rasch rückgängig gemacht worden, wie sie ausgesprochen wurden, so daß sie über den allgemeinen Trend der Auftragsentwicklung gewöhnlich wenig besagen. Im übrigen hat sich gerade die Situation der Groß-

abnehmer in neuerer Zeit durch die Sicherstellung ihres dringlichsten Kreditbedarfs — z. T. von seiten der Wiederaufbaubank — gebessert.

Ähnlich wie die industrielle Erzeugung ist auch die Agrarproduktion im Anstieg begriffen. Nach der ausgezeichneten Ernte des vorigen Jahres, die teils günstigen Witterungsbedingungen, teils vermehrter Verwendung von Düngemitteln zu danken war, steht, soweit sich das jetzt schon beurteilen läßt, wieder eine gute Ernte bevor.

**Produktion der Hauptackererzeugnisse
im Vereinigten Wirtschaftsgebiet
in 1000 t**

	1938/39	1947/48 ¹⁾	1948/49 ¹⁾
Brotgetreide	5 584	2 590	4 518
Gerste	1 719	570	713
Hafer	2 708	1 513	1 839
Sommergetreide	249	264	320
Getreide insgesamt	10 260	5 297	7 419
Ölsaaten	46 ²⁾	46	59
Kartoffeln	17 492	12 815	21 448
Zuckerrüben	4 770	2 645	4 450
Speisehülsenfrüchte	22	34	48
Futterhülsenfrüchte	157	123	131

¹⁾ Auf Grund der von den Militärregierungen und den deutschen Behörden gemeinsam vorgenommenen Schätzungen. Die Methode der Schätzung war in den beiden Jahren nicht die gleiche.

²⁾ Ohne Mohn.

Unter dem Einfluß der gestiegenen Inlands-erzeugung und der Einfuhr von Futtermitteln kann nun auch die tierische Erzeugung wieder stärker entwickelt werden. Die Viehbestände, die aus Futtermangel in den ersten drei Nachkriegsjahren hatten erheblich reduziert werden müssen, befinden sich in bemerkenswertem Wiederaufbau. Das gilt in erster Linie für die Schweine, deren Zahl bis März 1948 auf 3,9 Millionen gesunken, ein Jahr später aber bereits wieder auf 5,6 Millionen gestiegen war. Die in Aussicht gestellte beträchtliche Erhöhung oder Freigabe der Schweinepreise hat die Schweinehaltung zweifellos begünstigt. Die Freigabe ist allerdings von der Militärregierung abgelehnt und die Erhöhung nicht

im erwarteten Umfang durchgeführt worden. Auch die Erzeugung von Milch und Milchprodukten ist seit Mitte 1948 (trotz der Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche

**Die Viehbestände
im Vereinigten Wirtschaftsgebiet
in 1000 Stück**

Dez.	Rinder	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde
1938	10 255,2	10 751,6	1 872,9	1 078,2	1 387,0
1945	9 643,8	5 335,1	2 064,5	825,2	1 450,4
1946	9 522,5	5 663,1	2 040,3	890,2	1 419,0
1947	8 628,1	4 920,7	2 106,5	963,7	1 434,8
1948	8 926,5	6 083,1	2 220,8	1 104,1	1 463,7

in allen Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets mit Ausnahme Schleswig-Holsteins) infolge der guten Wachstumsverhältnisse auf den Futterflächen gestiegen und wird bei verbesserter Kraftfuttermittellversorgung (vor allem besserer Versorgung mit eiweißreichen Futtermitteln — sei es aus eigener Erzeugung oder Importen) weiter zunehmen. Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß sich seit der Währungsreform auch der Anteil der abgelieferten Milch an der Gesamterzeugung — also die Produktion für den Markt — erhöht hat.

Auf weitere Sicht wird erstrebt, durch Intensivierung der westdeutschen Landwirtschaft nicht nur die Ertragseinbußen der Kriegs- und Nachkriegszeit auszugleichen, sondern die Gesamterzeugung nach Möglichkeit sogar über den Vorkriegsstand zu steigern, von dem Westdeutschland gegenwärtig noch immer um etwa 15 v. H. entfernt ist. Eine Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung um — sagen wir — 10 v. H. über den Vorkriegsstand würde allerdings bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Tagesration von 2 700 Kalorien und einem tierischen Anteil von nur 20 v. H. (gegenüber 30 v. H. in der Vorkriegszeit) an dieser Ration einen Selbstversorgungsgrad von nur etwa 60 v. H. bedeuten. Westdeutschland wird also auf jeden Fall weiter in hohem Maß auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen bleiben. Selbstverständlich hätte die Erreichung des obenerwähnten Produktionszieles eine erhebliche Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe zur Voraussetzung, die neben einer wesentlichen Erweiterung des Beratungsdienstes

sicher auch beträchtliche Sachinvestitionen erfordern würde. Die Investitionen zugunsten der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sind für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet im Jahre 1949/50 mit 735 Mill. DM (bei einem gesamten Investitionsvolumen von rund 7 Mrd. DM) vorgesehen.

Preise, Erträge und Löhne

Der Rückgang der Preise hat sich, soweit man das auf Grund des vorliegenden Materials beurteilen kann, im allgemeinen fortgesetzt; doch scheint sich allmählich eine gewisse Stabilisierung anzubahnen. So ist in Hessen — wie die folgende Übersicht zeigt — der Anteil der unverändert gebliebenen Einzelhandelspreise (regulärer Markt) an der Gesamtheit der laufend beobachteten Preise in der letzten Zeit gestiegen. Entsprechend dem Anpassungsprozeß, in dem sich die westdeutsche Wirtschaft etwa seit der Jahreswende befindet, sind — wie die

Zur Preisbewegung im Einzelhandel¹⁾
Angaben des Hessischen Statistischen Landesamtes

	Von den beobachteten Preisen sind (i. v. H.)					
	gestiegen		gesunken		unverändert geblieben	
	a	b	a	b	a	b
1. Mai-Hälfte	11	11	28	27	61	62
2. „ „	5	1	27	29	68	70
1. Juni- „	5	2	21	27	74	71

¹⁾ Regulärer Markt.
a) Ingesamt. b) Ohne Nahrungsmittel.

VfW berichtet — von der Preissenkung neuerdings vor allem solche Waren betroffen, die wegen mangelnder Qualität schwer absetzbar sind (manche Kunststoffherzeugnisse, manche Jedermann- und STEG-Waren). Sodann spielen Preissenkungen aus Notverkäufen eine gewisse Rolle (z. B. bei Lederwaren). Industrie, Handwerk und Handel bemühen sich, bei gleichen Preisen die Qualitäten zu verbessern. Stellenweise sind bei hochwertigen Gütern auch geringfügige Preiserhöhungen zu beobachten. Noch immer aber bestehen ziemlich große Preisunterschiede für die gleichen Waren in den verschiedenen Teilen Westdeutschlands. So kosteten beispielsweise Eier gleicher Größe und Qualität Mitte Mai in Nordrhein-Westfalen 44 Pfg, in Württemberg-Hohenzollern

19—20 Pfg; eine Aktentasche aus Leder vergleichbarer Ausführung wurde in Schleswig-Holstein um dieselbe Zeit mit 35 DM, in Bayern dagegen mit 44—45 DM angeboten. Für die Beseitigung dieser regionalen und lokalen Unterschiede wird der mit wachsendem Angebot sich verstärkende Wettbewerb sorgen.

Daß von einem grundsätzlichen Umschwung der Preistendenz noch nicht gesprochen werden kann, zeigt sich außer in der Entwicklung der Einzelhandelspreise auch darin, daß bestimmte, besonders reagible Grundstoffpreise, so z. B. die Preise für NE-Metalle, Schnittholz, Häute und Felle, neuerdings wieder gesunken sind. Tatsächlich besteht in weiten Bereichen der Wirtschaft noch ein verhältnismäßig weiter Spielraum zwischen Kosten und Erlösen. Ein deutliches Zeichen hierfür ist die Tatsache, daß das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer im Durchschnitt der Monate April—Mai mit 144,5 Mill. DM noch um 12 Mill. DM höher war als im Durchschnitt der Monate Januar—Februar 1949. Auch wenn man dabei eine schärfere Steuererfassung in Rechnung stellt, kann also zumindest die Gewinnmasse, aber wahrscheinlich auch die Gewinnrate noch nicht stark gesunken sein. Allerdings darf man hieraus nicht schließen, daß generell hohe Gewinne erzielt werden. Die gegenwärtige Gewinnlage ist vielmehr dadurch charakterisiert, daß die Verhältnisse von Betrieb zu Betrieb sehr verschieden sind, weil infolge der Kriegseinwirkungen die Kosten der einzelnen Unternehmungen noch immer sehr stark voneinander abweichen. Die hohen Gewinne sind also in der Regel nur Differentialgewinne, die sich daraus erklären, daß auf die Produktion auch verhältnismäßig kostspieliger Grenzbetriebe beim gegenwärtigen Versorgungsstand noch nicht verzichtet werden kann. Preissenkungen zu Lasten der Gewinne werden daher ohne Beeinträchtigung der Produktion nur in dem Maße vor sich gehen können, in dem die Grenzbetriebe ihre Kosten zu senken vermögen oder durch Produktionserweiterung in den rentableren Betrieben entbehrt werden können. Daß im übrigen die Gewinne vorläufig noch ein wesentliches Element der Investitionsfinanzierung darstellen und es weitgehend erklären,

daß trotz der bestehenden Schwierigkeiten bei der Deckung des mittel- und langfristigen Kreditbedarfs die Investitionstätigkeit nach wie vor hoch ist, ja sogar zunimmt, sei am Rande jedoch ebenfalls erwähnt.

Ein besonderes Problem der Preispolitik bildet seit einiger Zeit die Regelung der Lebensmittelpreise, die wegen der hier bestehenden Versorgungslücken zum großen Teil noch immer der staatlichen Kontrolle unterliegen. Das Verlangen der Militärregierungen, die Nahrungs- und Düngemittelninfuhren, die bisher zu den deutschen Festpreisen abgegeben wurden, ab 1. Mai zum 30-Cents-Kurs abzurechnen (nachdem ab 1. März bereits gewisse Nebenkosten der Einfuhr, die bisher zu Lasten der counterpart funds gegangen waren, von deutscher Seite aufgebracht werden mußten), stellt die zuständigen deutschen Instanzen vor die Wahl, entweder inländische und ausländische Erzeugnisse zu verschiedenen Preisen zu verkaufen oder — falls dies vermieden werden sollte — die Auslandspreise, die teils höher, teils niedriger als die Inlandspreise sind, dem Stand der deutschen Preise anzupassen oder aber das bisherige deutsche Preisniveau zu verlassen. Mit Rücksicht auf die geringe Kaufkraft weiter Verbraucherkreise und die verstärkten Lohnforderungen, die für den Fall eines Anstiegs der Lebensmittelpreise befürchtet wurden, ist nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen in Aussicht genommen, eine Abwälzung der Einfuhrverteuerung auf den Verbraucher im wesentlichen zu vermeiden und die teurer werdenden Auslandserzeugnisse — vor allem Weizen, Mais und Düngemittel — mit Hilfe von Subsidien auf das gegenwärtige inländische Preisniveau herabzuschleusen. Allerdings soll ein Teil der Preiserhöhung für Futtermais und vielleicht auch für Düngemittel von der Landwirtschaft getragen werden, und da die Maispreiserhöhung in gewissem Umfang durch eine Erhöhung der Schweinepreise auf den Verbraucher weitergewälzt werden soll, wird wenigstens in bescheidenem Maß auch der Verbraucher zur Aufbringung der höheren Einfuhrpreise herangezogen werden.

Daß eine stärkere Abwälzung der höheren Einfuhrpreise auf den Verbraucher nicht ge-

plant ist, hängt nicht allein mit sozialen Rücksichten zusammen, sondern auch mit dem Wunsch, das gegenwärtige inländische Agrarpreisniveau nicht auf den augenblicklichen Stand der Weltmarktpreise zu heben. Man nimmt nämlich an, daß die Weltmarktpreise noch weiter sinken werden, und befürchtet, daß es erhebliche Schwierigkeiten bereiten könnte, die deutschen Agrarpreise auch dann im Einklang mit den Weltmarktpreisen zu halten, d. h. sie in Übereinstimmung mit diesen zu senken.

Was den Subsidierungsbedarf für die eingeführten Lebensmittel anbelangt, so wird er nicht ganz den Betrag erreichen, um den sich die Einfuhrpreise bestimmter Güter erhöhen werden. Diejenigen Importgüter, deren Inlandspreis bisher über dem Weltmarktpreis lag (Schmalz, Zucker, Obst und einige andere), werden nämlich durch die Neuregelung der Einfuhrpreise künftig, in DM gerechnet, billiger eingeführt werden können. Es ist beabsichtigt, diese Güter trotzdem weiter zum bisherigen Inlandspreis zu verkaufen und den Differenzbetrag für die Zwecke der Subsidierung der teurer werdenden Produkte abzuschöpfen. Mit der Durchführung dieses Preisausgleichs soll eine Importausgleichsstelle betraut werden. Der danach verbleibende Subventionsbedarf soll aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden.

Im ganzen wird nach dem gegenwärtigen Stand der Schätzungen mit folgendem jährlichen Subventionsbedarf gerechnet:

Brutto-Subventionsbedarf	
auf Grund der DM-Mehrkosten der Einfuhr und gewisser Abwälzungen auf die Landwirtschaft und den Verbraucher	407 Mill. DM.
Abschöpfung der auf Grund der DM-Minderkosten gewisser Einfuhren entstehenden Differenzbeträge	131 Mill. DM.
Netto-Subventionsbedarf	276 Mill. DM.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Errechnung des Subventionsbedarfs der Weizenhöchstpreis des Internationalen Weizenabkommens zugrunde gelegt ist. Würde Westdeutschland an Stelle dieses Preises, wie bisher,

den wesentlich höheren amerikanischen Stützungspreis bezahlen müssen, so würde sich der Subventionsbedarf (netto) um 150—180 Mill. DM erhöhen.

Durch die am 4. Juni in Kraft getretene Schweinepreiserhöhung (die nur z. T. durch die Verteuerung der Einfuhrpreise für Mais bedingt ist), wird den Verbrauchern rechnerisch eine Mehrbelastung von rd. 250 Mill. DM zugemutet. Diese Ziffer ist jedoch insofern fiktiv, als Schweinefleisch bisher nur in ganz geringem Umfang zum legalen Preis käuflich war und der „schwarze“ Preis um etwa das Dreifache über dem offiziellen Preis gelegen hat. Tatsächlich ist also die „Mehrbelastung“ schon bisher getragen worden. Aus diesem Grunde bedeutet die Schweinepreiserhöhung vorläufig aber auch für die Landwirtschaft wahrscheinlich wenig, zumindest sofern man sie als Ganzes betrachtet. Immerhin stellt sie einen nicht unwesentlichen Schritt in Richtung einer Normalisierung der legalen Preisverhältnisse und eine entsprechende Verbesserung der Ertragsrelationen des legal wirtschaftenden Landwirts dar.

Die trotz der wachsenden Arbeitslosigkeit anhaltenden Bestrebungen zur Erzielung höherer Löhne und Gehälter haben in den letzten Wochen einige Fortschritte zu verzeichnen. So ist kürzlich entschieden worden, daß für die Angestellten des öffentlichen Dienstes die aus der Brüningschen Notverordnung vom 2. Dezember 1930 stammende Gehaltskürzung um 6 v. H. teils mit Wirkung vom April d. J., teils einige Monate später fortfällt. Gleichzeitig ergeben sich bei den im öffentlichen Dienst beschäftigten Lohnempfängern durch Beseitigung der bisher 16 und der Einführung von 5 neuen Ortsklassen nennenswerte Verbesserungen der Stundenlöhne. Ferner wurde der als Ecklohn¹⁾ geltende Stundensatz des ungelernten Arbeiters im öffentlichen Dienst in der niedrigsten Ortsklasse von bisher 0,62 auf 0,75 DM erhöht. Da die bisherigen Relationen zu den Löhnen der übrigen Arbeiter des öffentlichen Dienstes beibehalten werden sollen, erhöhen sich auch diese.

Im Steinkohlenbergbau wurde Ende Mai ein neues Lohnabkommen getroffen, das eine Er-

¹⁾ Die die Lohnstufe, nach der sich die übrigen Löhne richten.

höhung der Schichtlöhne um 5,4 v. H. vorsieht. Gleichzeitig wurden die bisherigen zahlreichen Lohngruppen in 5 Hauptgruppen zusammengefaßt und auch durch Herabsetzung der Altersgrenze eine Lohnerhöhung für jugendliche Arbeiter erzielt. Für die Landarbeiter wurde kürzlich in Hessen in Anlehnung an die in den anderen Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes schon früher getroffenen Vereinbarungen der Ecklohn von 0,56 auf 0,66 DM erhöht sowie eine Entlohnung nach der Leistung und eine entsprechende Gruppierung der Arbeitskräfte vereinbart. Alles zusammen bedeutet eine fühlbare Besserstellung der Landarbeiter.

Neue Tarifvereinbarungen stehen aber auch in verschiedenen anderen Wirtschaftszweigen bevor, da zahlreiche Tarifverträge in den Frühjahrsmonaten d. J. abgelaufen sind und die im Februar/März d. J. vereinbarten Teuerungszulagen auf wenige Monate befristet waren. Es ist zu erwarten, daß das Lohn- und Gehaltsniveau damit weiter steigen wird, obwohl die Gewerkschaften, schon mit Rücksicht auf die ungünstige Arbeitsmarktlage, sehr vorsichtig operieren.

Arbeitszeit und Arbeitsverdienste der Industrie-Arbeiter im Vereinigten Wirtschaftsgebiet

	Wochenarbeitszeit in Std.	Brutto-Stundenverdienste i. Rpf/DPf	Brutto-Wochenverdienste in RM/DM
1948 Juni	41,1	98,5	40,51
September	43,8	108,3	47,40
Dezember	44,6	113,1	50,44
1949 März	45,3	116,1	52,55
Veränderung März 1949 gegenüber Juni 1948 in v. H.	+ 10,2	+ 17,9	+ 29,7

Zusammenfassung und Aussichten

Versuchen wir abschließend, uns ein Gesamtbild von der gegenwärtigen Konjunkturlage und ihren Entwicklungstendenzen zu machen, so ist das Ergebnis zweifellos günstiger als in den letzten Monaten.

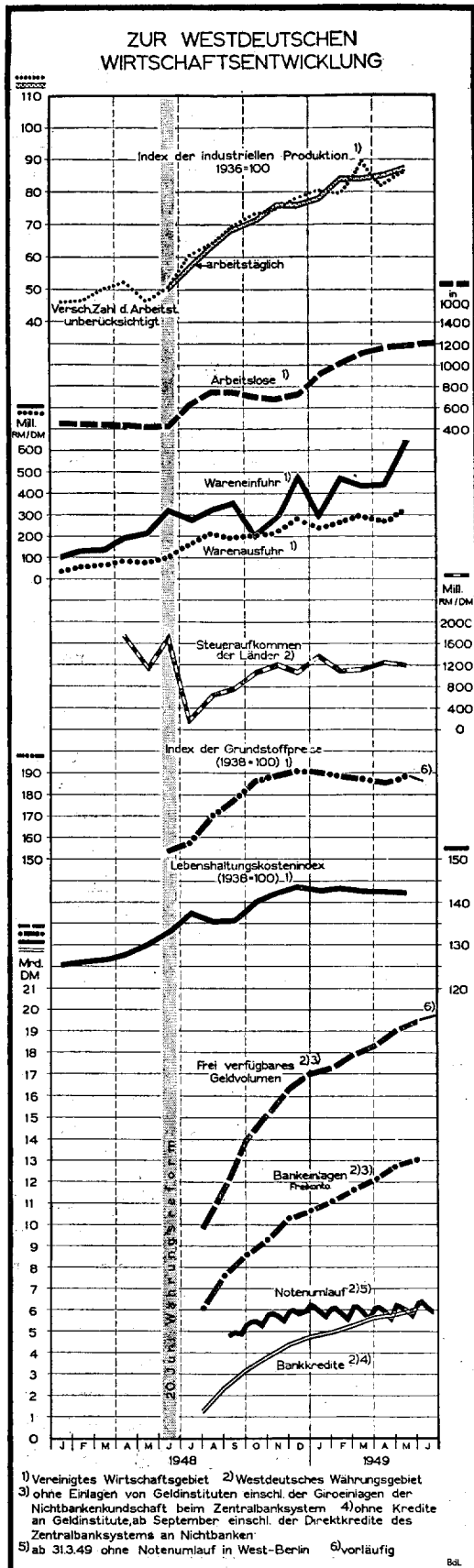
Zunächst einmal hat die Wirtschaft in den vergangenen Wochen, entgegen den weit verbreiteten pessimistischen Voraussagen, nicht

nur weiter eine bemerkenswerte Widerstandskraft gegen starke strukturelle und zum Teil auch konjunkturelle Schwierigkeiten an den Tag gelegt, sondern das Volumen der Wirtschaftstätigkeit hat sich zweifellos erhöht, mögen dabei auch Saisoneinflüsse eine erhebliche Rolle spielen. Die Industrieproduktion liegt nach dem beachtlichen Anstieg im Mai, arbeits-täglich berechnet, nun um 11–12 v. H. über dem Stand von Januar. Dabei hat nicht etwa nur die Verbrauchsgütererzeugung zugenommen, sondern auch das Investitionsvolumen ist gewachsen. Nach der im Abschnitt über die Produktion gegebenen Schätzung sind allein die Nettoinvestitionen (ohne Lagererweiterung) für das zweite Vierteljahr auf mindestens 1,5–1,75 Mrd. DM zu veranschlagen, so daß sie sich in erfreulichem Maß der Rate nähern, die für das zweite Marshallplan-Jahr insgesamt erwartet wird (7,3 Mrd. DM). Diese Entwicklung zeigt, daß trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten die Kapitalaufbringung doch noch beträchtlich war. Viel haben hierzu die ersten Freigaben von counterpart funds beigetragen, zumal es mit ihrer Hilfe möglich war, die Investitionsfinanzierung gewisser Schlüsselindustrien (nämlich den Kohlenbergbau und die Energiewirtschaft) aufrechtzuerhalten, in denen infolge gebundener Tarife und Preise die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung gering sind und deren Kreditbedarf auf andere Weise schwer zu decken gewesen wäre. Aber auch der Kapitaleinsatz aus deutschen Quellen ist offenbar gewachsen, was neben der in vielen Wirtschaftszweigen noch immer hohen Selbstfinanzierung und der anhaltenden Kreditausdehnung vor allem auf die höheren Investitionsausgaben der öffentlichen Hand zurückzuführen sein dürfte, die namentlich für die Belebung des Wohnungsbaus von entscheidender Bedeutung waren.

Mit der Aufrechterhaltung der Investitionstätigkeit aber wurde die gefährlichste Bedrohung, der die Konjunktur in den ersten Monaten des Jahres ausgesetzt schien, abgewendet. Infolgedessen ist auch der noch vor wenigen Wochen vielfach befürchtete Beschäftigungsrückgang nicht eingetreten. Von Dezember 1948 bis März 1949 ist die Gesamtzahl der

Beschäftigten zwar von etwa 13,74 Millionen auf 13,49, also um rund 250 000, gesunken, aber im zweiten Vierteljahr hat sich diese Entwicklung nicht fortgesetzt, sondern von Ende März bis Ende Juni ist die Beschäftigungsziffer im Gegenteil wieder um etwas über 40 000 gestiegen. Für den Konjunkturablauf war das vor allem deshalb besonders wichtig, weil auf diese Weise der zeitweilig fast unvermeidbar scheinende Einkommenseinbruch nicht nur ausblieb, sondern die gesamte Lohn- und Gehaltssumme im Vergleich zum Winter wahrscheinlich sogar gewachsen ist, zumal die Löhne teilweise erhöht wurden. Statt zu der von manchen erwarteten fortschreitenden Einkommensdeflation kam es also zu einer weiteren Einkommenszunahme, und wenn auch das Einkommen seit dem Abklingen der Preishausse vom vorigen Herbst wesentlich zurückhaltender verausgabte, ja — vor allem unter dem Einfluß der zeitweiligen Reservenbildung der öffentlichen Hand — teilweise sogar sterilisiert wurde, ist im wirtschaftlichen Kreislauf anscheinend doch kein Ausgabendefizit entstanden, das zu einem fortschreitenden Schrumpfungsprozeß hätte führen können. Die seit dem Januar zu verzeichnende Kreditausweitung um mehr als 2¹/₂ Mrd. DM, die die Behauptung von einer „Deflationspolitik“ des Zentralbanksystems übrigens eindeutig ad absurdum führt, hat in diesem Zusammenhang sicher eine große Rolle gespielt.

Wenn trotzdem immer wieder der Eindruck einer „Konjunkturabschwächung“ entstand, so liegt das hauptsächlich an dem weiteren, in den letzten Monaten sogar saisonwidrigen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Er steht auf den ersten Blick gewiß in einem eigenartigen Kontrast zu der wachsenden Produktion. Wie sich dieser Zwiespalt erklärt, ist in den vorliegenden Berichten wiederholt dargelegt und in einem der vorangegangenen Abschnitte nochmals mit neuestem Ziffernmaterial erläutert worden: Ein Vergleich der Beschäftigungs- und der Arbeitslosigkeitsziffern zeigt, daß sich die beiden Reihen weitgehend unabhängig voneinander entwickeln, und daß die Hauptursache, ja im letzten Vierteljahr sogar die einzige Ur-



sache des Anstiegs der Arbeitslosigkeit in dem außergewöhnlich starken Neuzugang an Erwerbsuchenden liegt, der sich seinerseits wieder teils aus der Tatsache erklärt, daß die dicht bevölkerten Westzonen immer noch Flüchtlinge und Ausgewiesene aus andern Gebieten aufnehmen müssen, in erheblichem Umfang aber auch auf der ständigen, weit über das Bevölkerungswachstum hinausgehenden Zunahme der Zahl einheimischer Erwerbsuchender beruht. Daß nicht all diese Menschen Arbeitsplätze finden können, bildet gewiß nicht nur ein ernstes humanitäres und sozialpolitisches Problem, sondern wirkt auch schwerwiegende ökonomische Fragen auf, weil sich hierin zeigt, daß das Wachstum unserer Wirtschaft nicht stark genug ist, um allen Arbeitswilligen Beschäftigung zu bieten.

Zweifellos ist es eine der vornehmsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik, hier nach Möglichkeit helfend einzugreifen und sowohl im Interesse der Betroffenen als auch dem der Gesamtwirtschaft möglichst viele Arbeitslose, die doch brachliegende Produktionsreserven sind, wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern. Aber man muß sich nüchtern Rechenschaft darüber geben, welche Grenzen einer solchen Politik gesetzt sind, wenn sie nicht andere wichtige Interessen der Gesamtwirtschaft verletzen soll, und welche Mittel dem erstrebten Zweck auf die Dauer am besten entsprechen.

Was die Grenzen anbelangt, die einer drastischen Verminderung der Arbeitslosigkeit in Deutschland heute entgegenstehen, so ist einmal an die im Vorangegangenen bereits erwähnte Tatsache zu erinnern, daß ein verhaltnismig hoher Prozentsatz unserer Arbeitslosen überhaupt nicht mehr voll einsatzfähig ist oder sich gerade für solche Berufe nicht eignet, in denen sich vielleicht noch am ehesten Arbeitschancen bieten würden. Auch daß die Arbeitslosen, die ja vielfach nicht auf Grund eines Beschaftigungsrckgangs arbeitslos geworden sind, sondern als Flüchtlinge oder Ausgewiesene noch der Eingliederung in die Wirtschaft ihrer neuen Heimat harren, häufig in Gebieten sitzen, in denen auch in Zukunft vielleicht nur bescheidene Arbeitsmöglichkeiten bestehen werden, erschwert es

außerordentlich, ihnen in angemessener Frist Arbeit zu verschaffen. Hier wird es oft erst einer Umsiedlung bedürfen, die ihrerseits wieder von der Erstellung des nötigen Wohnraums in den Aufnahmegebieten abhängt, ehe sich ihnen die Chance eines neuen Arbeitsplatzes eröffnet.

Aber auch die Resorption der rein konjunkturellen Arbeitslosigkeit stellt heute ganz besondere Aufgaben. Eine wesentliche Verminderung der heutigen Arbeitslosigkeit wird nämlich, realistisch betrachtet, nur durch eine entsprechende Ausdehnung der Industriebeschäftigung möglich sein, da der öffentliche Dienst, das Verkehrswesen und der Handel eher noch Arbeitskräfte freigegeben werden oder im Interesse einer rationelleren Wirtschaftsführung doch freigegeben sollten und die Aufnahmefähigkeit der übrigen Wirtschaftszweige relativ begrenzt ist. Was die Landwirtschaft anbelangt, so wird sie wahrscheinlich sogar ebenfalls Arbeitskräfte abgeben, da die Tendenz zur Landflucht wieder stark ist und auf längere Sicht vielleicht auch hier die Maschine der menschlichen Arbeitskraft mehr und mehr Konkurrenz machen wird. Die industrielle Beschäftigungskapazität dürfte nun aber, selbst im Falle einer stärkeren Konjunkturbelebung, ebenfalls relativ gering bleiben, weil die Industrie seit der Währungsreform in einem beachtlichen Rationalisierungsprozeß steht, der auch bei wachsender Produktion ihren Kräftebedarf niedrig zu halten tendiert. Von der Währungsreform bis Mai 1949 ist jedenfalls die Industrieproduktion um mehr als 70 v. H. gestiegen, während die industrielle Beschäftigung nur um etwa 15 v. H. zugenommen hat. Überdies ist der Umfang der Industriebeschäftigung im Vergleich zur Arbeitslosigkeit nicht sehr hoch. Selbst unter Einschluß der Bauwirtschaft und des Baunebengewerbes beträgt sie zur Zeit nur etwa 4,8 Millionen. Mit 1,3 Millionen stellt sich die Arbeitslosigkeit also auf ungefähr 27 v. H. dieser Ziffer. Um auch nur die Hälfte der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit zu resorbieren, müßte demnach die Industriebeschäftigung um mehr als 13 v. H. wachsen. Einer solchen Steigerung steht nun aber der bereits erwähnte Rationalisierungsprozeß im Wege. Nehmen wir z. B. an, die Pro-

duktivität je Beschäftigten wüchse in den nächsten Monaten nur etwa im gleichen Maß wie in der Zeit von Januar bis Mai d. J., nämlich um etwa 11 Prozent (sie würde dann noch immer um rd. 18 v. H. unter dem Stand von 1936 liegen), so müßte die Industrieproduktion um ungefähr 25 v. H. steigen, um rd. 600 000 neuen Arbeitskräften Beschäftigung zu bieten.

Eine so starke Produktionszunahme ist in relativ kurzer Frist natürlich höchst unwahrscheinlich. Sie würde vor allem an gewissen Engpässen scheitern, denen sich die Wirtschaft auch heute noch gegenüber sieht. Wie bereits in einem früheren Abschnitt dargelegt, setzen namentlich die Kohlenversorgung und die Stromversorgung einer stärkeren Produktionsausweitung nach wie vor relativ enge Grenzen. Teilweise könnte aber auch die Rohstoffversorgung ein nicht zu unterschätzendes Limit bilden. In einzelnen Industriezweigen, die stark einfuhrabhängig sind, bewegt sich der Rohstoffverbrauch schon jetzt auf einem Niveau, das nur um wenige Prozent unter dem für das zweite Marshall-Plan-Jahr vorgesehenen Einfuhrkontingent liegt. Sollte unsere Ausfuhr infolge der im Abschnitt über den Außenhandel geschilderten Absatzer schwerungen auf dem Weltmarkt nicht im erwarteten Umfang wachsen und eventuell gar die Auslandshilfe gekürzt werden, so würde sich der gegenwärtige „Rohstoffspielraum“ wahrscheinlich bald auch in weiteren Bereichen der Wirtschaft wieder verengen.

Diese Hinweise sollen selbstverständlich nicht die Möglichkeit einer weiteren Produktionsausdehnung negieren, sondern lediglich die materiellen Grenzen andeuten, die ihr auf kürzere Frist gesetzt sein dürften. Man sieht daraus, daß selbst die konjunkturell entstandene Arbeitslosigkeit durch eine kreditpolitische Forcierung der Produktionszunahme kaum in dem vielfach erhofften Umfang reduziert oder gar ganz beseitigt werden könnte, ohne die Schranken, die einer verantwortungsbewußten Kreditpolitik durch den Produktionspielraum gesetzt sind, zu überschreiten. Der Produktionsfaktor Arbeitskraft wird eben auf absehbare Zeit in Westdeutschland wesentlich

reichlicher vorhanden sein als andere Produktionsfaktoren, und da der wirtschaftliche Einsatz der verschiedenen Produktionselemente immer durch die Verfügbarkeit des knappsten bestimmt wird, bedeutet das, daß vorläufig ein gewisses Überangebot an Arbeitskräften nicht zu vermeiden sein wird. Würde man versuchen, dieses Überangebot unabhängig von der Verfügbarkeit über die entsprechenden sachlichen Produktionsfaktoren gänzlich zu beseitigen, so könnte das leicht zu einer Überbelastung der öffentlichen Haushalte und einer Übernachfrage führen, die empfindliche Störungen des Marktgleichgewichts sowie der Preisstabilität und vor allem auch der außenwirtschaftlichen Lage zur Folge haben würde. Das aber würde den Interessen der großen Mehrheit des Volkes nicht entsprechen und die von allen Marshall-Plan-Ländern als gesund und für sie bindend anerkannten währungs- und wirtschaftspolitischen Grundsätze verletzen.

Eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit wird also in jedem Fall eine schwierige, kurzfristig kaum zu lösende Aufgabe sein. Soweit ihre Ursachen struktureller Natur sind, wie es zum großen Teil bei der Flüchtlingsarbeitslosigkeit der Fall ist, wird mit a l l g e m e i n e n konjunkturpolitischen Maßnahmen dabei ohnehin verhältnismäßig wenig erreicht werden können. Hier kommt es vielmehr auf weitgehende Änderungen unserer regionalen Wirtschaftsstruktur an, für die man sich etwa die Maßnahmen zum Vorbild nehmen könnte, mit denen sich Großbritannien erfolgreich um die Ausschaltung seiner „distressed areas“ bemüht. Im übrigen aber gilt es, die Anstrengungen zunächst auf die Erweiterung der noch bestehenden Produktions- und Versorgungsgänge zu konzentrieren, wobei nicht zuletzt an die Aufrechterhaltung und Stärkung unserer Exportfähigkeit zu denken ist.

Selbstverständlich bedingen all diese Maßnahmen in vielen Fällen erhebliche Investitionen und damit die Aufbringung beträchtlicher Kapitalmittel. Wie sich aus der Entwicklung der Investitionsgüterproduktion und der Bau-tätigkeit (gemessen an der Baustoffherzeugung) ergibt, war nun zwar im zweiten Vierteljahr

1949 der tatsächliche Kapitaleinsatz aller Wahrscheinlichkeit nach höher als im vorangegangenen Vierteljahr, aber es kann kein Zweifel bestehen, daß ein noch höherer Einsatz erwünscht gewesen wäre und daß gerade für eine Reihe von Schlüsselproduktionen die erforderlichen Mittel fehlten. Dabei ist die Sparkapitalbildung im Sinne eines freiwilligen oder erzwungenen Konsumverzichts keineswegs gering. Wie an dieser Stelle wiederholt dargelegt, liegt die Hauptursache des gegenwärtigen „Kapitalmangels“ vielmehr darin, daß die nicht für Konsumzwecke verausgabten Einkommensbeträge im Verlauf des letzten halben Jahres nicht restlos auf den Kapitalmarkt oder unmittelbar in die Investition flossen, sondern infolge der weit verbreiteten Liquiditätsneigung vielfach vorübergehend inaktiviert wurden. Die starke Reservebildung der öffentlichen Hand spielte dabei eine besonders große Rolle.

Angesichts dieser Sachlage hat das Zentralbanksystem immer den Standpunkt vertreten, daß die Lösung des Kapitalbeschaffungsproblems nicht darin liegen könne, die bereits bestehende, keineswegs unbedeutende kurzfristige Kredit-schöpfung noch zu verstärken — etwa indem sich das Zentralbanksystem selbst unmittelbar in die Investitionsfinanzierung einschaltet —, sondern daß es darauf ankommt, jene Liquiditätsneigung abzuschwächen und das an sich vorhandene Kapital für Investitionszwecke zu mobilisieren, also die „Virulanz“ der gegebenen Geldmenge zu erhöhen. Tatsächlich sind nun in dieser Hinsicht in letzter Zeit erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Fluktuation privater Mittel vom Geldmarkt zum Kapitalmarkt ist zwar noch schwach, aber zumindest die öffentliche Hand ist im Begriff, ihre Investitionsausgaben in den nächsten Monaten beträchtlich zu erhöhen und dafür einen großen Teil ihrer Reserven einzusetzen. Nach dem im Abschnitt über den Kapitalmarkt erwähnten Kapitalaufbringungsplan für das 3. Vierteljahr haben allein die Länder Investitionsaufwendungen in Höhe von 800 Mill. DM (gegen schätzungsweise 500 Mill. DM im 2. Vierteljahr) bindend in Aussicht gestellt. Weitere 100 Mill. DM werden die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und die Post für Investitions-

zwecke bereitstellen, und für die Gemeinden wird — wahrscheinlich viel zu bescheiden — mit Investitionsausgaben von ebenfalls 100 Mill. DM gerechnet. Außerdem werden vom Arbeitsstock, der bisher schon nicht unbedeutende Mittel, insbesondere für den Wohnungsbau, zur Verfügung gestellt hatte, weitere Teile seiner Reserven eingesetzt werden. Zusammen mit der privaten Kapitalaufbringung aus normalen Quellen ist der Gesamtbetrag dieser Kapitalien auf rd. 1,85 Mrd. DM geschätzt worden. Nicht berücksichtigt sind dabei die Beträge, die aus den Anlagekonten zur Zeichnung der hierfür freigegebenen Anleihen, also vor allem der Reichsbahnleihe, verwandt werden, ferner nicht die eventuell mit kurzfristigen Bankkrediten finanzierten oder vorfinanzierten Investitionen und endlich auch nicht die eventuelle weitere Freigabe von counterpart funds. Vergegenwärtigt man sich, daß von der Verwaltung für Wirtschaft auf der Basis der verfügbaren Grundstoffmengen, d. h. unter Berücksichtigung wichtiger materialmäßiger Produktionsvoraussetzungen, für das zweite Marshall-Plan-Jahr (1. Juli 1949—30. Juni 1950) ein Investitionsplan von insgesamt 7,3 Mrd. DM (ohne die hauptsächlich mit Kreditschöpfung zu finanzierenden Lagerinvestitionen) aufgestellt wurde, so zeigt sich, daß die für das 3. Vierteljahr erwartete Kapitalaufbringung bereits etwa ein Drittel dieses Investitionsplanes deckt. Selbst wenn man dabei in Rechnung stellt, daß mit Rücksicht auf die Saison bewußt eine zeitliche Vorziehung gewisser Investitionsausgaben in Aussicht genommen ist, dürfte der vorgesehene Kapitaleinsatz mithin hart die Grenzen streifen, die nach den Berechnungen der Verwaltung für Wirtschaft allein schon durch die Grundstoffversorgung dem Investitionsvolumen in nächster Zeit gezogen sind.

Allerdings handelt es sich bei all diesen Ziffern zunächst nur um einen Plan oder teilweise sogar nur um Schätzungen. Westdeutschland hat eine im wesentlichen freie Marktwirtschaft und kann daher eine bestimmte Kapitalaufbringung und -verwendung ebensowenig garantieren oder erzwingen wie jede andere freie Wirtschaft. Selbst bei den etatisierten In-

vestitionsausgaben der Gebietskörperschaften ist keine unbedingte Gewähr dafür gegeben, daß sie wirklich im vorgesehenen Zeitraum in der etatisierten Höhe getätigt werden. Je nach dem „Reifegrad“ der den Etatansätzen zugrundeliegenden Investitionsprojekte und den produktionswirtschaftlichen Bedingungen bei der Durchführung können hier mehr oder weniger starke Verzögerungen eintreten. Aber das sind Hemmungen, die auch das Wirksamwerden einer „großzügigen Kreditschöpfung“ beeinträchtigen könnten, wie sich etwa bei dem verhältnismäßig langsamen Abfluß eines Teils der der Wiederaufbaubank für bestimmte Vorhaben zur Verfügung gestellten Mittel zeigt. Entscheidend ist zunächst, daß die Investitionsausgaben überhaupt steigen und der Betrag des anlagebereiten Investitionskapitals wächst. Wie schon vor einem Monat betont, gilt es nämlich vor allem, das Vertrauen der Wirtschaft zu stärken und sie davon abzuhalten, aus unbegründeten Zukunftsbefürchtungen ihre Aufträge zu beschränken oder, soweit sie nicht dem kurzfristigsten Bedarf dienen, vielleicht sogar zu annullieren. Ein großer Teil der für das 3. Vierteljahr vorgesehenen Mittel wird überdies der Bautätigkeit zugute kommen, deren befruchtende Wirkungen auf weiteste Bereiche der Wirtschaft bekannt ist.

Für die Finanzierung bestimmter Investitionen ist es schließlich von großer Bedeutung, daß durch eine weitere Zusage von counterpart funds in der zweiten Junihälfte das Kreditpotential der Wiederaufbaubank um neue 200 Mill. DM erweitert wurde. Der Gebrauch, den die Wiederaufbaubank davon machen will, wird ebenfalls vor allem kleineren Investitionsobjekten zugute kommen. Reichlich 80 Mill. DM hiervon sind für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen und werden, da damit der rentierliche Teil vieler Vorhaben gedeckt ist, auch noch beträchtliche öffentliche Mittel für den sogenannten unrentierlichen Teil zum Einsatz bringen. Selbstverständlich wäre es konjunkturpolitisch von großem Nutzen, wenn die Kreditkapazität der Wiederaufbaubank in möglichst kurzer Zeit noch weiter erhöht werden könnte, um es ihr zu ermöglichen, ihre Finanzierungshilfe für gewisse zentrale In-

vestitionsprojekte, deren Kreditbedarf bei der derzeitigen Lage des Kapitalmarkts zwangsläufig nur schwer befriedigt werden kann, fortzusetzen. Von deutscher Seite ist gebeten worden, zu diesem Zweck nunmehr auch einen größeren Betrag aus den DM-Gegenwerten der ERP-Einfuhren freizugeben, die für die Investitionsfinanzierung bisher überhaupt noch nicht herangezogen wurden. Bei der starken Vor- und Mitleistung der Kapitalaufbringung

aus rein deutschen Quellen ist zu hoffen, daß diesem Gesuch bald stattgegeben wird. Die Marshall-Plan-Hilfe würde damit über die mit ihr verbundenen Einfuhrlieferungen hinaus auch kapitalmäßig zur Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs beitragen, dessen Westdeutschland so dringend bedarf, um in angemessener Frist wieder auf eigenen Füßen zu stehen und seiner dichten Bevölkerung vernünftige Arbeitsmöglichkeiten bieten zu können.

Die Entwicklung des Zahlungsmittelumschs

Die Entwicklung des Notenumlaufs im westdeutschen Währungsgebiet weist seit der Währungsreform zwei deutlich voneinander geschiedene Phasen auf. Die erste reicht von der Währungsreform bis etwa Ende 1948 und ist durch eine starke, auch die üblichen Saisonschwankungen weitgehend überkompensierende Ausweitung des Notenumlaufs gekennzeichnet. Die zweite — noch nicht abgeschlossene — Phase umfaßt die Zeit etwa seit Anfang 1949 und ist dadurch charakterisiert, daß der Notenumlauf keine starke konjunkturelle oder strukturelle Veränderung aufweist, sondern im großen und ganzen nur noch einem saisonmäßigen Rhythmus folgt, wobei sich im Vergleich zur Vorkriegszeit im Wochenrhythmus allerdings eine merkwürdige Verbreiterung der Ultimospitze einzubürgern scheint.

Zahlungsmittelumsch und Verkehrsbedarf

Vom 30. Juni bis 31. Dezember 1948 ist der Notenumlauf von knapp 2,2 Mrd. DM auf 6,3 Mrd. DM gestiegen. Im Durchschnitt des Dezember belief er sich auf 6 106 Mill. DM. Dieser Stand ist in den folgenden Monaten — von den üblichen Wochenschwankungen innerhalb des Monats abgesehen — weder nach unten noch nach oben wesentlich überschritten worden:

In den
drei Westzonen ausgegebene Zahlungsmittel¹⁾

Monats- durchschnitt	Dezember 1948	6 106
„	Januar 1949	6 066
„	Februar	6 032
„	März	6 053
„	April	6 107
„	Mai	6 151
„	Juni	6 305

¹⁾ Seit 30. März 1949 enthält der Ausweis der BdL. daneben auch noch die in West-Berlin zur Ausgabe gelangten Zahlungsmittel, die in obigen Ziffern nicht enthalten sind.

Man kann also annehmen, daß die starken strukturellen Auftriebstendenzen, die im ersten Halbjahr nach der Währungsreform die Entwicklung beherrschten, im großen und ganzen zur Ruhe gekommen sind.

Auch mit 6,1—6,2 Mrd. DM erscheint der Zahlungsmittelumsch jedoch relativ hoch, wenn man ihn mit dem früherer Jahre vergleicht: Im Durchschnitt des Jahres 1932 hat der Bargeldumsch im ganzen damaligen Reichsgebiet 5 802 Mill. RM betragen. Im Jahre 1936, in dem der Preisstop eingeführt wurde, belief er sich auf 6 174 Mill. RM. Auf den Kopf der Bevölkerung bezogen, waren das 1932 rund 90 RM, 1936 rund 92 RM. Demgegenüber ergibt sich für das westdeutsche Währungsgebiet nach dem Stande von Mai ein Pro-Kopf-Betrag von 129,50 DM (6 151 Mill. DM : 47,5 Millionen Bevölkerung), also ein nominell um 41 v. H. höherer Betrag als 1936.

Auch in seiner Relation zum gesamten baren und unbaren Geldvolumen erscheint der Bargeldumsch heute außergewöhnlich groß: Ende 1936 hatte er rd. 33 v. H. des gesamten Geldvolumens ausgemacht, im Mai 1949 dagegen — also in einem Zeitpunkt, in dem der Zahlungsmittelumsch saisonmäßig nicht sonderlich hoch liegt — mehr als 37 v. H. Dieser Abstand verringert sich zwar noch etwas, wenn man die Spareinlagen, deren Zurechnung zum Geldvolumen bekanntlich sehr umstritten ist, außer acht läßt, aber auch dann noch bleibt eine gewisse Diskrepanz bestehen:

Zahlungsmittelumsch und Geldvolumen
in Mill. RM bzw. DM

	Ende 1936 ¹⁾	Ende 1948 ²⁾	Mai 1949 ²⁾
Bankeinlagen ³⁾	30 149	10 789	13 213
davon:			
Spareinlagen	(15 859)	(1 623)	(2 408)
Zahlungsmittel- umsch	6 964	6 319	6 361
Geldvolumen	37 113	17 108	19 574
Zahlungsmittel- umsch in v. H. des gesamten Geld- volumens			
mit Spareinlagen	18,8	36,9	32,5
ohne Spareinlagen	32,8	40,8	37,1

¹⁾ Damaliges Reichsgebiet. ²⁾ Währungsgebiet (3 Westzonen).

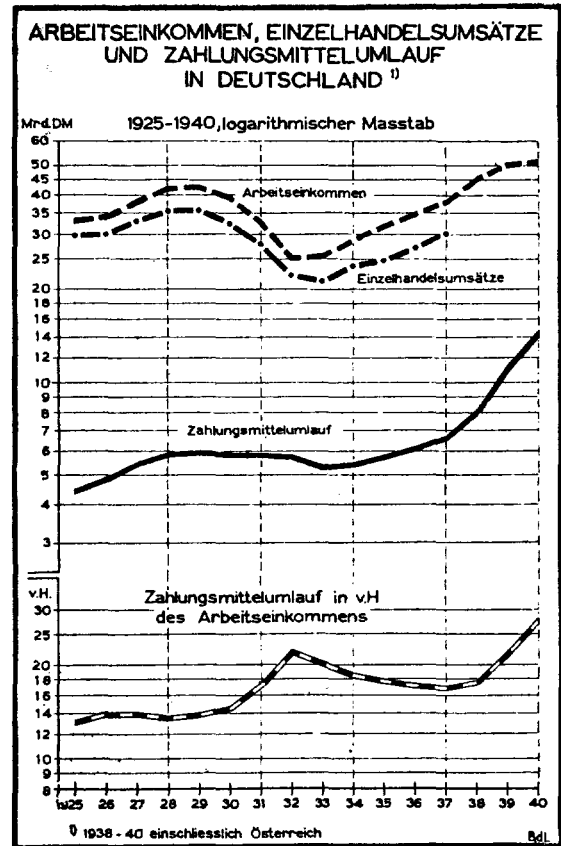
³⁾ Ohne Bank-bei-Bank-Einlagen.

Aus diesem Sachverhalt ist mitunter der Schluß gezogen worden, daß die Höhe des gegenwärtigen Zahlungsmittelumsaßes als ein Störungssymptom zu betrachten sei — sei es nun, daß man sie als Beweis für das Vorhandensein umfangreicher „schwarzer“, sich der Steuer entziehender Geldbeträge empfindet, daß man in ihnen ein Zeichen für die Rückbildung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs sieht oder sie endlich als ein Residuum der „Nach-Währungsreform-Inflation“ diagnostizieren zu können glaubt. Um die Haltlosigkeit dieser Ansichten aufzuzeigen, soll im folgenden eine kurze Darstellung der wahren Bestimmungsgründe des gegenwärtigen Zahlungsmittelumsaßes versucht werden.

Der Zahlungsmittelbedarf einer Volkswirtschaft hängt weitgehend ab von der Höhe der bar getätigten Umsätze und der sogenannten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Die Barumsätze sind im wesentlichen identisch mit den Einzelhandelsumsätzen, da außerhalb der Konsumsphäre bei weitem der bargeldlose Zahlungsverkehr dominiert.

Wie aus dem nebenstehenden Schaubild hervorgeht, stehen bei gegebener Sparrate die Einzelhandelsumsätze wieder in einem ziemlich festen Verhältnis zur jährlichen Lohn- und Gehaltssumme, so daß es, wenn — wie jetzt — zuverlässige Statistiken über die Einzelhandelsumsätze fehlen, angängig ist, ihre Entwicklung durch die Kurve des Arbeitseinkommens zu repräsentieren. Die Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes endlich hängt in hohem Grade von den jeweiligen Kassenhaltungsgewohnheiten der Einkommensempfänger und den Zahlungsfristen für Löhne und Gehälter ab, wobei die letzteren in der Regel den entscheidenden Bestimmungsgrund der ersteren bilden.

Vergegenwärtigen wir uns nun an Hand des obigen Schaubildes, wie sich in der Vorkriegszeit der Zahlungsmittelumsaß im Verhältnis zu den hier genannten Faktoren entwickelt hat, so sehen wir, daß er in den Jahren 1925—1930 im großen und ganzen die Bewegung der Lohn- und Gehaltssumme mitmacht. Die Relation der beiden Reihen schwankt nur zwischen 13,4 und 14,8 : 100; die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hat



sich also in dieser Zeit wenig geändert. 1931 und 1932 dagegen geht der Zahlungsmittelumsaß nur wenig zurück, obwohl die Lohn- und Gehaltssumme in dieser Periode stark sinkt und dieser Rückgang nur teilweise durch höhere Unterstützungszahlungen kompensiert wird. Der Hauptgrund liegt offenbar darin, daß sich infolge der Bankenkrise eine starke Bargeldhortung entwickelte, d. h. die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes abnahm. In den folgenden Jahren wirkt die Wiederkehr des Vertrauens in die Banken und die damit verbundene Abnahme der Bargeldhorte gerade umgekehrt: Der Zahlungsmittelumsaß sinkt zunächst noch, obwohl das Arbeitseinkommen bereits zu wachsen beginnt, und von 1934 bis 1937 bleibt seine Zunahme erheblich hinter dem Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme zurück, so daß die Relation der beiden Reihen sich dem Vorkrisenstand wieder annähert, wenn sie ihn auch nie wieder erreicht. 1938/39 tritt dann erneut ein Umschwung ein. Unter dem Einfluß der wachsenden Zahl der im Heeres- und Arbeitsdienst Stehenden, der Bildung von Sonder-

kassen und schließlich der militärischen Mobilisierung geht die Erweiterung des Zahlungsmittelumschlages in ihrer Proportion weit über die Zunahme des Arbeitseinkommens hinaus, so daß der Zahlungsmittelumschlag seinem absoluten Betrage nach der Lohn- und Gehaltssumme immer näher rückt. Bei Kriegsende hatte er sie wahrscheinlich sogar übertroffen. Man sieht also, daß sowohl in der Krise von 1931/32 als auch im Kriege der Zahlungsmittelbedarf sehr stark durch die höhere Kassenhaltung aufgebläht wurde. In den „ruhigeren“ Perioden dagegen — nämlich 1925—1930 und 1934—37 — lag er etwa zwischen 14 und 18 v. H. der jeweiligen Lohn- und Gehaltssumme, wobei in der zweiten Periode, in der er sich ungefähr um 18 v. H. bewegte, eine deutliche Tendenz zur Rückbildung wahrnehmbar war.

Nach der Währungsreform stellte sich die Lohn- und Gehaltssumme im Währungsgebiet zunächst auf ungefähr 29—30 Mrd. DM jährlich. Wenn die Kassenhaltungsgewohnheiten und die übrigen die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bestimmenden Faktoren die gleichen gewesen wären wie in den Jahren 1934—37, so hätte der Zahlungsmittelumschlag also etwa 5,2 bis 5,4 Mrd. DM betragen müssen (18 v. H. von 30 Mrd. DM). In Wirklichkeit stellte er sich jedoch Ende Juni 1948 auf rd. 2,2 Mrd. DM, Ende Juli auf 3,8 Mrd. DM und Ende August auf 4,2 Mrd. DM. Mit diesen Beträgen konnten die Barumsätze der Wirtschaft (also insbesondere die Lohn- und Gehaltszahlungen) nur bei starker Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes finanziert werden. Bis zu einem gewissen Grade hatte hierfür bereits die starke Reduzierung bzw. Annullierung eines großen Teils der liquiden Reserven durch die Währungsreform gesorgt; schon auf Grund dieses Faktors wurde nämlich die Kassenhaltung erheblich eingeschränkt. Vor allem aber bewirkte die finanzielle Beengung der Unternehmungen sofort eine wesentliche Verkürzung der Lohn- und Gehaltszahlungsfristen. War vor der Währungsreform bei den Gehältern die monatliche und bei einem großen Teil der Löhne eine zweiwöchentliche Zahlung üblich, so wurden in den ersten Wochen nach der Währungsreform die Gehälter vielfach nur 14tägig

oder gar dekadenweise und die Löhne nur wöchentlich oder sogar in noch kürzeren Abständen gezahlt. Mit einem Bruchteil des früheren Bargeldbetrages konnte also anfangs die im ganzen kaum gesunkene Lohn- und Gehaltssumme und der eher erhöhte Einzelhandelsumsatz finanziert werden. Es blieb eben ein viel geringerer Geldbetrag in den Taschen der Konsumenten, weil sie bei den — vermehrten — Lohn- und Gehaltszahlungsterminen jeweils nur einen Bruchteil der bei den früher weit weniger häufigen Zahlungsterminen üblichen Summe erhalten hatten.

Diese Zahlungs- und Kassenhaltungsverhältnisse begannen sich jedoch bald wieder zu ändern. Je mehr sich nämlich der finanzielle Bewegungsspielraum der Unternehmungen mit der Währungsumstellung, der alsbald einsetzenden Kreditaufnahme und der durch den Verkauf der Läger erzielten Gewinne erweiterte, um so mehr wuchs ihr Bedürfnis nach einer „angemessenen“ Barreserve. Um so mehr gingen sie aber auch wieder von den allgemein als un bequem empfundenen Lohn- und Gehaltszahlungsterminen ab, so daß die Einkommensbezieher jeweils wieder erheblich mehr Geld in die Hand bekamen. Die Folge war, daß sich die „Umlaufgeschwindigkeit“ des Bargeldes verringerte und der „Verkehrsbedarf“ an Bargeld erheblich rascher zunahm als die Erhöhung der Lohn- und Gehaltssumme und die Erweiterung der Einzelhandelsumsätze.

Es war also nur normal, daß sich in den der Währungsreform folgenden Monaten der Zahlungsmittelumschlag stark ausdehnte. Ende 1948 erreichte er den seitdem nur unwesentlich überschrittenen Stand von etwa 6,1 Mrd. DM, während sich die Lohn- und Gehaltssumme (im gesamten Währungsgebiet) gleichzeitig auf eine Jahresrate von 33—34 Mrd. DM erhöht hatte, ein Betrag, der sich bis heute kaum vermindert haben dürfte, da der geringfügige Beschäftigungsrückgang durch Lohn- und Gehaltserhöhungen wahrscheinlich sogar überkompensiert wurde. Setzt man diese beiden Größen zueinander in Beziehung, so ergibt sich, daß der Zahlungsmittelumschlag seit Ende 1948 ungefähr 18 v. H. der jährlichen Lohn- und Gehaltssumme gleichkommt, d. h. zu ihr in etwa der

gleichen Proportion steht wie in der Zeit von 1934–37. Wenngleich damit selbstverständlich nicht eindeutig bewiesen ist, daß sich wieder die gleichen Kassenhaltungs- und Zahlungsgewohnheiten wie damals herausgebildet haben, kann andererseits der gegenwärtige Zahlungsmittelumlauf aber auch nicht als außergewöhnlich hoch angesehen werden. Die Tatsache, daß er seit einem halben Jahr — abgesehen von den üblichen Saisonbewegungen — in einer relativ konstanten, und zwar in etwa den Vorkriegsverhältnissen entsprechenden Proportion zum Arbeitseinkommen steht, beweist vielmehr, daß er sich weitgehend „normalisiert“ hat und stärkere Veränderungen der Kassenhaltungs- und Zahlungsgewohnheiten in letzter Zeit nicht mehr stattgefunden haben.

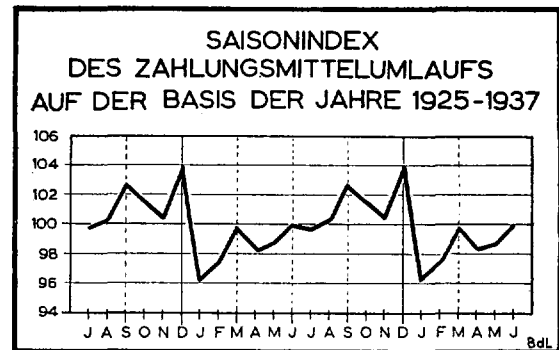
Die kurzfristigen periodischen Schwankungen des Zahlungsmittelumlaufs

Eine Folge dieser „Normalisierung“ ist, daß kurzfristige periodische Schwankungen in der Entwicklung des Zahlungsmittelumlaufs wieder stärker in Erscheinung treten. Wir haben hier insbesondere zwei Bewegungen zu unterscheiden:

1. die über einen längeren Zeitraum hinreichenden Saisonschwankungen und
2. die innerhalb eines Monats auftretenden — durch die einzelnen Wochenausweise der Notenbank erfaßten — rhythmischen Veränderungen.

Die längerfristigen Schwankungen

Wie die Saisonschwankungen i. e. S. des Worts vor dem Kriege verliefen, ist aus dem folgenden Schaubild zu ersehen, das einen aus der Entwicklung des Zahlungsmittelumlaufs in den Jahren 1925–1936 errechneten Saisonindex wiedergibt. Bemerkenswert ist zunächst, daß die Saisonveränderungen geringer sind, als oft angenommen wird. In der fraglichen Periode ergab sich für die Monatsendziffern eine maximale Schwingungsamplitude von nicht mehr als 8 v. H., wobei Höchstpunkt und Tiefpunkt im Dezember und Januar lagen und die Abweichung vom Jahresmittel sowohl nach oben wie nach unten etwa gleich war. Die Dezember-



spitze hängt selbstverständlich mit dem Weihnachtsgeschäft, den Weihnachtsgratifikationen an Lohn- und Gehaltsempfänger und der Massierung gewisser Zahlungen am Jahresende zusammen. Die Einzelhandelsumsätze, die letzten Endes den Bargeldbedarf bestimmen, gehen dabei wesentlich über die laufenden Lohn- und Gehaltszahlungen hinaus. Zweifellos wird nämlich in diesem Monat „entspart“, was nicht nur bedeutet, daß in gewissem Umfang Bank- und Spareinlagen vorübergehend in Bargeld verwandelt werden, sondern auch die Auflösung zahlloser kleiner „Bargeldhorte“, die im Verlauf des Jahres für Weihnachtskäufe gebildet wurden, in sich schließt. Der Januar steht dann umgekehrt im Zeichen der Rückverwandlung von Bargeld in Bankgeld. Sie ist weitgehend eine Folge davon, daß sich im Weihnachtsgeschäft erhebliche Beträge an „Konsumentengeld“ in „Unternehmergeld“ verwandelt haben, das alsbald wieder die Form von Bankeinlagen annimmt. Auch die im Verlauf des Jahres „in den Strümpfen“ gesparten Beträge fließen damit wieder zu den Banken zurück. Aber auch Nicht-Unternehmer bringen im Januar besonders viel Geld zur Bank, z. T. wohl auf Grund der an Weihnachten empfangenen Bargeschenke: Der Januar ist bekanntlich der „beste Sparmonat“ des Jahres.

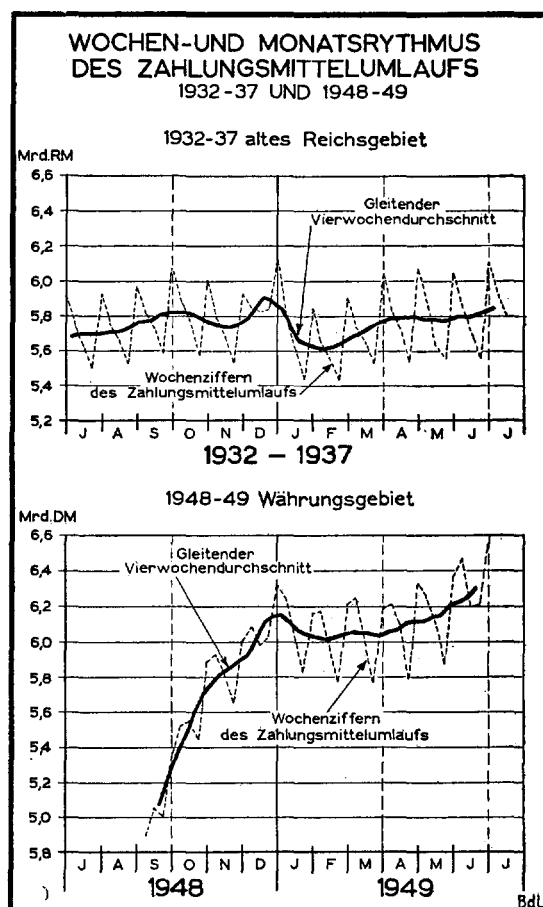
Von Februar bis Dezember steigt der Zahlungsmittelumlauf trendmäßig dann eindeutig an. Die treibenden Grundkräfte liegen einmal in dem allmählich wieder zunehmenden Bargeldsparen, vor allem aber in der gewöhnlich bis in den Herbst währenden Zunahme der Beschäftigung. Aber um diesen Trend herum verlaufen eine Reihe bemerkenswerter Sonderschwankungen. Zunächst zeigt sich eine leichte

Zwischenspitze im März. Sie erklärt sich im wesentlichen aus dem erhöhten Bargeldbedarf für die Ostereinkäufe und ist insofern eine bescheidene Wiederholung der Weihnachtsspitze. Daß sie an diese bei weitem nicht heranreicht, hängt einmal damit zusammen, daß das Ostergeschäft an Bedeutung erheblich hinter dem Weihnachtsgeschäft zurückbleibt, erklärt sich zum andern aber auch daraus, daß das Osterfest ein bewegliches Fest und die Osterspizze des Saisonindex deshalb nur den — abgeflachten — Durchschnitt der bald in den März, bald in den April fallenden tatsächlichen Umlaufspitzen bildet. Aus dem gleichen Grunde ist die Wirkung des geschäftsmäßig noch mehr zurücktretenden Pfingstfestes auf den Zahlungsmittelumlauf so gut wie gar nicht wahrnehmbar.

In den Sommermonaten steht der Zahlungsmittelumlauf gewöhnlich stark unter dem Einfluß des Reiseverkehrs und dem damit verbundenen höheren Bargeldbedarf. Im Spätsommer und Frühherbst wird diese Wirkung fortgesetzt durch den Absatz der Ernte. Die Erntebewegung ist in diesem Zusammenhang vor allem deshalb von Bedeutung, weil sie verhältnismäßig viel Geldmittel in die Hände der ländlichen Bevölkerung bringt, die eine größere Neigung zur Kassenhaltung hat als die städtische. Im Oktober und November bildete sich diese Spitze in der Regel früher jedoch wieder stark zurück, so daß der weihnachtliche Anstieg des Bargeldbedarfs von einem nur wenig über dem Jahresdurchschnitt liegenden Niveau ausging.

Betrachten wir nun die von den Wochenschwankungen bereinigte Entwicklung des Zahlungsmittelumlaufs seit der Währungsreform (vgl. das nebenstehende Schaubild), so sehen wir, daß bis Ende 1948 von den üblichen Saisonschwankungen i. e. S. des Wortes kaum etwas zu verspüren war. Die früher übliche Saisonbewegung wird hier ganz von der strukturellen Aufwärtsbewegung überlagert, die den Zahlungsmittelumlauf wieder in eine „normale“ Relation zur Lohn- und Gehaltssumme und zu den Einzelhandelsumsätzen brachte. Seit Anfang 1949 dagegen setzt sich — wenn auch verdeckt durch die Wochenschwankungen — wieder ein längerfristiger Rhythmus durch, der eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit

der früheren Saisonbewegung aufweist. Wie aus dem Schaubild hervorgeht, ist der Zahlungsmittelumlauf im Januar zunächst ziemlich stark gesunken. Im Februar begann dann, ebenso wie früher, eine leichte neue Aufwärtsbewegung, die, ähnlich wie es früher war, im April durch das Ostergeschäft merklich akzentuiert wurde. Allerdings bildete sich dieses Mal der „Osterbuckel“ nicht wieder zurück. Der Zahlungsmittelumlauf trat vielmehr nach kurzer Pause in eine neue Ausweitung ein, die nicht unwesentlich über die früher saisonübliche hinausging und zur Folge hatte, daß im Juni sogar der saisonmäßige Höhepunkt von Ende 1948/Anfang 1949 überschritten wurde. Worauf diese Entwicklung zurückzuführen ist, läßt sich im Augenblick noch nicht ganz übersehen. Es ist möglich, daß die Aufhebung der Blockade zwischen der Ostzone und der Westzone in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt. Von Einfluß könnte ferner sein, daß die Einkommens- und Umsatzentwicklung



doch günstiger ist, als gewöhnlich angenommen wird. Nicht unwahrscheinlich ist aber auch, daß die strukturelle Ausdehnung des Zahlungsmittelumschlufs zu Beginn des laufenden Jahres noch nicht ganz abgeschlossen war, wenn sie sich seitdem auch nur so langsam vollzieht, daß sie die normalen Saisonbewegungen wenigstens in der Tendenz nicht mehr völlig verdeckt.

Die Wochenschwankungen

Der Wochensrhythmus des Zahlungsmittelumschlufs war früher durch die starke Massierung von Barzahlungen zum Monatsende charakterisiert. Der Umschluf stieg deshalb in der letzten Woche des Monats regelmäßig scharf an, aber schon in der ersten Woche des Monats begann er wieder abzunehmen, und die Abnahme setzte sich ziemlich gleichmäßig bis in die dritte Woche des Monats fort. Die Schwingungsamplitude zwischen der dritten und vierten Monatswoche betrug in den Jahren 1933—1937 im Durchschnitt ungefähr 8 v. H. des durchschnittlichen Gesamtumschlufs.

In dieser Bewegung ist nun seit der Währungsreform insofern eine auffällige Änderung eingetreten, als sich, wie aus dem Schaubild auf S. 39 ersehen werden kann, der Zahlungsmittelumschluf in der ersten Monatswoche gewöhnlich nicht zurückbildet, sondern im Gegenteil noch leicht erhöht. Die eigentliche Monatsspitze hat sich also seit der Währungsreform vom Monatsende auf die erste Woche des nächstfolgenden Monats verlagert, aber da der Anstieg zwischen den beiden Wochen in der Regel nur noch gering ist, handelt es sich dabei im wesentlichen um eine Verbreiterung der bisherigen Monatsspitze auf zwei Wochen und eine dementsprechende Verkürzung der Rückbildungsperiode.

Es ist gelegentlich vermutet worden, daß diese Veränderung auf buchungstechnische Gründe zurückzuführen sei, weil in einzelnen Landeszentralbankbezirken die Nebenstellen der Landeszentralbanken ihre Bücher bereits 1—3 Tage vor dem Ausweisstichtag schließen und ihre

Meldungen demgemäß die kurz vor oder am Monatsultimo erfolgende Ausdehnung des Zahlungsmittelumschlufs nicht mehr enthalten. Nähere Untersuchungen haben jedoch ergeben, daß dieser Umstand — der sich übrigens durchaus mit der Praxis der früheren Reichsbanknebenstellen deckt, ohne daß sich damals eine ähnliche Verschiebung ergeben hätte — nicht entscheidend ist, sondern daß sich in der Verbreiterung der Monatsspitze eine tatsächliche Veränderung der Zahlungsgewohnheiten widerspiegelt. Vielfach werden nämlich Gehälter heute nicht mehr wie früher am Ultimo, sondern erst kurz danach gezahlt. Das gilt besonders für einen nicht unerheblichen Teil des öffentlichen Dienstes, in dem man damit bewußt die Ultimoanspannung der Finanzen zu mildern sucht. Aber auch Änderungen in den Lohnzahlungen tragen teilweise erheblich zu dem neuen Rhythmus bei. So ist in Nordrhein-Westfalen, wo die Verbreiterung der Ultimospitze in besonderem Maß in Erscheinung getreten ist, der Kohlenbergbau seit geraumer Zeit zur dekadenweisen Zahlung der Bergarbeiterlöhne übergegangen, wobei etwa zum 5. eines jeden Monats rd. 30 v. H. der monatlichen Lohnsumme zur Auszahlung gelangen.

Es ist jedoch interessant, daß sich trotz dieser Verbreiterung der Monatsspitze die Spannweite zwischen der höchsten und niedrigsten Wochenziffer im Vergleich zur Vorkriegszeit prozentual nicht verändert hat. 1933—37 betrug der Abstand zwischen der Monatsendziffer und der Ziffer für die dritte Woche des folgenden Monats — dem oberen und dem unteren Grenzpunkt des Wochensrhythmus — wie erwähnt etwa 8 v. H. der durchschnittlichen Monatsziffer. In den letzten Monaten machte der Unterschied zwischen den neuen „Grenzwochen“ — der ersten und der dritten eines jeden Monats — ebenfalls ungefähr 8 v. H. des jeweiligen Durchschnitts aller vier Wochen aus. Der Rückgang in der zweiten und dritten Woche des Monats ist also gegenwärtig in der Regel schärfer, als er es früher zu sein pflegte.

Statistischer Teil

Verzeichnis der Übersichten

	Seite
I. Zentralbankausweise	42
Ausweis der Bank deutscher Länder	42
Zahlungsmittelumlauf	43
Konsolidierter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	44
Monatsausweise der Landeszentralbanken nach dem Stand vom 31. Mai 1949	46
II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	48
Die Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern (monatliche Bankenstatistik)	48
Die Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen (monatliche Bankenstatistik)	52
Die Entwicklung des Bankgeschäfts (wöchentliche Bankenstatistik)	56
Wechselgeschäft (monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	58
Bargeldverkehr mit der Nichtbankenkundschaft (monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	58
Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgegliedert nach Bankengruppen	59
Mindestreservesätze	59
III. Das Geldvolumen im Währungsgebiet	60
Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens	60
Bankeinlagen	60
Erstausstattungen	61
Kreditschöpfung	61
IV. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	62
Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden Zinskonditionen: Stand am 31. Mai 1949	62
Festverzinsliche Wertpapiere, Durchschnittskurse und Indices	64
Wertpapierkurse an der Frankfurter Börse	65
Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	66
Emissionen und Umlauf kurzfristiger Schuldverschreibungen	66
V. Öffentliche Finanzen	67
Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet	67
Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet nach Steuerarten	67
VI. Außenhandel	68
VII. Produktion, Umsatz und Preise	69
Index der industriellen Produktion	69
Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	70
Eisen- und Stahlerzeugung	70
Arbeitsmarkt	70
Verkehrsentwicklung	71
Index der Grundstoffpreise	71
Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder	71
Moody's Index für USA-Warenpreise	72
Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren	72

I. Zentralbank-Ausweise
Ausweis der Bank deutscher Länder ¹⁾
in Mill. DM

Datum	A k t i v a										
	Guthaben bei ausl. Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handels- abkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands- geschäfts	Aus- länd. Zah- lungs- mittel ³⁾	Wechsel	Lombard- forderungen gegen Ausgleichs- forderungen gegen die öffentl. Hand	Kassen- vor- schüsse	Forderungen gegen die öffentl. Hand	Interims- forderungen gegen die Landeszentral- banken	Sonstige Aktiva		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
1948											
7. 9. ²⁾	580,9	706,6	—	2,7	16,9	20,0	3 658,6	3 619,3	192,7		
30. 9.	622,2	848,2	—	209,0	879,7	—	4 322,5	1 222,1	257,5		
31. 10.	763,5	1 014,3	—	567,4	1 019,6	—	4 593,3	842,1	193,5		
30. 11.	843,1	1 214,6	0,0	881,6	822,2	50,0	4 743,6	686,8	163,9		
31. 12.	983,1	1 538,6	0,0	1 106,7	862,1	42,0	4 568,1	661,5	360,1		
1949											
31. 1.	1 113,2	1 770,2	0,2	824,2	904,9	28,0	4 623,9	657,4	294,0		
28. 2.	1 131,3	1 942,9	0,2	801,2	940,7	—	4 812,9	570,1	243,8		
31. 3.	1 204,6	2 226,6	0,6	1 055,6	711,9	52,8	5 417,0 ⁵⁾	554,3	97,7		
30. 4.	1 345,1	2 446,2	0,7	913,4	773,1	218,6	5 413,9	544,1	132,0		
7. 5.	1 400,6	2 530,2	0,7	940,4	672,2	193,6	5 403,8	544,0	87,6		
15. 5.	1 413,0	2 582,6	0,8	901,5	605,8	193,6	5 400,6	542,1	69,9		
23. 5.	1 446,8	2 655,8	0,9	793,8	591,6	180,7	5 413,9	526,4	98,5		
31. 5.	1 448,4	1 774,1	0,9	768,6	788,7	177,8	5 431,4	525,1	76,6		
7. 6.	1 420,4	1 914,9	0,9	752,9	775,6	169,4	5 454,2	524,7	104,0		
15. 6.	1 404,0	1 922,0	1,0	704,1	697,7	146,1	5 522,0	464,8	73,6		
23. 6.	1 363,7	1 872,4	1,1	677,7	643,6	136,7	5 637,5	350,2	74,1		
Datum	P a s s i v a										
	Zahlungsmittel- umlauf ⁴⁾	Einlagen insgesamt (Spalte 12-15)	davon				Verpflich- tungen in Devisen gegen JEIA	Sonstige Konten zur Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL	Son- stige Pas- siva	Bilanz- summe
Landes- zentral- banken			Dienst- stellen der Verwal- tung des Vereinigten Wirt- schafts- gebietes	Be- satzungs- mächte	Andere Ein- lagen						
	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1948											
7. 9. ²⁾	4 897,5	2 414,6	1 421,7	482,1	496,3	14,5	580,9	804,5	100,0	0,2	8 797,7
30. 9.	5 358,1	1 311,0	356,2	474,4	472,7	7,7	621,8	969,7	100,0	0,6	8 361,2
31. 10.	5 885,3	1 289,2	459,0	419,8	370,9	39,5	759,7	958,2	100,0	1,3	8 993,7
30. 11.	6 017,5	1 385,4	543,9	415,3	369,2	57,0	839,6	1 061,1	100,0	2,2	9 405,8
31. 12.	6 319,4	1 247,7	675,5	168,6	362,3	41,3	977,8	1 375,9	100,0	101,4	10 122,2
1949											
31. 1.	6 166,6	1 111,5	649,5	56,0	364,5	41,5	1 106,7	1 620,5	100,0	110,8	10 216,1
28. 2.	6 215,6	1 073,1	563,8	107,4	366,4	35,5	1 110,9	1 810,7	100,0	132,8	10 443,1
31. 3.	6 649,6	1 221,2	650,2	136,9	343,8	90,3	1 177,4	2 043,2	100,0	129,7	11 321,1
30. 4.	6 791,8	1 246,3	592,4	116,9	345,4	191,6	1 305,5	2 209,4	100,0	134,1	11 787,1
7. 5.	6 711,9	1 312,7	659,1	27,5	347,1	279,0	1 360,3	2 146,2	100,0	142,0	11 773,1
15. 5.	6 577,2	1 367,5	742,4	37,4	347,1	240,6	1 370,7	2 160,7	100,0	133,8	11 709,9
23. 5.	6 331,8	1 551,1	970,5	33,2	347,6	199,8	1 401,4	2 188,8	100,0	135,3	11 708,4
31. 5.	6 802,7	1 258,5	606,9	96,9	347,6	207,1	1 402,6	1 326,7	100,0	101,1	10 991,6
7. 6.	6 892,9	1 229,4	639,2	34,1	346,9	209,2	1 369,3	1 424,2	100,0	101,2	11 117,0
15. 6.	6 632,4	1 347,2	737,8	59,7	347,4	202,3	1 352,3	1 402,0	100,0	101,4	10 935,3
23. 6.	6 418,1	1 487,4	903,7	28,6	347,4	207,7	1 306,4	1 343,6	100,0	101,5	10 757,0

¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949.

²⁾ Erster Stichtag, für den ein Ausweis veröffentlicht wurde.

³⁾ Für die Militärregierungen verwaltete Guthaben.

⁴⁾ Bis 23. 3. 1949 ohne die gemäß Anordnung der Militärregierung der Währungskommission Berlin zur Verfügung gestellten Banknoten (DM 407 352 000). Ab 31. 3. 1949 einschließlich der in Berlin ausgegebenen Banknoten und Schemidemünzen.

⁵⁾ Bis 23. 3. 1949 nur Ausgleichsforderungen, ab 31. 3. 1949 einschließlich Schuldverschreibungen (588,2 Mill. DM).

Zahlungsmittelumlauf
in Mill. DM

Stand am	Im Währungsgebiet ausgegebene Zahlungsmittel	Im Währungsgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel
1948		
7. 9.	4897	5256
15. 9.	5053	5400
23. 9.	5004	5342
30. 9.	5358	5656
7. 10.	5524	5832
15. 10.	5560	5854
23. 10.	5444	5759
31. 10.	5885	6192
6. 11.	5931	6230
15. 11.	5829	6145
23. 11.	5648	5957
30. 11.	6017	6339
7. 12.	6090	6406
15. 12.	5984	6314
23. 12.	6029	6362
31. 12.	6319	6641
1949		
7. 1.	6240	6556
15. 1.	6029	6357
23. 1.	5829	6148
31. 1.	6167	6508
7. 2.	6176	6510
15. 2.	5959	6284
23. 2.	5777	6119
28. 2.	6216	6583
7. 3.	6251	6612
15. 3.	6005	6378
23. 3.	5770	6133
31. 3.	6187	6649
7. 4.	6203	6683
15. 4.	6097	6569
23. 4.	5792	6256
30. 4.	6333	6791
7. 5.	6256	6712
15. 5.	6109	6577
23. 5.	5876	6331
31. 5.	6362	6803
7. 6.	6462	6892
15. 6.	6200	6632
23. 6.	6005	6418
30. 6.	6553	6974

Konsolidierter Ausweis der Bank deutscher
in

Datum	Aktiva							
	Guthaben bei ausländischen Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handelsabkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands-geschäfts	Ausländische Zahlungsmittel ²⁾	Post-scheck-konto-Gut-haben	Wechsel und Schecks	Schatz-wechsel u. kurz-fristige Schatz-anwei-sungen der Länder	Lombard-forde-rungen	darunter
								gegen Ausgleichs-forde-rungen gegen die öffentliche Hand
1	2	3	4	5	6	7	8	
1948								
30. September	622,1	848,2	—	60,2	350,2	0,1	10,3	10,2
31. Oktober	763,6	1 014,3	—	66,7	778,0	0,6	59,7	59,5
30. November	843,0	1 214,6	0,0	29,5	1 231,6	0,1	95,2	83,6
31. Dezember	983,1	1 538,6	0,0	129,2	1 461,0	0,5	167,2	132,1
1949								
31. Januar	1 113,2	1 770,2	0,2	69,9	1 297,0	1,1	162,3	122,0
28. Februar	1 131,3	1 942,9	0,2	39,3	1 314,4	0,6	201,2	149,8
31. März	1 204,6	2 226,5	0,6	76,1	1 376,9	35,3	183,8	116,8
30. April	1 345,1	2 446,2	0,7	101,8	1 350,9	50,0	190,2	143,3
31. Mai	1 448,4	1 774,1	0,9	47,7	1 137,4	50,6	183,9	159,8

Datum	Passiva								
	Zahlungsmittel-umlauf ⁴⁾	Einlagen (Spalte 21, 22, 23, 28 u. 29)	davon						
			Geld-institute innerhalb des Währungs-gebietes	Geld-institute außerhalb des Währungs-gebietes	öffentliche Körper-schaften (Spalte 24 - 27)	davon			
						Besatzungs-mächte	Staats-kassen	Gemeinden und Gemein-de-verbände	sonstige öffentliche Körper-schaften
19	20	21	22	23	24	25	26	27	
1948									
30. September	5 358,1	3 261,3	1 301,6	23,8	1 676,4	579,2	465,7	28,8	602,7
31. Oktober	5 885,3	2 846,3	1 008,3	28,7	1 585,4	479,9	438,9	60,3	606,3
30. November	6 017,5	3 313,3	1 461,9	30,8	1 572,4	492,5	374,1	86,3	619,5
31. Dezember	6 319,4	3 132,3	1 532,7	39,8	1 335,1	455,3	452,7	86,0	341,1
1949									
31. Januar	6 166,6	3 118,2	1 439,9	34,6	1 413,3	489,7	623,0	62,5	238,1
28. Februar	6 215,6	3 063,1	1 324,9	23,5	1 484,2	527,1	593,9	55,0	308,2
31. März	6 649,6	3 193,7	1 444,0	27,2	1 498,9	566,3	647,5	53,6	231,5
30. April	6 791,8	3 372,9	1 451,2	34,4	1 500,4	563,7	697,6	48,3	190,8
31. Mai	6 802,7	3 286,9	1 467,0	19,1	1 432,0	575,9	630,2	52,2	173,7

¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949.

²⁾ Für die Militärregierung verwaltete Guthaben.

³⁾ Bis 23. 3. 1949 nur Ausgleichsforderungen; am 31. 3. 1949 einschließl. Schuldverschreibungen (588,2 Mill. DM).

⁴⁾ Bis 23. 3. 1949 ohne die gemäß Anordnung der Militärregierung der Währungskommission Berlin zur Verfügung gestellten Banknoten (DM 407 352 000). Ab 31. 3. 1949 einschließlich der in Berlin ausgegebenen Banknoten und Scheidemünzen.

Länder und der Landeszentralbanken ¹⁾

Mill. DM

Aktiva										
Kassen- vor- schüsse (Spalte 10, 11 und 12)	davon an			Wert- papiere	darunter		Beteiligung der LZB an der BdL	Forde- rungen gegen die öffentliche Hand aus der Neu- ordnung des Geld- wesens	Interims- forderung- gegen die Geld- institute aus der Aus- stattung mit neuem Geld	Sonstige Aktiva
	Militär- regie- rungen	Länder	sonstige öffentl. Körper- schaften		angekaufte Ausgleichs- forde- rungen					
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
35,3	1,0	27,5	6,8	11,4	11,4	100,0	7833,7	526,5	372,6	
27,8	1,0	16,7	10,1	32,8	32,5	100,0	7778,4	211,1	219,0	
93,6	0,8	37,0	55,8	36,5	36,5	100,0	7687,1	190,5	207,6	
98,5	0,7	34,6	63,2	38,3	38,2	100,0	7520,7	143,0	306,0	
67,8	0,5	6,9	60,4	39,6	39,5	100,0	7592,0	105,5	295,7	
48,3	0,4	22,3	25,6	43,5	43,4	100,0	7672,1	106,5	273,7	
117,4	0,4	38,4	78,6	44,3	44,2	100,0	8295,2	74,0	78,1	
270,3	0,4	42,5	227,4	47,6	47,6	100,0	8301,7	57,1	90,2	
242,4	0,5	54,2	187,7	49,9	49,8	100,0	8310,2	39,9	104,2	

Passiva								Bilanzsumme
davon		Verpflich- tungen in Devisen gegen JELA	Sonstige Konten zur Ab- wicklung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL und der LZB	Rück- stellun- gen	Schwebende Ver- rechnungen innerhalb des Zentral- bank- systems	Sonstige Passiva	
sonstige Giro- kunden innerhalb des Währungs- gebietes	sonstige Giro- kunden außerhalb des Währungs- gebietes							
28	29	30	31	32	33	34	35	36
256,2	3,3	621,7	969,7	370,0	0,6	99,5	89,7	10770,6
221,5	2,4	759,6	958,2	370,0	9,5	186,4	36,7	11052,0
245,8	2,4	839,6	1061,1	370,0	6,5	77,4	43,9	11729,3
222,1	2,6	977,8	1375,9	370,0	6,5	135,3	168,9	12486,1
227,6	2,8	1106,7	1620,5	370,0	6,5	37,0	189,0	12614,5
227,9	2,6	1110,8	1810,7	370,0	6,5	81,6	215,7	12874,0
220,3	3,3	1177,4	2043,2	370,0	6,5	137,0	215,4	13792,8
383,6	3,3	1305,5	2209,4	370,0	6,5	78,4	217,3	14351,8
364,1	4,7	1402,6	1326,6	370,0	6,5	90,1	204,2	13489,6

Monatsausweise der Landeszentralbanken
in

	Bayern	Hessen	Württemberg- Baden	Bremen
Aktiva:				
Giroguthaben bei der BdL	51,1	38,1	35,5	44,9
Nostroguthaben	1,1	0	0	0
Wechsel	15,3	4,2	1,8	7,9
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	—	—	—	49,7
Lombardforderungen	44,8	28,5	12,6	0,2
davon gegen Ausgleichsforderungen	(34,5)	(28,1)	(12,3)	(0,2)
Kassenkredite	—	9,2	0,2	—
davon an Landesregierung	(—)	(9,2)	(—)	(—)
Militärregierungen und sonstige öffentl. Stellen	(—)	(—)	(0,2)	(—)
Wertpapiere	—	—	—	—
Ausgleichsforderungen	147,8	226,8	239,0	39,4
davon: eigene gegen das Land	(122,6)	(224,0)	(233,5)	(38,5)
angekaufte fremde	(25,2)	(2,8)	(5,5)	(0,9)
Zwischen den Niederl. der LZB unterwegs befindl. Fernlastschriften ¹⁾	—	—	—	—
Beteiligung an der BdL	17,5	8,5	9,0	3,0
Sonstige Aktiva	7,8	10,5	5,1	2,1
Interimsforderungen aus der Geldumstellung	394,5	0,4	14,6	0,7
Summe der Aktiva	679,9	326,2	317,8	147,9
Passiva:				
Einlagen	245,6	155,0	164,9	134,9
davon: Geldinstitute innerhalb des Landes	(210,1)	(104,9)	(122,1)	(87,5)
Geldinstitute außerhalb des Landes	(0,8)	(2,7)	(1,2)	(1,4)
öffentliche Verwaltungen	(12,0)	(22,1)	(28,5)	(41,7)
Militärregierungen	(6,0)	(8,5)	(1,4)	(0,4)
sonstige Girokunden innerhalb des Währungsgebietes	(16,7)	(15,9)	(11,7)	(3,9)
sonstige Girokunden außerhalb des Währungsgebietes	(—)	(0,9)	(0)	(0)
Zwisch. d. Niederlass. d. LZB unterw. befindl. Giroüberweisungen	9,7	— 3,2	12,4	0,3
Lombardverpflichtungen gegen die BdL	246,9	137,1	103,8	—
Grundkapital	50,0	30,0	30,0	10,0
Rückstellungen	—	—	0,5	0,1
Sonstige Passiva	9,4	7,2	1,8	2,4
Interimsverbindlichkeiten aus der Geldumstellung	118,3	0,1	4,4	0,2
Summe der Passiva	679,9	326,2	317,8	147,9
Indossamentsverbindlichkeiten aus d. Weitergabe v. Inlandswechsln	183,4	59,9	101,1	—

¹⁾ Ab 15. 3. 1949 erscheint die Position nur als Saldo auf der Passivseite.

nach dem Stand vom 31. Mai 1949

Mill. DM

Nordrhein- Westfalen	Nieder- sachsen	Schleswig- Holstein	Hamburg	Rheinland- Pfalz	Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
							31. Mai 1949	30. April 1949	31. März 1949
211,4	35,7	9,8	53,3	34,6	27,0	19,5	560,9	536,6	554,4
0,4	0,7	0,1	0,1	0,4	0,4	0,3	3,5	4,7	5,7
256,8	9,7	0,7	53,3	1,9	12,1	5,1	368,8	437,2	321,2
—	—	—	—	—	0,5	0,3	50,5	50,0	35,3
34,7	20,6	10,0	5,7	22,8	1,2	2,9	184,0	190,1	164,0
(31,2)	(15,9)	(9,4)	(4,2)	(20,0)	(1,2)	(2,8)	(159,8)	(143,3)	(116,8)
—	—	5,3	4,4	34,4	10,3	0,7	64,5	51,7	64,6
(—)	(—)	(5,3)	(—)	(29,0)	(10,0)	(0,7)	(54,2)	(42,5)	(38,4)
(—)	(—)	(—)	(4,4)	(5,4)	(0,3)	(—)	(10,3)	(9,2)	(26,2)
—	—	—	—	0,1	—	—	0,1	0,1	0
605,3	92,8	28,9	185,2	58,6	77,1	61,5	1762,4	1160,3	1 147,3
(605,1)	(89,5)	(26,2)	(181,2)	(53,4)	(77,1)	(61,5)	(1712,6)	(1112,8)	(1103,1)
(0,2)	(3,3)	(2,7)	(4,0)	(5,2)	(—)	(0)	(49,8)	(47,5)	(44,2)
—	—	—	—	—	—	—	—	4,2	—
28,0	11,5	4,5	8,0	5,5	2,5	2,0	100,0	100,0	100,0
29,0	4,1	6,2	0,9	2,3	2,3	1,4	71,7	55,5	50,7
—	306,7	129,8	0,8	115,4	0,7	1,0	964,6	1 830,8	1 843,5
1 165,6	481,8	195,3	311,7	276,0	134,1	94,7	4 131,0	4 421,2	4 286,7
1 045,3	174,7	46,7	295,0	169,9	121,3	81,9	2 635,2	2 718,9	2 622,9
(538,3)	(116,3)	(32,5)	(89,3)	(58,0)	(49,2)	(28,8)	(1 437,0)	(1 397,0)	(1 387,0)
(1,0)	(4,6)	(0,2)	(4,0)	(0,9)	(1,1)	(0,9)	(18,8)	(17,7)	(21,0)
(396,2)	(37,2)	(10,6)	(164,8)	(19,8)	(13,4)	(12,8)	(759,1)	(819,6)	(795,8)
(20,6)	(0,9)	(0,1)	(20,6)	(81,2)	(51,3)	(37,4)	(228,4)	(218,6)	(222,5)
(88,4)	(15,4)	(3,3)	(15,5)	(8,4)	(5,9)	(2,0)	(187,1)	(262,8)	(193,4)
(0,8)	(0,3)	(0)	(0,8)	(1,6)	(0,4)	(0)	(4,8)	(3,2)	(3,2)
13,6	3,7	2,2	—	3,2	1,9	0,3	44,1	26,6	41,1
—	166,6	88,9	—	45,4	—	—	788,7	773,2	712,0
50,0	40,0	10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	270,0	270,0	270,0
5,9	—	—	—	—	—	—	6,5	6,5	6,5
50,8	10,6	8,6	6,5	3,0	0,7	2,2	103,2	83,2	85,7
—	86,2	38,9	0,2	34,5	0,2	0,3	283,3	542,8	548,5
1 165,6	481,8	195,3	311,7	276,0	134,1	94,7	4 131,0	4 421,2	4 286,7
—	140,8	88,5	117,7	76,2	—	1,0	768,6	913,4	1 057,7

II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

Die Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾

Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

in Mill. DM

Stand am Monatsende 1949	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Barreserve	Nostrohaben ³⁾	Ausgleichsfordernngen gegen die öffentliche Hand ⁴⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)																
					Ins-gesamt	davon					Öffent-liche Hand	davon					Geld-in-stitute	davon			
						Wirt-schafts-un-ter-nehmen und Private	Konto-kor-rent-und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite		Kas-sen-kre-dite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließl. Indossaments-verbindlichk.)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite	Konto-kor-rent-und Akzept-kredite		Wechsel-(einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite	
																					7
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20		
Währungsgebiet ⁵⁾																					
Jan.	3583	1586,6	1256,4	4598,0	6620,3	5147,7	2683,7	1835,2	104,7	524,1 ⁶⁾	367,5	59,7	209,8	7,5	90,5 ⁶⁾	1105,1	367,7	661,1	20,6	55,7 ⁶⁾	
Febr.	3583	1488,2	1361,8	4702,8	7091,0	5502,6	2980,3	1841,0	130,4	550,9 ⁶⁾	408,1	82,5	226,9	3,6	95,1 ⁶⁾	1180,3	366,5	728,4	25,5	59,9 ⁶⁾	
März	3581	1610,5	1394,4	4793,9	7448,7	5842,0	3141,3	1935,1	158,5	607,1 ⁶⁾	414,5	65,1	247,8	3,4	98,2 ⁶⁾	1192,2	379,6	710,9	32,2	69,5 ⁶⁾	
April	3580	1653,9	1413,8	4867,4	7923,1	6228,1	3400,2	1994,6	182,7	650,6 ⁶⁾	403,2	64,0	240,4	5,0	93,8 ⁶⁾	1291,8	446,1	736,9	36,9	71,9 ⁶⁾	
Mai	3576	1611,0	1691,4	4995,8	8306,8	6465,0	3511,3	2070,2	187,9	695,6 ⁶⁾	449,0	125,1	223,9	5,2	94,8 ⁶⁾	1392,8	431,9	839,9	32,4	88,6 ⁶⁾	
Bayern																					
Jan.	582	309,1	153,2	939,3	1092,7	850,6	553,1	205,0	28,0	64,5 ⁶⁾	33,7	9,5	0,6	0,1	23,5 ⁶⁾	208,4	114,4	83,2	6,0	4,8 ⁶⁾	
Febr.	582	236,4	186,7	940,3	1126,0	894,4	582,4	203,2	41,0	67,8 ⁶⁾	35,0	8,7	0,7	0,2	25,4 ⁶⁾	196,6	98,4	78,7	8,2	11,3 ⁶⁾	
März	582	242,6	186,7	940,9	1168,0	935,3	603,7	208,4	51,4	71,8 ⁶⁾	36,6	8,9	1,1	0,1	26,5 ⁶⁾	196,1	95,5	79,2	6,6	14,8 ⁶⁾	
April	582	250,8	174,5	949,6	1242,9	1001,9	640,6	217,0	63,0	81,3 ⁶⁾	37,9	8,4	1,2	0,8	27,5 ⁶⁾	203,1	112,5	67,7	7,4	15,5 ⁶⁾	
Mai	580	240,6	185,8	950,5	1290,9	1043,2	663,6	236,2	62,8	80,6 ⁶⁾	38,2	9,1	1,6	0,9	26,6 ⁶⁾	209,5	107,9	73,3	7,8	20,5 ⁶⁾	
Hessen																					
Jan.	305	103,3	182,8	393,1	575,0	402,7	221,6	103,9	9,4	67,8 ⁶⁾	20,6	2,5	0,1	0,1	17,9 ⁶⁾	151,7	35,5	115,6	0,6	0,0 ⁶⁾	
Febr.	305	132,1	146,0	402,8	625,4	450,3	257,7	110,5	10,5	71,6 ⁶⁾	21,6	3,3	0,1	0,1	18,1 ⁶⁾	153,5	38,8	114,2	0,4	0,1 ⁶⁾	
März	305	119,6	169,0	410,6	656,9	498,4	278,7	130,5	13,8	75,4 ⁶⁾	22,1	3,4	0,1	0,1	18,5 ⁶⁾	136,4	39,6	95,5	1,2	0,1 ⁶⁾	
April	305	104,7	162,5	412,9	691,7	542,2	303,8	139,2	14,2	85,0 ⁶⁾	16,7	3,2	0,1	0,1	13,3 ⁶⁾	132,8	45,5	85,3	1,5	0,5 ⁶⁾	
Mai	306	114,6	162,7	438,3	733,4	583,1	323,4	152,3	14,1	93,3 ⁶⁾	15,5	3,0	0,1	0,1	12,3 ⁶⁾	134,8	45,7	88,1	0,3	0,7 ⁶⁾	
Württemberg-Baden																					
Jan.	366	144,7	205,9	498,7	741,3	585,3	311,4	185,3	5,4	83,2 ⁶⁾	12,1	5,1	0,6	0,7	5,7 ⁶⁾	143,9	25,1	107,7	1,6	9,5 ⁶⁾	
Febr.	366	140,8	211,8	513,3	775,8	610,6	336,1	172,0	7,4	95,1 ⁶⁾	12,8	5,4	0,5	0,8	6,1 ⁶⁾	152,4	24,3	115,4	2,0	10,7 ⁶⁾	
März	365	141,4	233,7	530,8	825,7	650,7	364,9	170,1	9,0	106,7 ⁶⁾	13,8	6,5	0,3	0,8	6,2 ⁶⁾	161,2	27,9	118,8	3,3	11,2 ⁶⁾	
April	365	155,6	271,8	545,6	880,6	691,4	406,6	159,5	11,1	114,2 ⁶⁾	15,3	7,5	0,3	1,1	6,4 ⁶⁾	173,9	34,9	125,4	3,6	10,0 ⁶⁾	
Mai	365	143,8	327,0	547,6	941,0	741,7	426,2	175,1	15,0	125,4 ⁶⁾	15,5	7,3	0,2	1,1	6,9 ⁶⁾	183,8	33,1	138,1	3,1	9,5 ⁶⁾	
Bremen																					
Jan.	28	57,3	20,8	83,3	188,8	139,7	71,3	36,5	19,3	12,6 ⁶⁾	4,1	0,7	—	0,3	3,1 ⁶⁾	45,0	24,6	19,8	0,5	0,1 ⁶⁾	
Febr.	28	85,8	20,7	94,4	219,1	169,4	95,0	39,5	22,2	12,7 ⁶⁾	3,9	0,5	—	0,3	3,1 ⁶⁾	45,8	27,8	17,3	0,6	0,1 ⁶⁾	
März	28	82,8	25,5	94,4	226,8	169,2	90,7	38,3	27,1	13,1 ⁶⁾	4,1	0,7	—	0,3	3,1 ⁶⁾	53,5	38,6	14,4	0,3	0,2 ⁶⁾	
April	28	86,5	31,3	94,8	247,1	183,6	104,7	37,9	27,9	13,1 ⁶⁾	4,4	0,8	—	0,6	3,0 ⁶⁾	59,1	43,8	15,0	0,2	0,1 ⁶⁾	
Mai	28	92,8	64,0	95,8	254,2	183,4	101,7	37,7	29,8	14,2 ⁶⁾	4,7	1,0	—	0,6	3,1 ⁶⁾	66,1	42,6	23,2	0,2	0,1 ⁶⁾	

Nordrhein-Westfalen

Jan.	838	485,9	341,8	1077,2	1735,5	1608,6	553,8	790,1	7,7	168,0 ⁶⁾	30,2	5,9	0,6	3,1	20,6 ⁶⁾	185,7	29,3	146,4	4,3	5,7 ⁶⁾
Febr.	839	469,7	405,0	1094,5	1881,1	1698,9	629,5	793,2	8,9	177,0 ⁶⁾	27,7	5,4	0,7	0,9	20,7 ⁶⁾	244,8	32,1	198,9	7,7	6,1 ⁶⁾
März	839	551,6	415,3	1106,9	1974,2	1796,6	657,8	837,9	8,6	194,6 ⁶⁾	31,3	9,6	0,4	0,5	20,8 ⁶⁾	244,0	33,5	194,7	9,0	6,8 ⁶⁾
April	838	538,7	378,5	1130,8	2120,1	1519,6	719,2	862,3	10,1	205,0 ⁶⁾	26,7	6,2	0,5	0,7	19,3 ⁶⁾	296,8	40,3	235,0	12,5	9,0 ⁶⁾
Mai	838	566,6	514,7	1139,5	2246,1	1865,8	745,0	887,8	11,6	221,4 ⁶⁾	27,7	6,7	1,0	0,4	19,6 ⁶⁾	352,6	31,4	286,5	13,5	21,2 ⁶⁾

Niedersachsen

Jan.	615	140,0	93,9	557,8	663,6	508,8	276,4	168,8	7,3	56,3 ⁶⁾	31,8	17,6	0,2	0,1	13,9 ⁶⁾	123,0	36,3	50,0	3,4	33,3 ⁶⁾
Febr.	615	120,1	93,6	576,5	682,0	531,8	295,6	166,6	8,7	60,9 ⁶⁾	31,2	15,6	0,3	0,2	15,1 ⁶⁾	119,0	33,3	53,5	3,1	29,1 ⁶⁾
März	614	128,7	95,6	597,6	715,0	553,0	305,7	173,1	8,5	65,7 ⁶⁾	32,0	16,0	0,4	0,2	15,4 ⁶⁾	130,0	29,0	61,5	5,6	33,9 ⁶⁾
April	614	139,6	96,6	598,4	751,7	570,3	312,4	180,3	8,8	68,8 ⁶⁾	33,9	17,5	0,3	0,1	16,0 ⁶⁾	147,5	39,8	67,6	5,8	34,3 ⁶⁾
Mai	614	130,3	110,7	608,1	773,9	579,3	312,0	185,5	9,1	72,7 ⁶⁾	46,6	28,8	0,5	0,1	17,2 ⁶⁾	148,0	39,2	71,8	2,9	34,1 ⁶⁾

Schleswig-Holstein

Jan.	185	43,0	15,4	182,1	249,2	186,7	125,0	42,3	1,6	17,8 ⁶⁾	5,5	4,0	0,1	—	1,4 ⁶⁾	57,0	18,6	38,4	0,0	—
Febr.	185	44,4	14,8	183,8	284,5	209,2	147,1	42,4	1,5	18,2 ⁶⁾	7,3	5,5	0,1	0,0	1,7 ⁶⁾	68,0	18,8	49,2	—	—
März	185	40,8	10,5	184,4	307,9	226,3	151,6	44,4	1,4	28,9 ⁶⁾	8,5	6,6	0,1	0,0	1,8 ⁶⁾	73,1	23,3	49,8	—	—
April	185	37,0	13,1	186,0	313,0	233,4	154,6	47,9	1,5	29,4 ⁶⁾	9,9	7,6	0,3	0,0	2,0 ⁶⁾	69,7	22,7	47,0	0,0	—
Mai	185	40,1	12,7	188,7	315,2	239,1	154,2	53,4	1,5	30,0 ⁶⁾	11,9	9,4	0,4	0,0	2,1 ⁶⁾	64,2	21,8	42,3	0,1	—

Hamburg

Jan.	56	112,6	101,4	265,4	680,9	604,2	354,2	202,7	15,9	31,4 ⁶⁾	7,5	0,7	6,2	—	0,6 ⁶⁾	69,2	32,7	33,3	2,0	1,2 ⁶⁾
Febr.	55	89,7	145,3	263,7	752,4	647,2	399,7	204,5	18,6	24,4 ⁶⁾	7,2	0,7	5,9	0,0	0,6 ⁶⁾	98,0	35,6	60,0	1,2	1,2 ⁶⁾
März	55	104,9	99,9	263,9	813,6	701,6	436,7	214,0	26,5	24,4 ⁶⁾	9,3	2,0	6,7	0,0	0,6 ⁶⁾	102,7	40,0	58,5	3,0	1,2 ⁶⁾
April	55	125,8	118,5	265,9	868,3	756,5	473,5	225,7	31,2	26,1 ⁶⁾	8,2	1,2	6,4	0,0	0,6 ⁶⁾	103,6	41,8	58,9	1,7	1,2 ⁶⁾
Mai	54	106,8	135,2	329,7	880,2	760,4	480,3	228,0	23,8	28,3 ⁶⁾	6,0	2,8	2,6	—	0,6 ⁶⁾	113,8	40,9	71,1	0,6	1,2 ⁶⁾

Rheinland-Pfalz

Jan.	279	76,7	49,0	234,9	257,0	204,6	129,6	60,5	4,2	10,3 ⁶⁾	8,9	4,8	2,4	0,2	1,5 ⁶⁾	43,5	27,8	12,8	2,1	0,8 ⁶⁾
Febr.	279	68,3	54,0	250,8	278,9	219,9	141,8	62,2	5,1	10,8 ⁶⁾	10,3	4,4	3,8	0,2	1,9 ⁶⁾	48,7	31,2	14,3	2,3	0,9 ⁶⁾
März	279	74,7	56,8	267,1	303,7	236,5	149,4	68,8	5,4	12,9 ⁶⁾	14,3	4,6	7,6	0,1	2,0 ⁶⁾	52,9	35,0	13,7	3,3	0,9 ⁶⁾
April	279	67,5	55,3	274,9	326,8	255,9	167,8	68,3	6,4	13,4 ⁶⁾	14,2	5,4	6,3	0,3	2,2 ⁶⁾	56,7	36,8	14,9	4,1	0,9 ⁶⁾
Mai	279	68,7	49,5	283,0	341,0	260,5	175,7	62,4	7,6	14,8 ⁶⁾	15,1	5,4	6,8	0,5	2,4 ⁶⁾	65,4	41,6	19,0	3,8	1,0 ⁶⁾

Baden

Jan.	172	49,2	38,9	151,6	94,3	74,0	47,3	20,0	2,0	4,7 ⁶⁾	2,5	0,9	1,3	0,1	0,2 ⁶⁾	17,8	12,6	5,2	0,0	0,0 ⁶⁾
Febr.	172	46,0	31,4	157,4	105,4	84,0	52,7	24,3	2,1	4,9 ⁶⁾	1,6	0,6	0,7	0,0	0,3 ⁶⁾	19,8	12,6	7,2	—	0,0 ⁶⁾
März	172	44,5	38,3	163,2	117,1	93,3	58,7	26,9	2,1	5,6 ⁶⁾	7,6	4,9	2,1	0,1	0,5 ⁶⁾	16,2	9,0	7,2	0,0	0,0 ⁶⁾
April	172	46,2	43,6	168,2	129,5	99,7	65,9	25,5	2,5	5,8 ⁶⁾	3,8	1,8	1,5	0,1	0,4 ⁶⁾	26,0	17,5	8,5	0,0	0,0 ⁶⁾
Mai	170	51,0	55,6	168,2	141,8	106,9	72,7	22,8	5,5	5,9 ⁶⁾	5,6	1,8	3,3	0,1	0,4 ⁶⁾	29,3	16,5	12,8	0,0	0,0 ⁶⁾

Württemberg-Hohenzollern

Jan.	148	37,6	33,3	124,9	87,6	64,8	37,3	19,2	1,2	7,1 ⁶⁾	4,3	0,9	3,0	0,0	0,4 ⁶⁾	18,5	10,1	8,1	0,0	0,3 ⁶⁾
Febr.	148	34,3	38,1	129,6	93,6	69,7	39,8	21,3	1,3	7,3 ⁶⁾	4,1	0,8	2,9	0,1	0,3 ⁶⁾	19,8	11,4	8,1	0,0	0,3 ⁶⁾
März	148	36,2	55,2	133,5	94,1	72,3	41,4	21,7	1,6	7,6 ⁶⁾	5,0	1,0	3,6	0,1	0,3 ⁶⁾	16,8	7,6	8,9	—	0,3 ⁶⁾
April	148	38,4	52,7	135,8	102,6	79,1	49,2	20,4	1,6	7,9 ⁶⁾	4,7	1,0	3,2	0,1	0,4 ⁶⁾	18,8	10,3	8,1	—	0,4 ⁶⁾
Mai	148	38,3	65,9	137,2	110,7	82,7	54,0	18,5	1,9	8,3 ⁶⁾	4,6	1,0	3,0	0,0	0,6 ⁶⁾	23,4	11,1	11,9	0,0	0,4 ⁶⁾

1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

2) Einschl. selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderung der Zahl der berichtenden Institute durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute.

3) Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

4) Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

5) Die Summe aller Länderzahlen ist kleiner als die für das Währungsgebiet gemeldeten Ergebnisse, da einige Institute nur zonal berichten und daher nur in den Zahlen für das Währungsgebiet erscheinen.

6) Noch sehr unvollständige Angaben.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern
 Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾
 Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
 in Mill. DM

Stand am Monatsende 1949	Einlagen												Noch umzu-stellende Einlagen (geschätzter Betrag in DM)	Nostro-ver-pflich-tungen	Wechselbestand			Figene Ak-zepte im Um-lauf	Eigene Zie-hungen im Um-lauf	Eventual-ver-bindlich-keiten aus weiter-begebenen Wechseln	darunt. weiter-begebene fremde Bank-ak-zepte	Eventual-ver-bindlich-keiten aus ver-kaufter Aus-gleichs-forde-rungen
	insgesamt	Ein-lagen auf Anlage-konto	Einlagen auf Fest-konto	davon								Spar-ein-lagen			insge-samt	darunter						
				Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		sonstige Gläubiger						eigene Ak-zepte	fremde Bank-ak-zepte					
				mit	ohne	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin											
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	
Währungsgebiet ²⁾																						
Jan.	11 373,7	341,2	325,7	10 706,8	9 416,5	1 080,9	209,4	1 471,8	762,8	5 126,9	287,6	1 767,4	634,7	643,0	1 684,8	427,1	63,0	517,3	33,5	1 350,9	96,1	25,2
Febr.	11 834,4	368,1	238,4	11 227,9	9 905,5	1 070,5	251,9	1 497,1	880,7	5 234,2	357,4	1 936,1	514,7	699,0	1 801,6	431,8	75,2	594,2	29,7	1 333,4	117,9	30,6
März	12 327,7	391,4	158,3	11 778,0	10 339,4	1 142,6	296,0	1 452,5	927,5	5 422,3	429,3	2 107,8	417,0	674,2	1 879,2	464,2	86,2	641,3	35,8	1 368,4	103,0	30,8
April	12 767,2	404,6	114,7	12 247,9	10 780,0	1 115,8	352,1	1 580,1	1 004,1	5 495,3	473,7	2 226,8	285,1	790,6	1 947,7	472,2	75,8	651,2	39,4	1 365,8	97,6	33,7
Mai	13 409,7	415,7	73,3	12 920,7	11 245,9	1 251,2	423,6	1 583,0	1 048,8	5 657,2	583,6	2 373,3	217,0	811,2	2 187,3	501,2	112,5	634,2	44,8	1 288,0	85,4	35,0
Bayern																						
Jan.	1 893,4	67,6	44,4	1 781,4	1 632,3	136,8	12,3	295,9	119,3	865,8	42,4	308,9	71,8	246,1	237,9	91,8	12,5	150,8	9,6	124,0	7,9	9,3
Febr.	1 924,6	72,4	28,3	1 823,9	1 675,0	136,3	12,6	305,1	125,6	866,6	48,5	329,2	58,4	261,1	224,0	75,9	13,9	144,0	8,4	121,1	4,2	10,2
März	1 964,0	75,2	17,1	1 871,7	1 701,0	140,7	30,0	255,1	128,4	908,4	61,6	347,5	49,6	217,7	220,4	75,2	21,9	149,8	10,5	123,7	5,8	10,4
April	2 000,9	76,9	11,8	1 912,2	1 742,8	136,5	32,9	284,2	109,7	923,8	64,0	361,1	41,3	247,5	223,6	84,6	12,4	143,4	10,2	129,9	5,0	12,0
Mai	2 025,2	78,3	7,3	1 939,6	1 785,2	134,3	20,1	289,0	114,7	903,9	93,7	383,9	27,3	267,2	231,2	77,9	18,4	146,9	10,7	139,2	4,3	12,4
Hessen																						
Jan.	1 106,6	28,7	33,7	1 044,2	832,3	159,2	52,7	166,3	43,3	442,7	30,4	149,6	49,7	56,9	167,4	31,7	14,7	35,0	2,4	75,5	4,5	1,5
Febr.	1 081,0	31,6	23,7	1 025,7	858,4	124,8	42,5	168,0	50,6	439,0	37,2	163,6	39,9	65,4	146,1	31,7	12,4	46,7	2,3	102,1	12,4	1,5
März	1 174,4	33,7	14,2	1 126,5	893,2	188,9	44,4	162,6	49,3	462,3	39,4	179,6	31,5	61,8	144,0	31,0	10,1	55,0	2,4	102,8	9,7	1,5
April	1 195,0	34,9	10,4	1 149,7	914,8	172,3	62,6	167,9	52,3	463,1	43,8	187,7	24,1	75,0	154,3	33,8	9,2	52,4	2,8	94,2	6,4	2,8
Mai	1 206,1	35,8	6,8	1 163,5	953,2	146,8	63,5	184,9	46,2	476,1	48,4	197,6	19,2	88,6	194,6	42,5	14,0	60,6	2,9	79,8	7,1	2,8
Württemberg-Baden																						
Jan.	1 353,4	36,7	26,8	1 289,9	1 134,7	118,8	36,4	140,5	242,9	504,8	35,3	211,2	55,2	50,5	257,6	81,3	9,3	47,2	3,8	102,8	5,4	4,4
Febr.	1 402,2	40,2	17,8	1 344,2	1 183,6	118,9	41,7	142,2	249,7	523,4	39,3	229,0	38,5	53,3	272,6	82,8	10,0	60,8	2,5	83,7	5,7	4,6
März	1 476,7	42,4	11,4	1 422,9	1 242,9	125,7	54,3	156,3	248,7	549,0	44,8	244,1	26,3	44,7	288,8	85,5	16,9	68,0	2,4	71,2	4,9	4,6
April	1 530,0	43,5	6,3	1 480,2	1 274,2	130,5	75,5	163,3	264,8	546,6	45,4	254,1	17,2	67,3	288,4	88,5	18,1	76,3	2,5	66,0	5,7	4,5
Mai	1 617,0	44,1	4,0	1 568,9	1 337,7	146,9	84,3	168,7	261,1	590,5	53,8	263,6	12,4	55,8	324,0	97,3	21,2	75,2	5,8	60,3	5,5	5,3
Bremen																						
Jan.	289,6	5,6	4,2	279,8	260,6	18,5	0,7	60,3	45,0	124,8	8,6	21,9	8,5	15,5	46,4	11,2	4,0	4,8	0,0	19,1	1,2	—
Febr.	346,1	6,0	3,4	336,7	315,3	21,0	0,4	99,1	45,4	137,7	9,0	24,1	7,2	19,4	46,5	14,9	2,2	8,1	0,1	22,4	2,5	—
März	359,4	6,2	2,4	350,8	327,5	22,2	1,1	84,9	59,1	147,5	9,5	26,5	6,2	28,1	52,8	17,8	2,7	7,4	0,2	16,0	2,3	—
April	379,2	6,3	1,6	371,3	343,6	27,1	0,6	98,1	59,0	148,7	9,1	28,7	4,6	35,4	51,3	17,6	2,3	8,8	0,3	17,0	2,1	—
Mai	435,2	6,5	0,7	428,0	399,6	19,5	8,9	102,8	61,7	193,0	10,6	31,5	3,4	27,4	59,2	15,1	5,1	9,3	0,3	14,1	1,2	—

Nordrhein-Westfalen

Jan.	3 079,8	83,1	87,3	2 909,4	2 527,4	327,9	54,1	441,0	151,1	1 457,4	49,6	428,3	131,1	48,3	555,0	87,6	9,7	68,4	4,2	452,0	3,7	0,2
Febr.	3 255,6	88,2	69,9	3 097,5	2 648,4	343,8	105,3	417,9	219,7	1 486,9	62,1	461,8	110,0	60,3	621,2	83,1	10,0	85,0	4,4	435,4	0,3	0,2
März	3 414,2	92,2	55,8	3 266,2	2 812,0	344,2	110,0	444,3	240,4	1 542,9	80,9	503,5	89,6	65,3	655,1	100,3	10,4	99,7	5,1	458,7	0,2	—
April	3 537,5	95,4	45,4	3 396,7	2 955,5	312,6	128,6	463,5	291,9	1 568,3	93,1	538,7	76,8	89,1	739,6	105,7	13,4	95,1	5,9	428,6	1,3	—
Mai	3 830,2	98,5	30,6	3 701,1	3 121,1	402,3	177,7	452,4	325,6	1 628,1	128,9	586,1	58,6	85,9	797,2	100,3	28,6	98,6	6,8	420,5	0,7	—

Niedersachsen

Jan.	1 172,6	44,7	43,7	1 084,2	959,7	99,9	24,6	140,9	7,3	547,4	26,9	237,2	75,5	61,2	109,5	30,6	3,8	38,2	5,5	132,1	21,0	3,1
Febr.	1 172,8	47,6	27,2	1 098,0	985,5	93,6	18,9	130,3	9,7	549,6	35,3	260,6	59,3	63,8	111,0	27,9	3,1	47,1	6,7	128,4	23,3	3,1
März	1 220,4	50,6	14,3	1 155,5	1 037,2	95,3	23,0	123,8	13,0	566,8	45,0	288,6	42,4	70,1	132,6	33,2	3,0	43,4	8,7	124,2	26,9	3,1
April	1 257,8	52,2	8,6	1 197,0	1 080,7	101,3	15,0	130,3	23,7	570,7	54,0	302,0	35,0	78,9	132,5	24,7	2,8	49,3	8,9	129,0	25,4	3,2
Mai	1 300,6	53,0	5,2	1 242,4	1 115,9	100,0	26,5	134,6	19,3	584,8	60,9	316,3	25,8	83,4	142,8	25,3	2,6	46,3	8,1	127,8	24,6	3,2

Schleswig-Holstein

Jan.	314,1	12,6	12,2	289,3	263,4	25,4	0,5	28,3	3,1	156,8	8,3	66,9	23,0	43,5	25,4	7,8	0,0	52,2	1,4	61,5	34,4	2,7
Febr.	316,2	13,8	9,5	292,9	271,0	21,8	0,1	22,2	10,7	157,2	6,8	74,1	17,5	53,8	29,2	10,9	0,5	68,3	1,4	71,7	45,4	2,7
März	322,2	15,0	5,8	301,4	279,1	21,4	0,9	22,5	11,1	158,8	7,2	79,5	12,6	60,1	31,8	13,1	0,3	65,7	2,1	73,2	44,1	2,7
April	324,9	15,7	3,9	305,3	284,9	19,4	1,0	20,5	13,0	158,3	10,3	82,8	9,6	61,5	28,8	10,4	0,3	63,0	3,4	73,1	39,7	2,7
Mai	342,6	16,3	1,9	324,4	302,0	21,3	1,1	23,2	13,2	167,8	10,7	87,1	6,5	58,5	29,5	8,6	0,0	60,0	4,3	70,5	33,1	2,7

Hamburg

Jan.	867,9	18,7	20,0	829,2	765,8	58,5	4,9	49,4	124,6	474,0	67,9	49,9	14,3	44,3	163,4	56,2	7,3	96,0	3,6	119,9	3,8	0,4
Febr.	971,3	19,7	17,2	934,4	849,4	80,1	4,9	57,9	137,3	504,7	94,2	55,3	11,1	50,2	223,1	74,1	21,1	107,2	1,1	109,0	5,5	3,7
März	954,4	22,1	9,4	922,9	851,4	67,2	4,3	50,7	134,1	494,2	109,2	63,2	7,7	46,4	214,1	82,6	19,0	118,5	2,3	134,4	6,1	3,7
April	1 034,8	22,7	7,5	1 004,6	919,1	80,9	4,6	68,2	139,0	524,0	120,2	67,7	6,7	41,8	209,3	78,8	14,5	126,9	2,8	145,7	9,2	3,7
Mai	1 095,6	23,4	5,3	1 066,9	925,7	136,8	4,4	57,2	153,6	500,5	142,2	72,2	5,6	36,5	269,9	102,0	19,3	101,0	2,9	125,0	7,5	3,7

Rheinland-Pfalz

Jan.	527,8	16,5	23,6	487,7	426,4	56,9	4,4	51,7	10,4	246,8	9,4	108,1	63,4	54,8	54,2	21,2	0,5	20,3	1,6	37,8	1,3	3,5
Febr.	569,8	18,8	18,4	532,6	472,5	54,0	6,1	63,5	14,2	259,6	11,9	123,3	50,5	50,7	60,8	23,3	0,5	21,8	1,3	37,0	1,8	4,6
März	593,3	21,7	11,0	560,6	501,8	52,0	6,8	63,4	17,2	266,4	14,2	140,6	35,6	59,5	59,4	18,7	0,6	27,7	1,1	39,8	1,5	4,7
April	604,6	22,9	7,8	573,9	517,4	49,8	6,7	69,6	23,0	258,2	15,3	151,3	27,0	69,1	58,9	20,7	0,5	30,5	1,8	41,6	1,4	4,7
Mai	614,1	24,3	4,7	585,1	527,4	50,9	6,8	66,4	23,3	259,2	14,5	164,0	18,9	69,6	59,8	23,5	0,5	30,0	2,4	41,0	1,0	4,9

Baden

Jan.	338,4	13,3	9,2	315,9	278,7	35,7	1,5	49,5	3,4	147,9	3,2	74,7	21,7	7,1	22,6	5,1	0,4	0,9	0,8	6,4	0,3	—
Febr.	334,8	14,1	7,4	313,3	281,8	30,4	1,1	41,0	4,2	151,3	4,0	81,3	16,6	8,8	26,4	5,6	0,3	1,4	0,7	9,4	0,1	—
März	362,3	14,8	5,7	341,8	307,7	32,3	1,8	39,8	7,7	164,9	7,2	88,1	11,8	7,9	29,9	5,8	0,7	2,6	0,7	8,8	0,1	—
April	378,6	15,1	4,7	358,8	321,9	34,2	2,7	41,4	10,3	167,6	7,5	95,1	7,3	11,4	30,3	6,4	0,7	2,2	0,7	8,3	0,1	—
Mai	412,7	15,4	2,7	394,6	353,1	38,3	3,2	46,7	11,5	184,1	8,8	102,0	4,5	11,9	33,8	6,8	0,7	1,6	0,4	7,0	0,2	—

Württemberg-Hohenzollern

Jan.	267,9	9,1	8,1	250,7	219,0	21,5	10,2	28,9	9,4	112,9	1,7	66,1	19,9	10,0	21,1	2,7	0,8	3,7	0,5	7,8	1,0	—
Febr.	285,1	10,1	6,1	268,9	232,8	23,8	12,3	32,3	10,2	116,5	2,3	71,5	15,5	8,7	22,5	1,6	1,2	3,8	0,7	7,4	2,2	—
März	309,1	10,9	4,0	294,2	253,2	28,0	13,0	31,1	15,9	125,7	3,4	77,1	11,7	5,6	23,0	1,1	0,5	3,6	0,3	7,5	1,4	—
April	319,2	11,6	2,3	305,3	262,1	28,8	14,4	38,8	14,8	123,1	4,1	81,3	9,2	9,0	20,1	1,0	1,4	3,3	0,2	8,7	1,3	0,1
Mai	343,9	12,2	1,1	330,6	282,4	28,7	19,5	42,8	15,6	133,7	3,9	86,4	6,6	8,6	23,9	1,8	2,0	4,6	0,2	7,4	0,2	0,1

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

²⁾ Die Summe aller Länderzahlen ist kleiner als die für das Währungsgebiet gemeldeten Ergebnisse, da einige Institute nur zonal berichten und daher nur in den Zahlen für das Währungsgebiet erscheinen.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen
 Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾
 Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
 in Mill. DM

Stand am Monatsende 1949	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Barreserve	Nostro-guthaben ³⁾	Ausgleichsfor-derungen gegen die öffent-liche Hand ⁴⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)																
					Ins-gesamt	davon					Öffent-liche Hand	davon					Geld-in-stitute	davon			
						Wirt-schafts-unter-nehmen und Private	Konto-kor-rent-und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite		Kas-sen-kre-dite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließl. Indossaments-verbindlichk.)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite	Konto-kor-rent-und Akzept-kredite		Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite	
																					7

Alle Banken

Jan.	3583	1 586,6	1 256,4	4 598,0	6 620,3	5 147,7	2 683,7	1 835,2	104,7	524,1 ⁵⁾	367,5	59,7	209,8	7,5	90,5 ⁵⁾	1 105,1	367,7	661,1	20,6	55,7 ⁵⁾
Febr.	3583	1 488,2	1 361,8	4 702,8	7 091,0	5 502,6	2 980,3	1 841,0	130,4	580,9 ⁵⁾	408,1	82,5	226,9	3,6	95,1 ⁵⁾	1 180,3	366,5	728,4	25,5	59,9 ⁵⁾
März	3581	1 610,5	1 394,4	4 793,9	7 448,7	5 842,0	3 141,3	1 935,1	158,5	607,1 ⁵⁾	414,5	65,1	247,8	3,4	98,2 ⁵⁾	1 192,2	379,6	710,9	32,2	69,5 ⁵⁾
April	3580	1 653,9	1 413,8	4 867,4	7 923,1	6 228,1	3 400,2	1 994,6	182,7	650,6 ⁵⁾	403,2	64,0	240,4	5,0	93,8 ⁵⁾	1 291,8	446,1	736,9	36,9	71,9 ⁵⁾
Mai	3576	1 611,0	1 691,4	4 995,8	8 306,8	6 465,0	3 511,3	2 070,2	187,9	695,6 ⁵⁾	449,0	125,1	223,9	5,2	94,8 ⁵⁾	1 392,8	431,9	839,9	32,4	88,6 ⁵⁾

Kreditbanken

Jan.	247	581,6	435,6	1 003,1	3 324,1	3 062,9	1 742,8	1 266,7	40,0	13,4 ⁵⁾	15,7	10,0	2,7	0,1	2,9 ⁵⁾	245,5	31,5	209,0	3,3	1,7 ⁵⁾
Febr.	247	486,8	434,1	1 010,7	3 549,4	3 290,9	1 936,8	1 274,6	59,7	19,8 ⁵⁾	14,9	9,1	2,8	0,1	2,9 ⁵⁾	243,6	29,1	202,2	5,1	7,2 ⁵⁾
März	246	534,5	409,9	1 011,5	3 704,1	3 441,3	2 023,2	1 320,4	75,0	22,7 ⁵⁾	23,8	14,2	6,5	0,2	2,9 ⁵⁾	239,0	32,4	194,1	2,5	10,0 ⁵⁾
April	246	518,2	406,9	1 018,8	3 873,0	3 634,6	2 181,2	1 338,1	86,7	28,6 ⁵⁾	17,4	9,9	4,4	0,2	2,9 ⁵⁾	221,0	40,7	166,4	3,3	10,6 ⁵⁾
Mai	246	537,4	444,6	1 054,1	4 015,4	3 744,8	2 237,6	1 384,8	89,1	33,3 ⁵⁾	21,7	12,7	5,7	0,2	3,1 ⁵⁾	248,9	37,9	197,2	2,2	11,6 ⁵⁾

Hypothekenbanken

Jan.	35	2,7	25,1	215,7	216,3	191,7	0,4	0,1	18,4	172,8 ⁵⁾	20,1	0,7	0,1	0,3	19,0 ⁵⁾	4,5	0,0	0,0	—	4,5 ⁵⁾
Febr.	35	2,0	29,9	215,5	220,0	199,8	0,3	0,1	21,2	178,2 ⁵⁾	20,1	0,7	0,1	0,3	19,0 ⁵⁾	0,1	0,0	0,0	0,1	— ⁵⁾
März	35	2,8	42,2	215,0	248,5	223,3	0,3	0,2	24,6	198,2 ⁵⁾	20,6	0,8	0,1	0,3	19,4 ⁵⁾	4,6	0,0	—	0,1	4,5 ⁵⁾
April	35	2,4	84,2	217,4	253,0	234,0	0,4	0,2	31,4	202,6 ⁵⁾	14,3	—	0,1	1,3	12,9 ⁵⁾	4,7	0,1	0,0	0,1	4,5 ⁵⁾
Mai	35	2,3	95,2	218,7	268,9	248,4	0,4	0,2	33,3	214,5 ⁵⁾	14,5	—	—	1,4	13,1 ⁵⁾	6,0	0,1	1,3	0,0	4,6 ⁵⁾

Girozentralen

Jan.	18	249,3	294,8	240,4	922,8	354,6	118,9	167,0	6,3	62,4 ⁵⁾	78,6	26,2	4,3	0,8	47,3 ⁵⁾	489,6	224,3	244,9	4,2	16,2 ⁵⁾
Febr.	18	255,9	388,3	261,4	1 027,5	371,5	128,7	166,6	6,2	70,0 ⁵⁾	81,7	25,8	5,0	1,0	49,9 ⁵⁾	574,3	216,7	333,8	5,9	17,9 ⁵⁾
März	18	289,6	385,3	260,3	1 062,3	409,2	124,8	187,0	13,9	83,5 ⁵⁾	86,9	28,9	6,9	0,7	50,4 ⁵⁾	566,2	222,5	316,7	7,8	19,2 ⁵⁾
April	18	345,3	412,2	272,9	1 186,7	443,1	136,3	195,9	13,4	97,5 ⁵⁾	92,1	31,3	8,2	1,2	51,4 ⁵⁾	651,5	255,1	367,2	8,7	20,5 ⁵⁾
Mai	18	314,7	528,3	267,2	1 269,9	456,6	146,4	190,1	10,7	109,4 ⁵⁾	106,1	43,9	9,0	1,1	52,1 ⁵⁾	707,2	239,4	428,8	7,0	32,0 ⁵⁾

Sparkassen

Jan.	889	446,8	300,4	2190,9	882,4	819,2	403,0	159,7	17,7	238,8 ⁵⁾	34,8	11,7	3,1	0,8	19,2 ⁵⁾	28,4	1,7	21,2	0,2	5,3 ⁵⁾
Febr.	889	450,6	332,3	2238,1	928,0	859,4	438,3	159,2	19,3	242,6 ⁵⁾	36,5	11,7	2,9	0,9	21,0 ⁵⁾	32,1	1,7	23,5	0,3	6,6 ⁵⁾
März	889	452,6	366,0	2296,0	999,0	927,9	479,5	170,0	21,4	257,0 ⁵⁾	43,5	17,1	2,6	1,0	22,8 ⁵⁾	27,6	2,1	17,9	0,2	7,4 ⁵⁾
April	889	457,9	341,5	2317,9	1078,7	1002,2	532,3	173,2	23,6	273,1 ⁵⁾	43,2	16,4	2,6	0,9	23,3 ⁵⁾	33,3	2,2	23,2	0,2	7,7 ⁵⁾
Mai	889	470,4	437,7	2345,7	1164,0	1072,2	577,3	184,5	26,8	283,6 ⁵⁾	43,6	16,3	3,5	0,9	22,9 ⁵⁾	48,2	2,3	33,9	0,2	11,8 ⁵⁾

Postsparkassen – Postscheckämter

Jan.	18	98,6	0,2	280,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Febr.	18	87,0	0,1	286,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
März	18	98,8	0,1	292,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
April	18	88,2	0,1	306,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mai	18	83,7	0,2	361,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Zentralkassen

Jan.	33	66,7	50,7	40,4	376,2	145,0	89,1	53,9	1,5	0,5 ⁵⁾	3,7	1,2	0,2	2,3	— ⁵⁾	227,5	105,7	109,2	12,4	0,2 ⁵⁾
Febr.	33	61,7	39,6	41,1	422,8	165,7	110,8	53,0	1,5	0,4 ⁵⁾	2,1	1,3	0,8	0,0	— ⁵⁾	255,0	113,2	127,9	13,8	0,1 ⁵⁾
März	33	59,1	49,2	42,2	461,2	179,5	122,9	54,5	1,4	0,7 ⁵⁾	2,1	0,9	1,2	0,0	— ⁵⁾	279,6	118,2	142,3	18,9	0,2 ⁵⁾
April	33	65,0	42,3	42,7	504,3	188,5	118,4	66,4	2,1	1,6 ⁵⁾	2,0	0,9	1,1	0,0	— ⁵⁾	313,8	144,4	146,8	22,3	0,3 ⁵⁾
Mai	33	67,2	55,1	43,1	501,3	180,0	96,6	79,6	2,0	1,8 ⁵⁾	2,0	0,9	1,1	—	— ⁵⁾	319,3	147,1	149,3	22,5	0,4 ⁵⁾

Kreditgenossenschaften

Jan.	2292	109,6	115,8	589,5	418,9	407,8	233,0	131,9	13,8	28,7 ⁵⁾	8,4	2,8	5,0	0,3	0,3 ⁵⁾	3,1	2,4	0,7	0,0	0,0 ⁵⁾
Febr.	2292	112,7	111,6	611,6	452,6	441,2	259,7	134,7	15,2	31,6 ⁵⁾	7,2	2,6	4,1	0,2	0,3 ⁵⁾	4,2	3,1	1,0	0,1	0,0 ⁵⁾
März	2291	110,5	115,0	636,3	489,5	477,3	283,7	140,5	16,8	36,3 ⁵⁾	7,6	2,3	4,9	0,1	0,3 ⁵⁾	4,6	2,7	1,9	0,0	0,0 ⁵⁾
April	2290	104,0	97,0	651,0	534,6	523,5	324,2	142,3	18,9	38,1 ⁵⁾	6,6	2,2	3,9	0,0	0,5 ⁵⁾	4,5	3,0	1,5	0,0	0,0 ⁵⁾
Mai	2288	112,4	109,4	664,4	560,0	550,6	344,0	145,2	19,6	41,8 ⁵⁾	3,6	2,6	0,2	0,2	0,6 ⁵⁾	5,8	4,1	1,6	0,1	0,0 ⁵⁾

Sonstige Geldinstitute ⁶⁾

Jan.	51	31,1	33,7	38,0	479,6	166,8	96,6	55,7	7,0	7,5 ⁵⁾	206,4	7,1	194,5	3,0	1,8 ⁵⁾	106,4	2,1	76,1	0,4	27,8 ⁵⁾
Febr.	51	31,5	25,8	38,0	490,8	174,1	105,8	52,7	7,2	8,4 ⁵⁾	245,6	31,4	211,2	1,0	2,0 ⁵⁾	71,1	2,6	40,1	0,4	28,0 ⁵⁾
Febr.	51	62,5	26,7	39,8	484,1	183,4	106,9	62,5	5,3	8,7 ⁵⁾	230,0	0,8	225,6	1,1	2,5 ⁵⁾	70,7	1,7	38,1	2,7	28,2 ⁵⁾
April	51	72,8	29,5	40,5	492,8	202,3	107,5	78,4	6,7	9,7 ⁵⁾	227,5	3,3	220,2	1,3	2,7 ⁵⁾	63,0	0,7	31,7	2,2	28,4 ⁵⁾
Mai	49	22,9	20,9	41,5	527,4	212,2	108,9	85,8	6,5	11,0 ⁵⁾	257,8	48,7	204,5	1,5	3,1 ⁵⁾	57,4	1,1	27,8	0,3	28,2 ⁵⁾

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

²⁾ Einschl. selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderung der Zahl der berichtenden Institute durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute.

³⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

⁴⁾ Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

⁵⁾ Noch sehr unvollständige Angaben.

⁶⁾ Spezial-, Haus- und Branchebanken.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen
 Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet ¹⁾
 Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
 in Mill. DM

Stand am Monatsende 1949	Einlagen												Noch umzustellende Einlagen (geschätzter Betrag in DM)	Nostroverpflichtungen	Wechselbestand			Eigene Akzepte im Umlauf	Eigene Ziehungen im Umlauf	Eventualverbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	darunt. weiterbegebene fremde Bankakzepte	Eventualverbindlichkeiten aus verkauften Ausgleichsfordern.		
	insgesamt	Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	davon											insgesamt	darunter								
				Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten				Einlagen der öffentl. Hand		sonstige Gläubiger				Spar-einlagen	eigene Akzepte						fremde Bankakzepte	
				mit	ohne	Einlagen von Geldinstituten		Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht												Termin
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42			

Alle Banken

Jan.	11 373,7	341,2	325,7	10 706,8	9 416,5	1 080,9	209,4	1 471,8	762,8	5 126,9	287,6	1 767,4	634,7	643,0	1 684,8	427,1	63,0	517,3	33,5	1 350,9	96,1	25,2
Febr.	11 834,4	368,1	238,4	11 227,9	9 905,5	1 070,5	251,9	1 497,1	880,7	5 234,2	357,4	1 936,1	514,7	699,0	1 801,6	431,8	75,2	594,2	29,7	1 333,4	117,9	30,6
März	12 327,7	391,4	158,3	11 778,0	10 339,4	1 142,6	296,0	1 452,5	927,5	5 422,3	429,3	2 107,8	417,0	674,2	1 879,2	464,2	86,2	641,3	35,8	1 368,4	103,0	30,8
April	12 767,2	404,6	114,7	12 247,9	10 780,0	1 115,8	352,1	1 580,1	1 004,1	5 495,3	473,7	2 226,8	285,1	790,6	1 947,7	472,2	75,8	651,2	39,4	1 365,8	97,6	33,7
Mai	13 409,7	415,7	73,3	12 920,7	11 245,9	1 251,2	423,6	1 583,0	1 048,8	5 657,2	583,6	2 373,3	217,0	811,2	2 187,3	501,2	112,5	634,2	44,8	1 288,0	85,4	35,0

Kreditbanken

Jan.	3 959,0	80,4	62,7	3 815,9	3 458,4	276,1	81,4	345,5	249,1	2 512,0	197,7	154,1	90,6	161,2	999,6	387,7	33,4	394,3	5,9	825,2	23,2	4,4
Febr.	4 053,4	87,9	42,0	3 923,5	3 557,6	288,5	77,4	334,3	261,1	2 551,5	235,4	175,3	74,0	198,2	1 026,4	383,8	32,4	449,1	4,4	803,9	25,9	4,4
März	4 198,6	93,7	26,5	4 078,4	3 679,1	307,8	91,5	284,9	254,7	2 675,1	272,6	191,8	60,0	140,0	1 066,1	416,0	40,3	486,3	4,1	829,7	22,7	4,4
April	4 357,7	96,7	18,6	4 242,4	3 803,8	330,1	108,5	352,7	246,1	2 691,4	310,3	203,3	49,1	148,1	1 102,6	429,8	27,1	488,9	4,9	791,3	17,9	5,5
Mai	4 589,1	98,6	11,4	4 479,1	3 964,7	385,6	128,8	334,2	247,7	2 770,3	392,1	220,4	40,0	154,4	1 264,9	460,7	51,8	483,5	5,2	730,9	15,7	6,0

Hypothekenbanken

Jan.	11,3	0,1	0,1	11,1	9,4	0,5	1,2	5,8	0,1	1,3	2,0	0,2	0,2	14,4	0,1	—	—	—	—	—	—	10,6
Febr.	11,4	0,1	0,0	11,3	9,3	0,6	1,4	5,3	0,1	1,4	2,3	0,2	0,2	17,3	0,1	—	—	—	—	—	—	11,8
März	15,6	0,1	0,1	15,4	13,3	0,5	1,6	10,1	0,1	1,5	1,4	0,2	0,1	21,0	0,2	—	—	—	—	—	—	11,9
April	13,3	0,1	0,0	13,2	10,9	0,5	1,8	7,7	0,2	1,5	1,3	0,2	0,1	26,0	0,2	—	—	—	—	—	—	12,8
Mai	14,9	0,1	0,1	14,7	12,1	0,7	1,9	8,9	0,3	1,4	1,3	0,2	0,1	29,4	1,6	—	1,3	—	—	—	—	13,5

Girozentralen

Jan.	1 437,5	16,2	8,3	1 413,0	941,8	376,7	94,5	412,0	364,4	108,1	32,9	24,4	37,0	106,6	386,6	11,4	21,0	3,3	1,2	24,1	1,8	—
Febr.	1 623,7	16,6	6,4	1 600,7	1 065,1	399,9	135,7	410,3	448,9	127,7	51,4	26,8	27,7	119,9	480,4	13,5	32,6	1,8	0,8	16,4	2,7	—
März	1 691,4	16,8	3,5	1 671,1	1 104,7	405,8	160,6	410,2	475,5	119,2	71,1	28,7	26,2	112,1	492,4	15,1	33,5	1,0	0,7	11,3	2,3	—
April	1 841,6	16,9	1,4	1 823,3	1 292,5	343,1	187,7	509,8	550,3	123,4	79,1	29,9	22,5	131,5	538,8	13,5	33,8	1,1	0,7	10,8	2,3	—
Mai	1 996,6	17,0	0,8	1 978,8	1 275,3	467,0	236,5	456,6	572,3	121,8	93,2	31,4	21,3	138,3	578,5	13,4	39,9	1,0	0,4	9,2	1,0	—

Sparkassen

Jan.	3 595,3	181,5	168,0	3 245,8	3 211,8	33,4	0,6	525,3	143,3	1 289,6	14,9	1 238,7	281,0	189,1	136,0	10,3	1,0	9,7	2,1	51,5	0,7	4,1
Febr.	3 763,7	194,4	125,7	3 443,6	3 413,1	30,4	0,1	568,1	162,7	1 319,9	23,5	1 338,9	221,4	182,5	139,7	9,7	0,4	10,3	1,9	49,2	0,7	7,6
März	3 935,7	205,4	85,9	3 644,4	3 613,9	28,2	2,3	566,2	189,3	1 370,8	35,2	1 452,4	164,9	189,9	146,0	9,5	1,0	10,7	1,5	44,8	0,6	7,6
April	4 016,9	211,4	64,3	3 741,2	3 701,9	32,5	6,8	518,0	199,5	1 420,5	30,9	1 533,0	129,4	214,4	153,5	9,5	2,1	8,5	1,5	44,4	0,6	8,6
Mai	4 266,4	217,0	40,2	4 009,2	3 968,5	30,3	10,4	606,8	219,4	1 467,9	42,5	1 631,9	86,3	199,8	170,5	8,6	5,9	7,4	1,5	47,9	0,7	8,7

Postsparkassen – Postscheckämter

Jan.	839,6	11,3	27,2	801,1	642,0	159,1	—	123,9	—	473,6	—	44,5	43,8	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—
Febr.	815,6	12,8	19,6	783,2	653,0	130,2	—	120,0	—	470,7	—	62,3	33,3	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—
März	863,9	14,5	12,3	837,1	669,6	167,5	—	121,5	—	478,5	—	69,6	34,0	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—
April	880,7	15,7	8,5	856,5	672,9	183,6	—	119,7	—	476,8	—	76,4	29,2	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—
Mai	836,5	16,8	6,2	813,5	679,3	134,2	—	121,1	—	475,6	—	82,6	31,3 ²⁾	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—

Zentralkassen

Jan.	292,3	4,6	1,5	286,2	73,4	194,2	18,6	4,5	0,0	53,6	9,9	5,4	3,3	59,2	47,6	8,9	7,3	56,8	4,0	119,4	42,8	2,3
Febr.	291,4	4,9	1,1	285,4	83,2	180,8	21,4	5,1	0,0	60,6	11,5	6,0	2,7	58,4	47,1	13,1	9,3	70,0	5,0	141,1	55,9	2,3
März	302,8	5,0	0,6	297,2	82,3	191,3	23,6	3,6	0,1	59,9	12,3	6,4	2,1	75,1	54,2	13,4	10,8	67,6	6,8	148,3	55,4	2,4
April	301,8	5,1	0,2	296,5	84,4	186,8	25,3	4,1	0,2	59,8	13,4	6,9	2,2	107,2	47,9	8,7	12,2	72,2	7,8	165,1	51,8	2,4
Mai	315,1	5,1	0,2	309,8	91,1	190,1	28,6	4,3	0,3	64,6	14,8	7,1	1,9	112,3	56,8	8,5	12,8	56,7	10,7	168,5	42,8	2,4

Kreditgenossenschaften

Jan.	1 054,8	43,1	56,2	955,5	941,7	13,4	0,4	32,7	2,1	599,3	12,2	295,4	109,8	89,5	65,3	5,6	0,2	21,9	13,4	58,6	0,6	2,8
Febr.	1 087,1	47,4	42,2	997,5	983,9	13,3	0,3	33,9	3,4	613,1	12,2	321,3	87,4	102,3	66,7	7,0	0,3	28,7	11,5	63,5	0,5	3,5
März	1 132,1	51,8	28,2	1 052,1	1 038,9	12,7	0,5	35,4	4,0	632,5	14,0	353,0	62,7	111,1	69,5	7,6	0,2	38,3	12,2	67,4	0,6	3,5
April	1 141,2	54,5	20,5	1 066,2	1 051,8	13,8	0,6	31,4	4,6	629,6	15,2	371,0	47,6	136,2	69,4	7,9	0,1	43,1	13,2	68,2	0,4	3,4
Mai	1 197,5	56,8	13,7	1 127,0	1 113,7	12,5	0,8	34,7	5,4	665,9	14,7	393,0	32,0	135,9	67,2	7,2	0,1	49,6	14,5	71,3	0,3	3,5

Sonstige Geldinstitute ³⁾

Jan.	184,0	3,9	1,8	178,3	138,1	27,5	12,7	22,1	3,8	89,4	17,9	4,9	69,1	22,8	49,5	3,1	0,2	31,2	7,0	272,1	27,0	1,0
Febr.	188,0	3,9	1,3	182,8	140,4	26,9	15,5	20,1	4,5	89,3	21,1	5,4	68,0	20,3	41,2	4,8	0,2	34,2	5,9	259,2	32,2	1,0
März	187,5	4,1	1,2	182,2	137,5	28,7	16,0	20,7	3,7	84,7	22,7	5,7	67,1	25,0	50,8	2,5	0,4	37,3	10,4	266,8	21,5	1,0
April	213,9	4,2	1,1	208,6	161,8	25,5	21,3	36,6	3,2	92,3	23,6	6,1	4,9	27,1	35,3	2,7	0,6	37,4	11,3	286,1	24,5	1,0
Mai	193,5	4,3	0,7	188,5	141,2	30,8	16,5	16,5	3,4	89,5	25,2	6,6	4,3	41,0	47,9	2,9	0,6	36,0	12,5	260,3	24,9	1,0

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

²⁾ Die Zunahme gegenüber April ist auf die berichtigte Schätzung einzelner Institute zurückzuführen.

³⁾ Spezial-, Haus- und Branchebanken.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
 Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten
 in Mill. DM

Stand am	Barreserve	Nostro-guthaben ¹⁾	Ausgleichsforde-rungen gegen die öffent-liche Hand ²⁾ *)	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft*)															
				Ins-gesamt	davon				Öffent-liche Hand	davon				Geld-in-stitute	davon				
					Wirt-schafts-unter-nehmen und Private	Konto-korrent- und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite		mittel- und lang-fristige Kredite	Kassen-kredite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließlich Indossaments-verbindlichk.)	sonstige kurz-fristige Kredite		mittel- und lang-fristige Kredite	Konto-korrent- und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
1948																			
7. 9.	793,0	480,7	.	1 394,8	943,1	405,1	528,8	9,2	.	66,0	55,8	10,2	—	.	385,7	80,2	295,5	10,0	.
30. 9.	544,9	502,2	.	1 925,3	1 232,2	505,8	712,7	13,7	.	50,8	44,2	5,4	1,2	.	642,3	138,9	493,8	9,6	.
31. 10.	452,4	468,4	.	2 217,2	1 376,6	723,4	639,8	13,4	.	52,9	44,9	6,8	1,2	.	787,7	166,2	614,0	7,5	.
30. 11.	700,4	621,5	966,6	2 439,5	1 632,2	908,7	668,6	22,7	32,2 ³⁾	46,5	34,2	8,6	0,0	3,7 ³⁾	760,8	204,2	540,8	12,7	3,1 ³⁾
31. 12.	717,1	510,8	1 100,7	2 693,0	1 869,7	966,7	804,7	16,1	82,2 ³⁾	45,8	29,7	0,8	0,1	15,2 ³⁾	777,5	230,8	530,5	12,9	3,3 ³⁾
1949																			
31. 1.	670,8	619,0	1 130,1	2 778,9	1 951,5	1 048,2	765,9	29,3	108,1 ³⁾	84,8	30,4	5,7	2,7	46,0 ³⁾	742,6	248,5	470,1	11,3	12,7 ³⁾
7. 2.	685,0	715,9	1 128,5	2 808,0	1 956,3	1 063,7	758,1	30,7	103,8 ³⁾	84,8	34,4	6,6	0,8	43,0 ³⁾	766,9	251,4	489,1	12,7	13,7 ³⁾
15. 2.	718,8	725,5	1 132,1	2 867,0	2 003,8	1 120,1	741,5	33,7	108,5 ³⁾	84,7	34,4	6,3	0,6	43,4 ³⁾	778,5	259,6	490,7	12,7	15,5 ³⁾
23. 2.	752,7	733,1	1 133,4	2 935,7	2 050,2	1 162,5	740,2	34,3	113,2 ³⁾	79,5	28,0	6,1	0,4	45,0 ³⁾	806,0	260,0	516,6	13,2	16,2 ³⁾
28. 2.	567,1	723,7	1 141,7	2 951,5	2 077,4	1 183,3	742,6	36,7	114,8 ³⁾	82,6	30,6	6,4	0,4	45,2 ³⁾	791,5	238,7	519,4	14,0	19,4 ³⁾
7. 3.	684,6	666,9	1 150,7	2 998,7	2 106,1	1 202,5	746,8	38,8	118,0 ³⁾	86,0	34,3	5,7	0,5	45,5 ³⁾	806,6	235,8	537,9	13,3	19,6 ³⁾
15. 3.	775,9	710,1	1 147,2	3 021,5	2 128,1	1 240,0	722,0	40,6	125,5 ³⁾	83,5	31,5	5,6	0,9	45,5 ³⁾	809,9	251,0	525,5	13,3	20,1 ³⁾
23. 3.	777,9	771,0	1 154,9	3 018,8	2 107,8	1 265,0	673,0	43,1	126,7 ³⁾	87,8	32,8	9,4	0,4	45,2 ³⁾	823,2	253,7	528,1	18,4	23,0 ³⁾
31. 3.	638,4	705,3	1 156,0	3 101,4	2 172,3	1 270,6	723,4	45,8	132,5 ³⁾	93,7	38,5	9,3	0,4	45,5 ³⁾	835,4	238,9	555,8	18,0	22,7 ³⁾
7. 4.	732,6	698,1	1 156,4	3 121,2	2 188,6	1 275,3	730,5	48,6	134,2 ³⁾	94,1	37,1	11,1	0,5	45,4 ³⁾	838,5	240,7	557,0	18,0	22,8 ³⁾
15. 4.	603,2	765,8	1 176,2	3 185,8	2 232,2	1 314,8	727,7	52,5	137,2 ³⁾	92,6	35,4	11,2	0,7	45,3 ³⁾	861,0	267,2	552,8	18,1	22,9 ³⁾
23. 4.	701,0	838,1	1 177,2	3 252,4	2 284,6	1 350,1	744,1	52,1	138,3 ³⁾	88,8	32,8	10,8	0,7	44,5 ³⁾	879,0	287,9	549,0	18,5	23,6 ³⁾
30. 4.	707,6	739,0	1 187,2	3 313,1	2 311,3	1 363,9	743,4	53,1	150,9 ³⁾	95,4	36,9	11,1	0,7	46,7 ³⁾	906,4	275,1	589,1	19,2	23,0 ³⁾
7. 5. ^{*)}	758,5	825,1	1 179,8	3 280,6	2 296,4	1 348,5	741,0	53,2	153,7 ³⁾	107,1	49,8	11,1	0,7	45,5 ³⁾	877,1	252,7	573,1	18,4	32,9 ³⁾
15. 5.	749,3	841,0	1 209,2	3 375,5	2 337,1	1 366,3	760,1	53,4	157,3 ³⁾	107,5	48,3	13,0	0,7	45,5 ³⁾	930,9	264,9	615,7	17,5	32,8 ³⁾
23. 5. ^{*)}	829,5	907,7	1 210,0	3 455,0	2 373,0	1 399,7	754,2	53,3	165,8 ³⁾	102,5	42,7	13,0	0,7	46,1 ³⁾	979,5	268,7	660,2	18,0	32,6 ³⁾
31. 5.	642,3	864,8	1 212,9	3 466,4	2 392,0	1 386,8	786,2	53,5	165,5 ³⁾	111,9	50,1	13,2	0,7	47,9 ³⁾	962,5	243,7	667,2	16,7	34,9 ³⁾
7. 6.	628,1	870,2	1 203,4	3 449,9	2 385,3	1 389,8	773,8	53,9	167,8 ³⁾	112,1	50,6	12,6	0,7	48,2 ³⁾	952,5	248,9	652,9	16,0	34,7 ³⁾
15. 6.	646,2	876,0	1 203,9	3 571,4	2 444,5	1 447,3	773,5	53,2	170,5 ³⁾	116,7	52,8	13,4	0,7	49,8 ³⁾	1 010,2	263,4	695,7	16,3	34,8 ³⁾
23. 6.	773,5	921,8	1 199,8	3 562,5	2 430,0	1 456,6	757,5	51,6	164,3 ³⁾	115,3	51,3	13,1	0,7	50,2 ³⁾	1 017,2	283,8	678,9	19,8	34,7 ³⁾

Stand am	insgesamt	Einlagen											Noch umzu- stellende Einlagen (geschätzter Betrag in DM)	Nostro- ver- pflich- tungen	Wechselbestand			Eigene Ak- zepte im Um- lauf	Eigene Zie- hungen im Um- lauf	Eventual- verbind- lich- keiten aus weiter- begebenen Wechseln	darunter weiter- begebene fremde Bank- ak- zepte	Eventual- verbind- lich- keiten aus ver- kauften Aus- gleichsfor- derungen
		davon													insgesamt	darunter						
		Einlagen auf Anlage- konto	Einlagen auf Fest- konto	Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		Sonstige Gläubiger		Spar- ein- lagen				eigene Ak- zepte	fremde Bank- ak- zepte					
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin											
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	
1948																						
7. 9.	3 340,6	—	686,4	2 654,2	1 878,8	681,1	94,3	473,9	74,1	1 181,9	54,5	94,4	.	75,5	866,4	247,1	.	2,4
30. 9.	3 675,3	—	767,4	2 907,9	2 195,7	615,8	96,4	485,2	182,0	1 319,6	81,5	127,4	.	75,1	1 068,9	.	.	195,0	.	314,7	.	1,0
31. 10.	3 507,2	—	424,6	3 082,6	2 501,1	516,4	65,1	545,3	279,7	1 412,0	110,2	153,9	265,4	102,6	960,5	.	.	158,8 ⁴⁾	.	527,2	.	4,0
30. 11.	3 793,9	45,7	164,3	3 583,9	2 885,5	602,9	95,5	672,1	385,5	1 511,4	131,8	184,7	211,8	171,9	852,9	213,5	110,5	204,7	23,6	582,6	78,5	5,0
31. 12.	3 847,8	75,6	84,2	3 688,0	3 059,7	531,9	96,4	582,9	482,5	1 601,0	154,4	238,9	147,4	236,7	945,2	238,4	95,6	251,3	27,4	599,0	88,2	5,5
1949																						
31. 1.	4 081,9	86,2	53,9	3 941,8	3 285,9	536,8	119,1	609,7	649,7	1 591,2	165,2	270,1	116,8	286,7	971,7	255,3	62,4	229,8	5,9	508,2	65,8	6,6
7. 2.	4 172,7	87,2	51,4	4 034,1	3 370,3	553,9	109,9	606,4	677,0	1 630,5	179,7	276,7	112,5	302,8	965,7	253,2	59,6	246,7	5,7	523,7	80,5	6,6
15. 2.	4 277,4	88,8	47,7	4 140,9	3 474,5	563,2	103,2	644,3	713,8	1 633,7	199,7	283,0	100,9	313,7	964,3	245,5	66,9	264,7	5,1	512,6	73,7	7,8
23. 2.	4 329,6	90,1	44,6	4 194,9	3 541,2	545,9	107,8	624,4	743,9	1 668,9	215,3	288,7	94,9	303,8	968,1	252,2	65,9	276,5	6,2	523,1	88,8	7,8
28. 2.	4 264,4	91,2	41,6	4 131,6	3 463,1	557,3	111,2	560,6	734,1	1 657,7	216,4	294,3	91,7	328,7	1 046,2	271,3	74,1	266,2	6,1	496,3	92,0	7,8
7. 3.	4 246,8	91,9	40,3	4 114,6	3 487,3	515,6	111,7	540,5	750,2	1 681,0	218,8	296,8	88,4	286,9	968,0	252,7	72,0	289,4	6,4	547,9	86,7	9,8
15. 3.	4 399,3	92,9	37,5	4 268,9	3 619,5	534,3	115,1	648,3	761,9	1 672,4	234,0	302,9	85,0	297,8	992,1	265,9	72,4	297,0	7,1	503,3	83,1	9,9
23. 3.	4 592,0	94,0	34,5	4 463,5	3 732,7	595,9	134,9	717,1	770,3	1 693,6	243,3	308,4	80,0	295,0	1 009,9	275,7	79,2	296,8	8,1	477,4	82,1	9,9
31. 3.	4 424,7	97,1	25,9	4 301,7	3 559,7	596,3	145,7	549,4	739,4	1 683,7	269,1	318,1	74,4	275,9	1 084,7	292,1	81,0	290,6	8,0	490,4	78,6	9,9
7. 4.	4 479,2	97,8	24,1	4 357,3	3 660,4	561,0	135,9	566,4	739,0	1 761,9	270,6	322,5	74,1	279,2	1 039,8	286,4	78,1	298,0	8,4	519,5	76,9	9,9
15. 4.	4 496,8	98,4	21,8	4 376,6	3 635,6	596,1	144,9	611,1	739,7	1 679,3	278,8	326,7	72,0	269,8	1 041,4	285,0	75,9	294,8	8,7	495,9	74,7	9,9
23. 4.	4 716,3	98,8	18,9	4 598,6	3 839,1	619,7	139,8	717,5	780,3	1 728,1	283,4	329,8	69,3	341,2	1 096,6	280,4	79,0	308,7	8,7	478,1	70,9	10,9
30. 4.	4 692,4	99,5	17,2	4 575,7	3 833,3	565,7	176,7	682,6	808,2	1 713,1	293,4	336,0	63,8	304,5	1 119,3	290,1	77,4	293,2	8,7	498,9	71,6	10,9
7. 5.	4 819,7	100,0	15,6	4 704,1	3 900,2	609,9	194,0	689,8	818,9	1 732,6	311,4	347,5	62,0	307,9	1 116,6	284,7	80,8	299,5	8,7	508,1	71,0	10,9
15. 5.	4 917,7	100,3	14,4	4 803,0	3 967,1	638,7	197,2	676,3	846,2	1 757,9	335,6	351,1	60,8	311,3	1 204,4	307,5	90,8	284,9	8,6	489,5	71,0	10,9
23. 5.	5 196,2	100,7	12,7	5 082,8	4 135,6	740,4	206,8	783,2	861,8	1 771,3	363,4	355,9	58,2	318,9	1 293,9	317,7	102,4	263,1	8,2	470,8	65,2	11,4
31. 5.	4 950,7	101,4	10,7	4 838,6	3 919,3	727,6	191,7	613,3	832,9	1 748,2	364,0	360,9	49,9	326,5	1 313,6	319,7	103,1	271,3	10,9	458,1	67,6	11,4
7. 6.	4 998,0	101,4	10,6	4 886,0	3 985,8	707,4	192,8	606,6	853,5	1 791,5	369,9	364,3	49,6	307,7	1 276,6	311,9	97,2	269,7	10,4	454,0	66,4	11,4
15. 6.	5 080,1	100,8	9,6	4 969,7	4 106,4	668,6	194,7	653,3	907,2	1 782,2	394,2	369,5	48,6	326,3	1 348,2	312,5	119,7	275,1	10,4	421,7	63,0	11,4
23. 6.	5 267,7	99,8	9,0	5 158,9	4 205,8	759,8	193,3	726,3	898,8	1 798,7	408,8	373,2	48,1	338,2	1 371,7	307,6	125,6	285,7	13,6	381,8	58,3	11,4

1) Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

2) Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

3) Noch unvollständige Angaben.

4) Ohne Meldung von Niedersachsen.

5) Nachträglich berichtet.

Wechselgeschäft in Mill. DM

Berichts- zeitraum	Wechsel- bestand zu Beginn des Berichts- zeitraumes	Während des Berichtszeitraumes angekaufte Wechsel				Verminderung des Wechsel- bestandes während des Berichtszeitraumes			Wechselbestand am Ende des Berichtszeitraumes		
		davon				davon			darunter		
		insgesamt	Handels- wechsel	Bank- akzpte	Sonstige Wechsel	insgesamt	durch Rediskont	durch Fälligg. od. Rückgabe vor Verfall	insgesamt	eigene Akzpte	fremde Bank- akzpte

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)

1949												
Januar	1631,6	1362,8	896,6	410,4	55,8	1309,6	695,1	614,5	1684,8	427,1	63,0	54,9
Februar	1684,8	1738,8	1121,6	551,9	65,3	1622,0	986,0	636,0	1801,6	431,8	75,2	51,6
März	1801,6	1913,9	1315,2	535,8	62,9	1836,3	1080,1	756,2	1879,2	464,2	86,2	51,0
April	1879,3	1696,1	1172,2	470,5	53,4	1627,7	914,3	713,4	1947,7	472,2	75,8	51,0
Mai	1948,3	1966,1	1371,4	533,5	61,2	1727,1	909,8	817,3	2187,3	501,2	112,5	50,9

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten)

1949												
1. 5. — 7. 5.	1119,3	172,9	101,3	66,2	5,4	175,6	90,8	84,8	1116,6	284,7	80,8	18,3
8. 5. — 15. 5.	1116,6	259,6	170,6	84,7	4,3	171,8	56,4	115,4	1204,4	307,5	90,8	19,0
16. 5. — 23. 5.	1204,4	290,8	187,8	96,3	6,7	201,3	89,3	112,0	1293,9	317,7	102,4	19,6
24. 5. — 31. 5.	1296,7	263,4	178,6	75,5	9,3	246,5	101,1	145,4	1313,6	319,7	103,1	20,0
1. 6. — 7. 6.	1313,6	133,6	74,0	56,1	3,5	170,6	71,8	98,8	1276,6	311,9	97,2	20,2
8. 6. — 15. 6.	1276,6	332,6	214,0	114,2	4,4	261,0	102,6	158,4	1348,2	312,5	119,7	20,7
16. 6. — 23. 6.	1348,2	227,0	139,8	79,1	8,1	203,5	84,2	119,3	1371,7	307,6	125,6	20,6

Anmerkung: Die Abweichungen zwischen dem Wechselbestand am Ende des einen und dem Beginn des folgenden Berichtsmonats sind auf nachträgliche Korrektureingänge zurückzuführen.

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

Bargeldverkehr mit der Nichtbankenkundschaft in Mill. DM

Berichts- zeitraum	Bargeldverkehr insgesamt			Giro- und Kontokorrentverkehr						Sparverkehr		
	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo	Wirtschaftsunternehmen und Private			öffentliche Hand			Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo
				Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo			

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)

1949												
Januar	2 594,7	2 451,9	+ 142,8	2 210,8	2 068,8	+ 142,0	309,3	284,6	+ 24,7	74,6	98,5	- 23,9
Februar	2 610,6	2 581,1	+ 29,5	2 257,9	2 180,0	+ 77,9	275,2	300,2	- 25,0	77,5	100,9	- 23,4
März	2 897,1	2 777,2	+ 119,9	2 517,2	2 338,9	+ 178,3	290,8	326,1	- 35,3	89,1	112,2	- 23,1
April	2 887,0	2 859,7	+ 27,3	2 503,1	2 394,5	+ 108,6	290,0	355,1	- 65,1	93,9	110,1	- 16,2
Mai	2 988,2	2 891,8	+ 96,4	2 576,1	2 435,8	+ 140,3	302,8	341,0	- 38,2	109,3	115,0	- 5,7

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten)

1949												
1. 5.- 7. 5.	179,3	152,1	+ 27,2	156,5	134,3	+ 22,2	17,2	13,7	+ 3,5	5,6	4,1	+ 1,5
8. 5.- 15. 5.	177,8	159,0	+ 18,8	151,0	133,6	+ 17,4	22,6	21,1	+ 1,5	4,2	4,3	- 0,1
16. 5.- 23. 5.	193,7	150,3	+ 43,4	168,6	134,1	+ 34,5	20,4	11,3	+ 9,1	4,7	4,9	- 0,2
24. 5.- 31. 5.	160,7	262,0	- 101,3	143,0	219,6	- 76,6	13,7	37,8	- 24,1	4,0	4,6	- 0,6
1. 6.- 7. 6.	157,4	150,9	+ 6,5	142,2	130,9	+ 11,3	11,0	16,5	- 5,5	4,2	3,5	+ 0,7
8. 6.- 15. 6.	225,2	181,4	+ 43,8	191,1	156,2	+ 34,9	28,7	20,5	+ 8,2	5,4	4,7	+ 0,7
16. 6.- 23. 6.	186,2	151,2	+ 35,0	159,6	137,9	+ 21,7	22,1	9,1	+ 13,0	4,5	4,2	+ 0,3

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, sowie ohne die Postscheckämter Hannover und Freiburg i. Br. und das Postsparkassenamt München. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgliedert nach Bankengruppen
(Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken)

Bankengruppen	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM					Überschußreserven (Reservefehlbeträge —) in Mill. DM					Überschußreserven in v. H.									
											der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)					der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen				
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Jan.	Febr.	März	April	Mai
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	280,9	283,0	287,4	299,3	308,8	73,1	27,5	35,6	21,6	41,3	26,0	9,7	12,4	7,2	13,4	17,9	10,4	13,1	9,7	14,2
2. Regionalbanken	166,2	166,3	166,8	165,1	169,1	108,7	65,1	50,9	19,7	39,8	65,4	39,1	30,5	11,9	23,5	26,7	24,7	18,7	8,8	13,6
3. Privatbanken	34,8	34,3	34,5	35,8	35,4	3,3	0,9	1,8	0,9	2,1	9,5	2,6	5,2	2,5	5,9	0,8	0,3	0,7	0,4	0,7
4. Girozentralen	91,9	100,0	102,7	106,3	121,2	149,2	108,0	137,6	134,4	168,4	162,4	108,0	134,0	126,4	138,9	36,6	41,0	50,5	60,3	57,7
5. Sparkassen	330,2	337,0	349,6	354,2	361,5	32,2	38,0	26,4	22,4	22,6	9,8	11,3	7,6	6,3	6,3	7,9	14,4	9,7	10,0	7,7
6. Hypothekenbanken	1,1	1,1	1,1	1,6	1,4	2,0	0,7	0,7	0,8	0,5	166,7	63,6	63,6	50,0	35,7	0,5	0,3	0,2	0,4	0,2
7. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	75,2	75,4	75,6	75,0	75,2	5,6	3,6	2,8	1,8	1,8	7,4	4,8	3,7	2,4	2,4	1,4	1,4	1,0	0,8	0,6
8. Gewerbl. Zentralkassen	1,4	1,6	1,9	1,6	1,7	1,3	0,6	1,1	0,6	0,9	92,9	37,5	57,9	37,5	52,9	0,3	0,2	0,4	0,3	0,3
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	66,8	66,4	67,5	69,4	70,0	0,3	— 1,0	— 1,3	— 0,6	— 0,7	0,4	— 1,5	— 1,9	— 0,9	— 1,0	0,1	— 0,4	— 0,5	— 0,3	— 0,2
10. Sonstige Geldinstitute	125,8	113,9	113,1	115,5	114,8	31,8	20,2	16,8	21,2	15,1	25,3	17,7	14,9	18,3	13,2	7,8	7,7	6,2	9,6	5,2
Bankengruppen insgesamt	1174,3 ¹⁾	1179,0 ¹⁾	1200,2	1223,8	1259,1	407,5 ¹⁾	263,6 ¹⁾	272,4	222,8	291,8	34,7	22,4	22,7	18,2	23,2	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Abweichungen der Gesamt-Mindest- und Überschußreserven in der Tabelle gegenüber den entsprechenden, unter dem Strich ausgewiesenen Positionen im Konsolidierten Ausweis beruhen auf der Miteinbeziehung der Mindest- und Überschußreserven der Deutschen Verkehrskreditbank in die obige Berechnung sowie auf der Berücksichtigung von nach der Erstellung des Konsolidierten Ausweises eingegangenen Nachmeldungen. Ab März 1949 werden die Meldungen der Deutschen Verkehrskreditbank auch bei der Erstellung des Konsolidierten Ausweises erfaßt.

Mindestreservesätze
(in v. H. der reservspflichtigen Einlagen¹⁾)

Gültig ab	Sichteinlagen		Termineinlagen (einschließlich Spareinlagen)
	an Bankplätzen ²⁾	an Nichtbankplätzen	
1. Juli 1948	10	10	5
1. Dez. 1948	15	10	5
1. Juni 1949	12	9	5

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto sowie der geschätzte DM-

Betrag der noch nicht umgestellten RM-Konten. Abgesetzt werden die Einlagen solcher deutscher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken verpflichtet sind. Als Termineinlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat, alle Spareinlagen und die Einlagen auf Anlagekonto. Sichteinlagen sind alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Das Geldvolumen im Währungsgebiet

Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens

in Mill. DM

Stand Ende	Geldvolumen insgesamt	Gespartes Geldvolumen (Anlage- und Festkonten)	Frei verfügbares Geldvolumen					
			insgesamt	Struktur		Entstehung ²⁾		
				Notenumlauf	Bank-einlagen ¹⁾	Erstauss-tattung	Währungs-umstellung	Kredit-schöpfung
1948								
Juli	11 495	1 533	9 962	3 831	6 131	5 541	3 066	1 355
August	14 206	2 363	11 843	4 178	7 665	5 719	3 756	2 368
September	16 903	2 849	14 054	5 358	8 696	6 743	4 161	3 150
Oktober	17 028	1 747	15 281	5 885	9 396	6 702	4 625	3 954
November	17 348	933	16 415	6 017	10 398	6 691	5 086	4 638
Dezember	17 859	751	17 108	6 319	10 789	6 689	5 413	5 006
1949								
Januar	18 034	667	17 367	6 167	11 200	6 689	5 490	5 188
Februar	18 589	606	17 983	6 216	11 767	6 691	5 757	5 535
März	18 948	545	18 403	6 188	12 215	6 690	5 728	5 985
April	19 676	515	19 161	6 334	12 827	6 693	5 909	6 559
Mai	20 059	485	19 574	6 361	13 213	6 692	5 898	6 984

¹⁾ Ohne Einlagen bei Geldinstituten.

²⁾ Die Spalte Währungsumstellung kann mangels bankstatistischer Unterlagen bisher nur als Differenz zwischen Geldvolumen und der Summe von Erstaussattung und Kreditschöpfung errechnet werden. Die ausgewiesenen Zahlen sind noch nicht endgültig, da die Umstellung von Forderungen aus RM-Krediten und die bisweilen erfolgte Bevorschussung noch umzustellender RM-Einlagen die exakte Ermittlung der tatsächlichen Kreditschöpfung beeinträchtigt.

Bankeinlagen¹⁾

in Mill. DM

Anlage 1 zur Tabelle „Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens“

Stand Ende	bei den Geschäftsbanken						im Zentralbank-system (BdL und LZB)	Insgesamt
	nach der monatlichen Bankenstatistik					Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ²⁾		
	Insgesamt	hiervon						
		Sicht-einlagen	Befristete Einlagen		Insgesamt			
		Spar-einlagen	Termin-einlagen					
1948								
Juli	4 001	3 604	313	84	59	4 060	2 071	6 131
August	5 509	4 631	686	192	82	5 591	2 074	7 665
September	6 662	5 339	958	365	99	6 761	1 935	8 696
Oktober	7 476	5 794	1 152	530	111	7 587	1 809	9 396
November	8 453	6 408	1 354	691	125	8 578	1 820	10 398
Dezember	9 094	6 650	1 599	845	135	9 229	1 560	10 789
1949								
Januar	9 417	6 599	1 767	1 051	139	9 556	1 644	11 200
Februar	9 905	6 731	1 936	1 238	147	10 052	1 715	11 767
März	10 339	6 875	2 108	1 356	153	10 492	1 723	12 215
April	10 780	7 075	2 227	1 478	160	10 940	1 887	12 827
Mai	11 246	7 240	2 373	1 633	166	11 412	1 801	13 213

¹⁾ Auf Freikonto; ohne die Einlagen von Geldinstituten.

²⁾ Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug.

Erstaussstattungen 1)
in Mill. DM

Anlage 2 zur Tabelle „Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens“

Stand Ende	Juli 1948	August 1948	September 1948	Oktober 1948	Nov. 1948	Dezember 1948	Januar 1949	Februar 1949	März 1949	April 1949	Mai 1949
Militärregierungen	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772
Länder u. Gemeinden	2 266	2 291	2 366	2 354	2 351	2 348	2 348	2 350	2 350	2 350	2 350
Bahn und Post	312	315	315	315	315	315	315	315	315	315	315
Geschäftsbeträge	269	489	480	468	473	472	472	472	472	474	474
1. und 2. Rate des Kopfgeldes	1 922	1 852	2 810	2 793	2 780	2 782	2 782	2 782	2 781	2 782	2 781
Insgesamt	5 541	5 719	6 743	6 702	6 691	6 689	6 689	6 691	6 690	6 693	6 692

1) Die Beträge sind errechnet nach der Aufgliederung der Positionen „Vorläufige Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand“ und „Interimsforderungen gegen die Landeszentralbanken“ im jeweiligen Status der BdL. Die Beträge unterliegen noch gewissen geringfügigen Veränderungen.

Kreditschöpfung
in Mill. DM

Anlage 3 zur Tabelle „Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens“

Stand Ende	durch Geschäftsbanken ¹⁾			durch Zentralbanksystem (BdL und LZB) ²⁾			Insgesamt
	Nach der monatlichen Banken- statistik	Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾	Insgesamt	Schatzwechsel, Kassen- vorschüsse und Direkt- Kredite ⁴⁾ an die Wirtschaft	Saldo der vier Konten zur Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Insgesamt	
1948							
Juli	1 339	12	1 351	4	—	4	1 355
August	2 378	22	2 400	40	— 72	— 32	2 368
September	3 196	30	3 226	44	— 120	— 76	3 150
Oktober	3 819	33	3 852	42	+ 60	102	3 954
November	4 333	35	4 368	113	+ 157	270	4 638
Dezember	4 684	40	4 724	114	+ 168	282	5 006
1949							
Januar	4 901 ⁵⁾	45	4 946	87	+ 155	242	5 188
Februar	5 265	48	5 313	69	+ 153	222	5 535
März	5 551	51	5 602	172	+ 211	383	5 985
April	5 887	54	5 941	342	+ 276	618	6 559
Mai	6 124	56	6 180	311	+ 493	804	6 984

1) Kredite an die Nichtbankenkundschaft; Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite.

2) Kreditgewährung an die Nichtbankenkundschaft.

3) Vgl. Anmerkung 2) in Tabelle „Bankeinlagen“.

4) Diese Kredite dürfen nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone gewährt werden.

5) Ab Januar einschließlich Schatzwechsel.

IV. Sonstige Geld-
Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden
in Prozenten

	Bayern		Hessen		Württemberg-Baden ²⁾		Bremen		Nordrhein-Westfalen ³⁾	
	Sollzinsen									
Zinssätze der Landeszentralbanken										
Diskontsatz	4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2	
Lombardsatz	5 1/2		5 1/2		5 1/2		5 1/2		5 1/2	
	Kreditkosten im einzelnen insgesamt		Kreditkosten im einzelnen insgesamt		Kreditkosten im einzelnen insgesamt		Kreditkosten im einzelnen insgesamt		Kreditkosten im einzelnen insgesamt	
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite										
Zinsen	7		6 1/2		5 1/2		6 1/2		6	
Kreditprovision	1/8 0/0 P. M.	9	1/4 0/0 P. M.	9 1/2	1/5 0/0 P. M.	7 7/10	1/4 0/0 P. M.	9 1/2	1/4 0/0 P. M.	9
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	7		6 1/2		5 1/2		6 1/2		6	
Überziehungsprovision	1/8 0/0 P. T.	11 1/2	1/8 0/0 P. T.	11	1/8 0/0 P. T.	10	1/8 0/0 P. T.	11	1/8 0/0 P. T.	10 1/2
2. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20.000 und höher										
Zinsen	6	7 1/5 ⁴⁾	5 1/4	7	5 - 5 1/2	6 - 6 1/2	5 1/2 - 6	7 - 7 1/2	6	6 1/2
Diskontprovision	1 0/0 P. M.		1/8 0/0 P. M.		1/12 0/0 P. M.		1/8 0/0 P. M.		1/24 0/0 P. M.	
b) Abschnitte von DM 5.000 bis 20.000										
Zinsen	6	7 1/5 ⁷⁾	5 1/2	7 1/2	5 - 5 1/2	6 - 6 1/2	5 1/2 - 6	7 - 7 1/2	6	7
Diskontprovision	1 0/0 P. M.		1/8 0/0 P. M.		1/12 0/0 P. M.		1/8 0/0 P. M.		1/12 0/0 P. M.	
c) Abschnitte von DM 1.000 bis 5.000										
Zinsen	6	7 1/2	6 1/2	8	5 - 5 1/2	6 1/2 - 7	5 1/2 - 6	7 1/2 - 8	6	7 1/2
Diskontprovision	1/8 0/0 P. M.		1/8 0/0 P. M.		1/8 0/0 P. M.		1/8 0/0 P. M.		1/8 0/0 P. M.	
d) Abschnitte unter DM 1.000										
Zinsen	6	8	6 1/2	8 1/2	5 - 5 1/2	7 - 7 1/2	5 1/2 - 6	8 1/2 - 9	6	8
Diskontprovision	1/8 0/0 P. M.		1/8 0/0 P. M.		1/8 0/0 P. M.		1/4 0/0 P. M.		1/8 0/0 P. M.	
3. Akzeptkredite										
Zinsen	5 1/2		5 1/2 - 6 1/2		5		5 1/2 - 6 1/2		5 - 6	
Akzeptprovision	1/8 0/0 P. M.	7 1/2	1/4 0/0 P. M.	8 1/2 - 9 1/2	1/8 0/0 P. M.	7	1/4 0/0 P. M.	8 1/2 - 9 1/2	1/4 0/0 P. M.	8 - 9
4. Akzept- und Trattenkredite für Export- und Importfinanzierung										
a) für allg. Warengeschäfte										
Zinsen	5 1/2		5 1/2 - 6 1/2		4 1/2		5 1/2		5 - 6	
Kreditprovision	1/8 0/0 P. M.	7 1/2	1/8 0/0 P. M.	7 9/10 - 8 9/10	1/8 0/0 P. M.	6 1/2	1/8 0/0 P. M.	7 1/2	1/8 0/0 P. M.	7 2/5 - 8 2/5
b) zur Finanzierung bevorzugter Warengruppen										
Zinsen	keine Vereinbarung		5 1/2		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen	
Kreditprovision			1/8 0/0 P. M.		7 1/2					
c) zur Finanzierung v. Importen v. Getreide, Getreideerzeugn., Futtermittel usw.										
Zinsen	L. Z. B. Diskontsatz + 1 0/0		5		4 1/2		5 1/2		5 - 6	
Kreditprovision	1/8 0/0 P. M.	7	1/8 0/0 P. M.	6 1/2	1/8 0/0 P. M.	6	1/8 0/0 P. M.	7 ¹¹⁾	1/8 0/0 P. M.	7 - 8
5. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	5 1/2		6 1/2		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision	1/8 0/0 P. M.	7 1/2	1/4 0/0 P. M.	9 1/2						
Umsatzprovision	1/8 0/0 pr. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/8 0/0 mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe		1/2 0/0 d. größeren Seite abzüglich Saldo vortrag, mindest. 1/2 0/0 pro Semest. a. Kreditbetrag		1/8 0/0 minimum p. Semest. v. Vierfachen d. i. Anspr. genomm. Höchstvorsch. höchst. 1 0/0 des Umsatzes der größeren Seite	
Minstdiskontspesen	DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1/2 0/0 min. DM - 50		1/2 0/0 min. DM - 50		1/2 0/0		1/2 0/0		1/2 0/0 min. DM - 50	

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. ²⁾ Abweichungen meldepflichtig. ³⁾ Richtsätze. ⁴⁾ Sätze nur für Lübeck gültig. ⁵⁾ Normalsätze, Über- und Unterschreitung in begründeten Fällen zulässig. Gültig bis 30. 9. 49. Ausnahmebedingungen für Handelswechsel, die der Finanzierung folgender Güter dienen: Futtermittel, Getreide, Getreideerzeugnisse, Reis, Hopfen, Hülsenfrüchte, Kartoffelmehl, landwirtschaftliche Sämereien, Tabak, Zucker, Baumwolle, Wolle, Jute, tierische und pflanzliche Öle und Fette, Rohhäute: 6 0/0 netto.

und Kreditstatistik

Zinskonditionen - Stand am 31. Mai 1949¹⁾

jährlich

Niedersachsen		Schleswig-Holstein ⁴⁾		Hamburg ⁵⁾		Rheinland-Pfalz ⁵⁾		Baden		Württemberg-Hohenzollern	
Sollzinsen											
4 1/2 5 1/2 Kreditkosten im einzelnen		4 1/2 5 1/2 Kreditkosten im einzelnen		4 1/2 5 1/2 Kreditkosten im einzelnen		4 1/2 5 1/2 Kreditkosten im einzelnen		4 1/2 5 1/2 Kreditkosten im einzelnen		4 1/2 5 1/2 Kreditkosten im einzelnen	
insgesamt		insgesamt		insgesamt		insgesamt		insgesamt		insgesamt	
6 1/4% p. M.	9	6 1/2 1/4% p. M.	9 1/2	6 1/4% p. M.	9 ⁸⁾	6 1/4% p. M.	9	6 1/4% p. M. ¹³⁾	9	6 1/4% p. M.	9
6 1/8% p. T.	10 1/2	6 1/2 1/8% p. T.	11	6 1/8% p. T.	10 1/2	6 1/8% p. T.	10 1/2	6 1/8% p. T.	10 1/2	6 1/8% p. T.	10 1/2
6 1/8% p. M.	7 1/2	6 1/2 1/8% p. M.	8	5-6 1/8% p. M.	6 1/2-7 1/2	6 1/24% p. M.	6 1/2	5 1/8% p. M.	6 1/2	5 1/8% p. M.	6 1/2
6 1/8% p. M.	7 1/2	6 1/2 1/8% p. M.	8	5-6 1/8% p. M.	6 1/2-7 1/2	6 1/24-1/12% p. M.	6 1/2-7	5 1/8% p. M.	6 1/2	6 1/12% p. M.	7
6 1/6% p. M.	8	6 1/2 1/6% p. M.	8 1/2	5-6 1/6% p. M.	7-8	6 1/8% p. M.	7 1/2	5 1/6% p. M.	7	6 1/8% p. M.	7 1/2
6 1/6% p. M.	8 2/5	6 1/2 1/4% p. M.	9 1/2	5-6 1/4% p. M.	8-9	6 1/6% p. M.	8	5 1/4% p. M.	8	6 1/6% p. M.	8
5-6 1/4% p. M.	8-9	5 1/2 1/4% p. M.	8 1/2	5 1/4% p. M.	8	5 1/2-6 1/6% p. M.	7 1/2-8	5-6 1/8-1/4% p. M.	6 1/2-9	5 1/2 1/6% p. M.	7 1/2
5 1/6% p. M.	7 ⁹⁾	5 1/2 1/6% p. M.	7 1/2	5 1/6% p. M.	7	5 1/6% p. M.	7 2/5	5-6 1/5-1/4% p. M.	7 2/5-9	5 1/6% p. M.	7
5 1/5% p. M.	7 2/5 ¹⁰⁾	keine Vereinbarung		5 1/8% p. M.	6 1/2 ¹¹⁾	keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen	
keine Vereinbarung		5 1/2 1/8% p. M.	7	5 1/8% p. M.	6 1/2	5 1/6% p. M.	7	5 1/6% p. M.	7	5 1/8% p. M.	6 1/2
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		6 1/4% p. M.	9	6 ¹³⁾ 1/4% p. M.	9	nicht einheitlich geregelt	
1 ^{0/00}		1 1/2 ^{0/00} vom Um- satz der größ. Seite		1 1/2 ^{0/00} v. d. größeren Seite (ohne Saldo vortrag u. ohne d. übl. freizustellend. Post.)		1/8 ^{0/00} v. d. größ. Seite mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1 ^{0/00} a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 1/2 fachen Höchst Soll per Quartal		1 ^{0/00} vom dreifachen Kredit pro Halbjahr ¹²⁾	
DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
1/2 ^{0/00} min. DM - .50		1/2 ^{0/00} min. DM - .50		nicht festgesetzt		1/2 ^{0/00} min. DM - .50		1/2 ^{0/00} min. DM - .50		1/2 ^{0/00} min. DM - .50	

6) Es können Sätze von 6 1/2—7% in Anrechnung gebracht werden. 7) Es können Sätze von 6 1/2—7% in Anrechnung gebracht werden bei Beträgen über DM 10 000.—. 8) Für Exporte und Importe „Erste Hand“, sowie besondere Warengruppen gelten Sondersätze. 9) Exportkredite. 10) Importkredite. 11) Nur für Mineralöle und zwar „Erste Hand“. 12) Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. 13) 1/8% per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsbauten.

Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden
in Prozenten

	Bayern	Hessen	Württemberg-Baden ²⁾	Bremen	Nordrhein-Westfalen ³⁾
Habenzinsen					
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	2	2	1½	1¾	2
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2½	2½	2½	2	2½
b) mit 6—12monatiger Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
c) mit über 12monatiger Kündigungsfrist	4	4	3½	4	4
3. für Kündigungsgelder					ab DM 10000 Einlagebetrag
a) 1 und weniger als 3 Monate	2¼	2¼	2 ⁸ / ₈	2¼	2¼ 3
b) 3 und weniger als 6 Monate	2½	2 ⁸ / ₄	2 ⁶ / ₈	2½	2½ 3½
c) 6 und weniger als 12 Monate	2 ⁸ / ₄	3	2 ⁷ / ₈	2 ⁷ / ₈	2 ⁷ / ₈ 4
d) 12 Monate und darüber	3¾	3¾	3 ⁸ / ₈	3¾	3¾ 4½
4. für Festgelder					
a) 30— 89 Tage	2	2¼	2¼	2¼	2¼ 3
b) 90—179 Tage	2¼	2¾	2½	2½	2½ 3½
c) 180—359 Tage	2½	3	2 ⁸ / ₄	2¾	2¾ 3¾
d) 360 Tage und darüber	3½	3¾	3¼	3½	3½ 4¼
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	nicht festgesetzt	¼	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus v. 23. 4. 40	¼ höchstens	¼

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. ²⁾ Abweichungen meldepflichtig. ³⁾ Höchstsätze. ⁴⁾ Bei Geschäften mit Kunden, die ihren Sitz außerhalb des Landes haben, in welchem das Kreditinstitut domiziliert, soll das Kreditinstitut berechtigt und verpflichtet sein, sich nach den Konditionen zu richten, welche im Land des Sitzes des Kunden maßgebend sind. ⁵⁾ Sätze nur für Lübeck gültig. ⁶⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1¼%. ⁷⁾ der Bankierkundschaft 1¼%. ⁸⁾ Der Bankierkundschaft 2¼%. ⁹⁾ Der Bankierkundschaft 1¼%.

Festverzinsliche Wertpapiere
Durchschnittskurse und Indices
(4. Quartal 1948 = 100)

Monat	Gesamt-index	darunter					
		Pfandbriefe		Kommunalobligationen einschl. Stadtanleihen		Industrieobligationen	
		Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern
1948							
Juli	123,5	9,25	123,2	8,55	120,4	7,85	127,4
August	123,3	9,29	123,6	8,23	115,8	7,70	124,9
September	118,2	8,67	119,3	8,00	112,6	7,16	116,3
Oktober	105,5	7,90	105,1	7,43	104,6	6,64	107,8
November	98,9	7,39	98,3	7,06	99,4	6,26	101,6
Dezember	95,7	7,25	96,5	6,84	96,2	5,60	90,8
1949							
Januar	102,5	7,76	103,3	7,15	100,7	6,15	99,8
Februar	109,1	8,22	109,4	7,73	108,7	6,71	108,9
März	104,4	7,86	104,6	7,54	106,2	6,32	102,6
April	104,4	7,89	105,1	7,54	106,1	6,13	99,5
Mai	101,7	7,58	100,9	7,50	105,6	6,36	103,2

Zinskonditionen - Stand am 31. Mai 1949¹⁾

jährlich

Niedersachsen ⁴⁾	Schleswig-Holstein ⁵⁾	Hamburg ³⁾	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern
Habenzinsen					
1	1	1 ⁶⁾	1 ⁷⁾	1 ⁸⁾	1
1 ^{3/4}	1	1 ^{1/2}	2 ⁸⁾	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}
2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}
3	3	3	3	3	2 ^{3/4}
4	4	4	4	4	3 ^{1/4}
ab DM 10000 Einlagebetr.				über DM 10000 Einlagebetr.	
2 ^{1/4} 3	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4} 3	2 ^{1/4} 3	2
2 ^{1/2} 3 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2} 3 ^{1/2}	2 ^{1/2} 3 ^{1/2}	2 ^{1/4}
2 ^{7/8} 4 ¹⁰⁾	2 ^{7/8}	2 ^{7/8}	2 ^{7/8} 4 ¹¹⁾	2 ^{7/8} 4 ¹¹⁾	2 ^{1/2}
3 ^{3/4} 4 ^{1/2}	3 ^{3/4}	3 ^{3/4}	3 ^{3/4} 4 ^{1/2} 11)	3 ^{3/4} 4 ^{1/2} 11)	3
2 ^{1/4} 3	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4} 3	2 ^{1/4} 3	2
2 ^{1/2} 3 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2} 3 ^{1/2}	2 ^{1/2} 3 ^{1/2}	2 ^{1/4}
2 ^{3/4} 3 ^{3/4}	2 ^{3/4}	2 ^{3/4}	2 ^{3/4} 3 ^{3/4}	2 ^{3/4} 3 ^{3/4}	2 ^{1/2}
3 ^{1/2} 4 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2} 4 ^{1/4}	3 ^{1/2} 4 ^{1/4}	3
1/4	besondere Festsätze	Grundsätze des Reichsaufsichts- amtes f. d. Kreditwesen v. d. Ge- währung d. Zinsvoraus v. 23.4.40 nebst Änderungen vom 3.4.41 und 15. 11. 1941	Abkommen gemäß Bekannt- machung des Reichsaufsichts- amtes für das Kreditwesen v. 23. 4. 40 zum Habenzinsab- kommen vom 22. 12. 1936	Grundsätze für die Gewäh- rung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941 (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens

¹⁰⁾ Der Satz zu c) darf nur gewährt werden, wenn von der Kündigung mindestens für 3 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird, andernfalls darf nur der Satz für Festgelder mit einer Laufzeit von 180-359 Zinstagen gewährt werden. ¹¹⁾ Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündigung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Andernfalls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4c bzw. 4d) vergütet werden.

Wertpapierkurse an der Frankfurter Börse
Monatsdurchschnitte

	1948					1949				
	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai
4% Hess. Ldbk.-Staatsbk.-Darmstadt	9.13	8.82	7.98	7.65	7.64	7.81	8.17	7.58	7.51	7.50
4% Landeskreditkasse zu Kassel Pfbr.	9.12	8.63	7.48	6.97	6.90	7.64	8.17	7.58	7.50	7.51
4% Nassauische Ldbk. Pfbr. v. 1927	9.34	8.78	8.24	7.89	7.86	7.97	8.19	7.74	7.69	7.54
4% Bayr. Hyp.- u. Wechselbk. München Gpibr.	9.55	9.42	8.09	7.69	7.65	7.82	8.27	7.84	7.74	7.64
4% Frankfurter Hyp. Bk. Pfbr.	9.16	8.61	7.55	7.01	7.03	7.68	8.19	7.60	7.50	7.37
4% Bad. Komm.-Ldbk. Mannheim Pf.	9.14	8.90	8.25	7.92	7.86	7.89	8.18	7.77	7.76	7.25
4% Meininger Hyp. Bk. Pf.	5.49	6.47	5.67	4.99	4.41	5.52	6.07	6.60	6.77	6.62
4% Pfälz. Hyp. Bk.-Pf.	9.28	8.94	7.91	6.98	7.59	7.74	8.18	7.99	7.84	7.50
4% Rhein.-Westf. Bod.-Cred. Bk. Pfbr.	8.99	8.51	7.62	6.87	6.94	7.60	8.18	7.60	7.60	7.50
4% Daimler Benz Obl. v. 1942	7.99	7.88	7.92	7.68	7.50	7.50	7.65	7.71	7.72	7.75
4% Degussa Obl. v. 1943	8.61	8.41	8.19	7.84	7.57	7.79	8.29	8.09	8.00	8.04
4% Rhein.-Westf. El. Werk Essen Obl. v. 1944	8.05	7.98	7.13	6.89	6.49	6.94	7.24	6.97	6.78	6.99
4% Neckar AG, Stuttgart, Obl. v. 1935	9.28	8.20	7.65	7.37	6.58	7.19	7.35	7.20	7.50	7.46
3 1/2% Bayern Landesanal. v. 1941 ¹⁾	7.88	8.41	8.50	8.46	8.04	7.75	7.75	7.75	7.75	7.75
2 1/2% Rheinl.-Hessen-Nassau Schatz- anweisungen von 1946 ²⁾	8.25	8.21	7.81	—	7.81	7.81	8.44	8.35	8.47	8.62
3 1/2% Hessen Staatsanleihe von 1929	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00
3% Hessen-Pfalz Schatzanw. von 1946 ²⁾	8.25	8.20	.	.	7.50	7.77	8.44	8.35	8.47	8.62
4% Darmstadt von 1928	7.00	7.00	7.02	7.02	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00
4% München v. 1928	6.98	7.93	9.00	9.00	9.00	8.44	8.52	8.40	8.51	8.51
Commerzbank	7.97	8.14	7.46	7.41	6.70	6.64	6.52	6.00	5.29	6.40
Deutsche Bank	6.75	6.62	6.73	6.80	6.40	6.31	5.84	5.30	5.32	6.60
Dresdner Bank	6.77	6.39	5.91	6.72	6.43	6.37	5.88	5.33	5.32	6.59
Frankfurter Bank	12.00	12.00	12.00	12.90	14.00	14.00	14.00	14.00	14.00	14.00
Accumulatoren	19.50	17.84	18.28	23.79	20.46	21.71	20.37	18.55	20.79	20.47
AEG	9.74	9.30	10.35	11.50	9.74	10.28	10.62	9.38	9.55	11.34
Brown, Boveri u. Cie.	55.58	50.95	51.97	59.45	56.52	55.93	55.85	54.33	55.68	53.36
R.W.E.	45.27	42.76	43.92	44.37	36.11	35.92	33.99	30.07	37.91	38.15
Adlerwerke	19.00	17.16	20.69	24.97	23.31	23.39	26.29	22.70	25.04	24.33
MAN	30.85	28.95	41.10	44.20	38.00	35.81	36.19	34.57	34.61	34.88
BMW	17.02	16.11	20.07	23.08	20.69	20.56	19.74	18.81	18.69	18.22
Daimler Benz A.G.	21.18	19.94	21.44	26.29	25.98	24.93	24.06	21.42	21.76	21.71
Deutsche Erdöl	19.52	17.41	17.33	19.06	15.92	15.08	14.42	11.99	13.29	15.32
Gutehoffnungshütte	31.33	33.92	33.49	30.49	25.53	23.96	23.36	20.73	22.91	24.59
Klöckner-Werke	20.17	20.36	20.32	20.58	16.91	16.17	15.87	14.77	15.49	16.36
Rheinische Braunkohlen-Brikett	55.37	53.09	53.58	54.95	45.70	44.40	43.11	37.28	41.88	44.77
Rheinische Stahlwaren	18.85	20.89	23.49	22.85	19.52	17.00	16.22	14.73	16.75	17.05
AG f. Verkehrswesen	15.02	17.16	16.95	17.96	18.68	19.08	20.09	20.02	20.00	20.19
Continental	47.77	44.73	51.98	57.07	53.05	51.40	50.89	47.82	51.89	53.04
Heidelberger Zement	45.85	43.77	48.29	58.43	58.41	54.49	50.76	46.21	49.02	47.74
Süddeutsche Zucker	53.83	55.02	55.00	66.18	63.24	62.12	60.94	56.50	56.50	56.60
Löwenbräu	53.19	55.15	55.90	56.66	48.64	48.31	44.89	44.76	45.50	44.13
Mannesmann-Röhren-Werke	19.54	19.01	19.70	20.44	17.21	16.39	15.56	14.20	15.49	17.00
Hoesch A.G., Dortmund	19.64	17.94	19.20	19.26	16.28	15.77	15.99	15.10	15.60	16.09
Holzmann, Ph.	30.65	29.18	33.87	39.46	37.42	33.31	32.40	31.03	30.14	29.89

¹⁾ Notierung an der Münchener Wertpapierbörse
²⁾ Notierung an der Stuttgarter Wertpapierbörse

Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien
in Mill. DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere					Aktien		Seit der Währungsreform insgesamt	
	hiervon				Monatlich insgesamt	Seit der Währungsreform insgesamt (bis Ende des jeweiligen Monats)	Monatlich		Seit der Währungsreform insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand					
1948 Seit der Währungsreform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	46,5	46,5	—	—	46,50
1949									
Januar	—	—	40,0	—	40,0	86,5	—	—	86,50
Februar	41,0	5,0	25,0	—	71,0	157,5	—	—	157,50
März	92,5	30,0	10,0	—	132,5	290,0	13,45	13,45	303,45
April	45,0	17,0	—	—	62,0	352,0	12,00	25,45	377,45
Mai	7,0	3,0	10,0	—	20,0	372,0	30,91	56,36	428,36
zusammen:	218,0	59,0	95,0	—	372,0	372,0	56,36	56,36	428,36
Davon waren am 31. Mai 1949 untergebracht:	97,4	15,3	62,0	—	—	174,7	—	56,36	231,06

Von den festverzinslichen Papieren sind 277 Mill. DM mit 5%, 25 Mill. DM mit 6% und 70 Mill. DM mit 6 1/2% verzinslich.

Emissionen und Umlauf kurzfristiger Schuldverschreibungen
in Mill. DM

Zeit	Emissionen					Umlauf am Ende des jeweiligen Monats
	Land	Betrag	Zinssätze	Verwendungszweck	Monatlich insgesamt	
1948 Seit der Währungsreform bis Dezember	Rheinland-Pfalz	9,550	3 1/2	Überbrückungskredit		
	Rheinland-Pfalz	13,000	5	Ablösung fälliger RM-Landeskassenanweisungen		
	Württ.-Hohenzoll.	2,500	5	Ablösung fälliger RM-Schatzwechsel	25,050	25,050
1949 Januar	Rheinland-Pfalz	13,000	5 1/2	Prolongation der in der Spalte „Seit der Währungsreform bis Dezember“ aufgeführten Emission von 13,000 Mill.		
	Württ.-Hohenzoll.	2,500		Ablösung fälliger RM-Schatzwechsel	15,500	27,550
Februar	Rheinland-Pfalz	6,000	5 1/2	Teilprolongation der in der Spalte „Seit der Währungsreform bis Dezember“ aufgeführten Emission von 9,550 Mill.	6,000	24,000
März	Rheinland-Pfalz	5,000	5	Zonenanleihe der Südwestdeutschen Eisenbahnen (Betriebsmittelbesch.)	5,000	26,500
April	Rheinland-Pfalz	1,400	5	Zonenanleihe der Südwestdeutschen Eisenbahnen (Betriebsmittelbesch.)		
	Rheinland-Pfalz	2,807	5	„		
	Württ.-Hohenzoll.	5,505	5	„		
	Baden	3,750	5	„		
	Württ.-Hohenzoll.	2,500	5	Prolongation der im Januar aufgeführten Emission von 2,500 Mill.	15,962	39,962
Mai	Rheinland-Pfalz	1,000	6	Zonenanleihe der Südwestdeutschen Eisenbahnen (Ausbau der Bahnanlagen in den Grenzbezirken des Landes Rheinland-Pfalz)		
	Baden	5,000	5 1/4	Überbrückungskredit	6,000	45,962

V. Oeffentliche Finanzen
Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet
in Mill. RM bzw. DM

	Rechnungsjahr 1947/48	Rechnungsjahr 1948/49						Rj. 1949/50	
		April - Juni ¹⁾	Juli - Sept. ²⁾	Okt.- Dez.	Januar	Februar	März	April	Mai
1. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet³⁾									
a) Besitz- und Verkehrssteuern	10 293,8	3 534,4	1 280,1	2 424,3	1 065,4	800,7	764,3	884,4	808,9
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	2 464,0	805,0	270,6	686,4	206,7	224,1	297,9	267,7	311,8
Insgesamt	12 757,8	4 339,4	1 550,7	3 110,7	1 272,1	1 024,8	1 062,2	1 152,1	1 120,7
2. Französ. Zone⁴⁾									
a) Besitz- und Verkehrssteuern	1 066,9	332,0	103,8	231,6	119,1	71,6	62,9	107,6	75,4
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	512,4	101,3	29,9	82,5	39,3	30,2	35,8	24,4	30,3
Insgesamt	1 579,3	433,3⁵⁾	133,7	314,1	158,4	101,8	98,7	132,0	105,7
3. Währungsgebiet (1 + 2)									
a) Besitz- und Verkehrssteuern	11 360,7	3 866,4	1 383,9	2 655,9	1 184,5	872,3	827,2	992,0	884,3
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	2 976,4	906,3	300,5	768,9	246,0	254,3	333,7	292,1	342,1
Insgesamt	14 337,1	4 772,7⁵⁾	1 684,4	3 424,8	1 430,5	1 126,6	1 160,9	1 284,1	1 226,4

¹⁾ 1. 4. — 20. 6. 48. ²⁾ 21. 6. — 30. 9. 48. ³⁾ Für Bayern jeweils die Zeit vom 26. des vorangegangenen bis zum 25. des laufenden Monats, für Württemberg-Baden analog vom 21. bis zum 20. ⁴⁾ Die Zahlen der französischen Zone können sich durch Nachmeldungen noch geringfügig ändern. ⁵⁾ Im Juni ohne Rheinland-Pfalz.

Quellen: Für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet: Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.
Für die französische Zone: Finanzministerien der Länder.

Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet nach Steuerarten
in Mill. DM

Steuerarten	Rechnungsjahr 1948/49 ¹⁾					Rj. 1949/50 ¹⁾	
	Juli - Sept. ²⁾	Okt. - Dez.	Januar	Februar	März	April	Mai
I. Besitz- und Verkehrssteuern							
Insgesamt	1 383,9	2 655,9	1 184,5	872,3	827,2	992,0	884,3
darunter							
Lohnsteuer	355,3	490,8	178,9	162,7	169,3	159,2	169,1
Veranlagte Einkommensteuer	343,2	762,3	364,5	257,0	213,5	303,0	226,6
Körperschaftsteuer	137,9	354,8	164,1	100,8	99,2	167,9	121,2
Vermögensteuer	52,2	84,4	8,5	9,3	4,1	3,2	7,8
Umsatzsteuer	441,8	840,1	343,9	276,4	291,2	300,9	314,9
II. Verbrauchssteuern und Zölle							
Insgesamt ³⁾	300,5	768,9	246,0	254,3	333,7	292,1	342,1
darunter							
Tabaksteuer	182,6	432,4	129,5	140,4	187,1	160,0	199,8
Biersteuer	24,3	51,2	14,5	12,7	15,1	13,8	18,9
Kaffeesteuer ⁴⁾	11,3	50,8	19,9	19,6	26,8	20,4	32,3
Zuckersteuer	26,8	106,6	30,5	28,0	33,6	34,8	24,6
Spiritus- u. Branntweinmonopol	4,5	41,5	19,6	23,4	36,2	32,5	29,5
Zölle	23,5	34,7	10,6	13,1	16,3	16,0	22,9
Insgesamt (I u. II)	1 684,4	3 424,8	1 430,5	1 126,6	1 160,9	1 284,1	1 226,4

¹⁾ Für Bayern jeweils die Zeit vom 26. des vorangegangenen bis zum 25. des laufenden Monats, für Württemberg-Baden analog vom 21. bis zum 20. ²⁾ 2. 6.—30. 9. 48. ³⁾ Einschl. Kriegszuschläge. ⁴⁾ Von den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes an die Verwaltung für Finanzen abzuführen, soweit die Steuerschuld nach dem 31. 10. 48 entstanden ist.

Quelle: Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und Finanzministerien der Länder der französischen Zone.

VI. Außenhandel ¹⁾
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
Spezialhandel

Monat	Einfuhr (Kategorie A + B)			Ausfuhr		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		Ernährungs- Wirtschaft	Gewerbl. Wirtschaft		Ernährungs- Wirtschaft	Gewerbl. Wirtschaft
in Mill. RM bzw. DM						
1948						
Januar	116,3	71,7	44,7	43,0	1,9	41,1
Februar	145,1	94,7	50,3	67,7	10,8	56,9
März	148,2	89,8	58,4	77,4	7,3	70,1
April	204,6	126,3	78,3	97,2	2,9	94,3
Mai	226,5	145,0	81,4	89,6	3,5	86,1
Juni	330,1	219,7	110,4	109,6	1,0	108,6
Juli	290,9	177,8	113,2	170,5	0,5	170,0
August	331,4	188,0	143,4	223,5	1,4	222,1
September	364,2	228,0	136,3	205,8	0,4	205,3
Oktober	218,3	108,0	110,2	216,5	1,1	215,4
November	302,7	149,4	153,3	225,8	4,3	221,6
Dezember	485,5	226,6	258,9	290,2	13,5	276,7
Insgesamt	3 163,8	1 825,0	1 338,8	1 816,8	48,6	1 768,2
1949						
Januar	315,3	147,0	168,3	253,9	12,4	241,5
Februar	476,4	219,0	257,4	276,5	8,8	267,7
März	445,8	174,8	271,0	309,2	8,2	301,0
April	452,4	187,7	264,7	288,4	6,3	282,1
Mai	646,6	265,0	381,6	331,5	2,8	328,7
in Mill. \$						
1948						
Januar	.	.	.	25,1	0,4	24,7
Februar	.	.	.	35,0	2,4	32,6
März	.	.	.	40,5	1,7	38,8
April	.	.	.	40,9	0,7	40,2
Mai	.	.	.	36,5	0,7	35,8
Juni	.	.	.	47,1	0,2	46,9
Juli	.	.	.	48,9	0,1	48,8
August	.	.	.	63,0	0,4	62,6
September	.	.	.	57,0	0,1	56,9
Oktober	.	.	.	59,3	0,3	59,0
November	.	.	.	61,0	1,2	59,8
Dezember	.	.	.	77,6	3,5	74,1
Insgesamt	.	.	.	591,9	11,7	580,2
1949						
Januar	104,9	52,8	52,1	70,8	3,4	67,4
Februar	155,5	78,1	77,4	78,7	2,5	76,2
März	151,1	67,5	83,6	86,8	2,4	84,4
April	148,1	65,1	83,0	82,2	1,9	80,3
Mai	208,7	91,7	117,0	94,2	0,8	93,4

¹⁾ Die Ein- und Ausfuhrwerte in RM bzw. DM sind nicht miteinander vergleichbar, da die Bewertung zum Teil nach Weltmarkt-, zum Teil nach Inlandspreisen erfolgt.

VII. Produktion, Umsatz und Preise

Index der industriellen Produktion

(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

1936 = 100

Zeit	Gesamt-Index		Investitionsgüter-Industrien ¹⁾								
			Insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen							
	1)	2)		Eisenerz Fe-Gehalt	Eisen und Stahl	NE-Metalle	Steine und Erden	Säge- und Holzindustrie	Ma-schinenbau	Fahrzeugbau	Elektro-technische Industrie
1946 M.-D.	34,4
1947 „	39,2	.	28,8	58,9	20,1	23,5	35,3	62,1	32,2	15,3	59,3
1948 „	60,0	.	50,0	96,7	35,8	44,4	63,6	75,0	51,4	39,2	105,6
1948 Januar	46,8	.	34,6	79,5	25,1	28,4	37,2	59,1	38,9	20,3	67,5
Februar	47,3	.	36,0	71,9	23,7	28,3	36,2	56,0	42,7	23,3	72,7
März	50,7	.	38,6	81,2	26,9	29,4	41,6	57,0	44,4	25,7	83,6
April	52,9	.	41,7	97,1	28,8	33,9	47,2	66,0	45,5	27,3	93,1
Mai	47,0	.	36,9	83,7	25,7	29,0	48,3	68,5	39,7	22,1	72,0
Juni	51,1	51	39,7	90,1	30,2	31,3	57,5	58,7	41,6	26,3	81,2
Juli	61,2	58	50,2	109,3	37,6	49,0	72,9	70,3	48,4	41,1	94,5
August	64,9	64	55,3	106,6	40,9	54,4	83,5	79,9	50,9	42,0	111,7
September	70,0	69	61,4	104,9	43,7	60,1	87,0	88,5	58,9	52,1	129,6
Oktober	73,7	72	65,5	110,3	48,1	60,9	90,0	98,2	63,2	58,5	141,9
November	75,4	77	68,4	110,7	47,9	63,6	85,5	99,1	71,3	62,9	153,3
Dezember	78,8	77	71,0	114,5	50,9	65,9	76,2	99,0	70,8	68,7	165,3
1949 Januar	81,0	79	72,2	115,4	51,8	65,9	66,8	105,0	77,3	69,4	170,1
Februar	80,0	85	73,0	109,0	53,0	67,0	64,0	107,0	80,0	72,0	174,0
März	90,0	86	82,0	127,0	60,0	78,0	76,0	108,0	93,0	85,0	187,0
April	82,0	86	75,0	108,0	56,0	75,0	81,0	105,0	83,0	79,0	169,0
Mai	87,0	88	78,0	119,0	61,0	78,0	97,0	101,0	85,0	87,0	173,0

Zeit	Allgemeine Produktionsgüter-Industrien ¹⁾					Verbrauchsgüter-Industrien ¹⁾						
	Insgesamt	darunter ausgewählte Ind.-Grupp.				Insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen					
		Kohle	Strom	Gas	Chemie		Papier- Er- zeugung	Leder- Er- zeugung	Textilien (ohne Kunst- seide und Zellwolle)	Keramik	Bereifung u. sonstige Kautschuk- waren	Schuhe
1946 M.-D.
1947 „	64,7	65,2	111,3	47,9	40,2	33,3	30,7	29,0	27,5	38,6	48,3	34,8
1948 „	84,0	79,0	137,0	67,3	61,3	55,0	52,5	42,9	45,8	66,7	80,8	55,1
1948 Januar	76,8	73,0	142,2	57,7	46,3	39,8	38,2	32,9	31,8	46,3	60,2	40,9
Februar	73,6	70,0	129,7	57,1	48,2	42,6	40,1	33,0	34,6	50,3	70,1	44,6
März	79,9	77,8	136,3	63,1	52,8	44,6	41,0	33,7	36,4	52,1	71,2	46,0
April	79,4	76,2	131,4	63,3	55,6	47,9	45,3	32,8	39,0	52,4	79,4	47,4
Mai	72,7	66,1	121,3	64,5	51,8	40,5	36,4	27,8	32,2	48,8	61,7	35,5
Juni	77,6	79,5	121,3	64,5	53,1	44,8	42,6	28,8	36,2	51,9	63,8	28,6
Juli	84,7	83,4	126,1	69,2	64,5	58,3	58,2	49,1	48,1	67,9	90,2	61,1
August	85,8	81,1	129,1	70,6	67,6	62,8	59,9	56,7	53,4	75,3	92,3	64,0
September	90,5	82,5	145,3	70,2	70,4	66,2	63,9	55,2	55,5	80,1	96,8	72,4
Oktober	93,6	85,9	150,1	73,8	71,8	69,6	66,8	54,5	59,3	87,8	99,4	76,6
November	94,1	83,8	150,7	74,3	75,2	69,7	67,5	52,7	57,9	91,0	97,2	73,8
Dezember	99,2	88,6	166,1	79,5	75,6	73,0	69,4	58,2	61,9	96,8	100,9	75,7
1949 Januar	101,6	89,7	168,5	80,6	78,8	75,9	73,8	62,0	63,7	91,9	100,5	79,4
Februar	96,0	86,0	152,0	74,0	77,0	77,0	75,0	59,0	66,0	95,0	103,0	75,0
März	108,0	96,0	165,0	82,0	90,0	91,0	89,0	62,0	82,0	102,0	116,0	78,0
April	97,0	86,0	147,0	81,0	81,0	82,0	81,0	53,0	75,0	92,0	91,0	71,0
Mai	104,0	91,0	152,0	85,0	86,0	88,0	88,0	66,0	81,0	97,0	94,0	78,0

¹⁾ Kalendermonatlich

²⁾ Arbeitstäglich

Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß	
	im Monat	arbeits-täglich	Steinkohle	Koks
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 „	5 927	234,7	.	.
1948 „	7 253	285,1	.	.
1948 Januar	6 624	254,8	4 208	2 656
Februar	6 423	267,6		
März	7 203	288,1		
April	6 980	268,5		
Mai	5 931	265,8		
Juni	7 412	285,1		
Juli	7 761	287,4	786	675
August	7 456	286,8	627	662
September	7 567	291,0	743	631
Oktober	7 865	302,5	733	620
November	7 715	308,6	697	628
Dezember	8 096	311,4	632	626
1949 Januar	8 204	328,2	852	683
Februar	7 871	328,0	777	667
März	8 893	329,4	947	759
April	7 898	329,1	810	815
Mai	8 377	335,1	865	818
Juni ¹⁾	8 104	333,3	.	.

¹⁾ Vorläufig.
Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung

Eisen- und Stahlerzeugung
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in 1000 t

Zeit	Roheisen	Rohstahl	Walzwerks- erzeugnisse ¹⁾
1946 M.-D.	173	207	162
1947 „	189	246	175
1948 „	384	448	302
1948 Januar	266	304	215
Februar	262	299	198
März	297	343	223
April	313	363	241
Mai	313	324	211
Juni	336	378	253
Juli	402	457	320
August	434	510	345
September	469	572	363
Oktober	511	610	403
November	494	599	407
Dezember	514	612	439
1949 Januar	545	651	437
Februar	525	662	456
März	596	752	516
April	569	705	480
Mai	614	771	521
Juni ²⁾	596	751	.

¹⁾ ohne unbearbeitetes Halbzeug
Quelle: Fachstelle Stahl und Eisen
²⁾ vorläufig

Arbeitsmarkt (Währungsgebiet)

Zeit	Beschäftigte in 1000	Arbeitslose in 1000	Offene Stellen in 1000	Arbeitslosen- und Arbeitslosen- fürsorgeunterstützungsempfänger in 1000 (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
1948 31. März	.	471,8	757,0	.
31. Mai	.	448,2	802,8	13
30. Juni	13 499,8	451,0	677,1	15
31. Juli	.	665,1	285,0	79
31. August	.	784,3	271,1	194
30. September	13 497,9	784,2	297,2	263
31. Oktober	.	739,5	305,5	287
30. November	.	715,1	276,2	309
31. Dezember	13 738,7	759,6	225,8	375
1949 31. Januar	.	962,9	216,9	513
28. Februar	.	1 068,9	212,3	638
31. März	13 447,3	1 168,4	197,2	735
30. April	.	1 232,4	183,6	756
31. Mai	.	1 257,2	157,1	808
30. Juni	13 488,2	1 283,4	147,7	864

Quelle: Verwaltung für Arbeit, Landesarbeitsämter

Verkehrsentwicklung (Westdeutschland)

Zeit	Eisenbahn						Binnenschiffahrt
	Durchschnittliche arbeits-tägliche Güterwagen-gestellung	Umlaufzeit der Güterwagen in Tagen Ver. Wi. Gebiet	Güterverkehr (ohne Express- und ohne Güterkraftverkehr) ¹⁾ in 1000 t	beförderte Personen in 1000	betriebs-fähige Güterwagen in 1000	betriebs-fähige Dampf-lokomotiven in 1000	beförderte Güter in 1000 t Ver. Wi. Gebiet
1948 M.-D.	43 686	6,1	17 757	137 314	263 680	7,9	4 058
1948 Januar	35 062	7,6	14 977	147 664	259 976	7,3	2 305
Februar	36 763	7,2	14 258	145 080	264 320	7,3	2 984
März	39 056	7,1	15 761	161 993	267 875	7,4	3 885
April	39 575	6,6	17 000	157 822	260 065	7,5	4 432
Mai	41 281	6,9	15 322	174 890	256 375	7,6	3 821
Juni	40 000	6,2	16 456	161 566	263 949	7,7	4 724
Juli	44 036	5,7	19 347	98 255	258 652	7,9	4 721
August	47 034	5,6	19 053	114 513	261 733	8,1	4 709
September	48 867	5,2	19 521	113 430	262 503	8,3	4 866
Oktober	50 228	5,2	20 797	123 605	262 894	8,5	4 497
November	53 113	5,1	20 707	126 745	271 070	8,7	4 245
Dezember	49 213	5,5	19 889	122 206	274 746	8,9	3 506
1949 Januar	49 943	5,4	19 697	133 010	268 625	8,8	3 903
Februar	51 403	5,1	18 546	113 382	270 603	8,9	3 859
März	50 746	4,8	20 515	115 877	261 095	8,9	4 718
April	51 786	5,8	18 794	114 120	256 642	8,9	4 595
Mai	51 218	5,5	19 258	118 274	250 362	8,9	5 107

¹⁾ Neuberechnung Quellen: Hauptverwaltung der Eisenbahn, Hauptverwaltung der Binnenschiffahrt Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen

Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder

1938 = 100

Index der Grundstoffpreise 1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungs-mittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juni ¹⁾	154,8	123,5	175,6
Juli	158,6	127,2	179,3
August	171,9	129,2	200,3
September	178,8	132,2	209,9
Oktober	187,7	148,6	213,7
November	190,1	150,6	216,5
Dezember	192,6	154,4	218,0
1949 Januar	191,6	154,8	216,2
Februar	189,7	155,5	212,5
März	188,5	155,8	210,3
April	186,1	152,7	208,4
Mai	189,5	167,6	204,1

¹⁾ Monatsmitte

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Zeit	Groß-britannien (Economist)	Frankreich (Offiziel)	Vereinigte Staaten (Bureau of Labor)
1945 M.-D.	166	375	135
1946 „	176	648	154
1947 „	204	989	194
1948 „	225	1712	210
1948 Januar	217	1463	211
Februar	220	1537	205
März	224	1536	205
April	223	1555	207
Mai	226	1653	209
Juni	228	1691	211
Juli	226	1698	215
August	225	1783	216
September	227	1791	215
Oktober	227	1887	210
November	228	1977	209
Dezember	231	1974	206
1949 Januar	232	1946	204
Februar	231	1899	201
März	231	1873	202
April	230 ¹⁾	1846	200
Mai	236 ¹⁾	1892	.

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Moody's Index für USA-Warenpreise

Wochendurchschnitte
Dezember 1931 = 100

Woche		Woche		Woche	
1948		1949			
1. 10.	411,3	2. — 8. 1.	394,1	3. — 9. 4.	358,0
3. — 9. 10.	402,9	9. — 15. 1.	390,8	10. — 16. 4.	354,5
10. — 16. 10.	405,7	16. — 22. 1.	390,2	17. — 23. 4.	347,8
17. — 23. 10.	405,8	23. — 29. 1.	385,0	24. — 30. 4.	343,6
24. — 30. 10.	402,8	30. 1. — 5. 2.	382,8	1. — 7. 5.	344,5
1. — 6. 11.	400,9	6. — 12. 2.	373,8	8. — 14. 5.	343,5
8. — 13. 11.	397,6	13. — 19. 2.	374,2	15. — 21. 5.	344,2
15. — 20. 11.	398,0	20. — 26. 2.	374,1	22. — 28. 5.	344,2
22. — 27. 11.	403,5	27. 2. — 5. 3.	376,2	29. 5. — 4. 6.	341,9
29. 11. — 4. 12.	400,9	6. — 12. 3.	375,2	5. — 11. 6.	340,4
5. — 11. 12.	398,4	13. — 19. 3.	370,0	12. — 18. 6.	338,7
12. — 18. 12.	393,3	20. — 26. 3.	369,0	19. — 25. 6.	339,0
19. — 25. 12.	397,3	27. 3. — 2. 4.	367,4		
26. — 31. 12.	394,7				

Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren

(Durchschnittspreise)

Zeit	Weizen	Mais	Kaffee	Zucker	Schweine	Baumwolle	Kautschuk	Kupfer	Zinn	Blei	Zink	Erdöl, roh
	Chicago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Chicago 1 Bushel = 56 lbs. \$	New York 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$ cents	Chicago 100 lb. \$	New Orleans 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$	New York 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$ cents	St. Louis 1 lb. \$ cents	Pensylvan. 1 Barrel = 1,59 hl \$
1946	1,98	1,63 ^{3/4}	17,61 ^{1/8}	4,43 ^{3/8}	18,68 ^{3/4}	29,57 ^{1/2}	0,22 ^{1/2}	13,06 ^{1/4}	52,00	7,68 ^{3/4}	8,81 ^{1/4}	3,15 ^{1/4}
1947	2,62	2,17	26,62 ^{1/2}	6,21	24,85	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29
1948	2,45	2,08	26,77	5,52	23,65	31,51	0,22	22,21	99,25	18,04	13,38	5,00
1948 Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	33,70	0,22 ^{1/4}	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	10,50	5,00
Februar	2,53 ^{1/2}	2,07 ^{1/4}	26,25	5,50	22,45	30,20	0,20 ^{1/2}	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	12,00	5,00
März	2,56 ^{1/2}	2,37	26,25	5,45	23,05	31,65	0,20	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	12,00	5,00
April	2,61 ^{3/4}	2,42	26,50	5,37	20,45	35,35	0,23	21,37 ^{1/2}	94,00	17,50	12,00	5,00
Mai	2,49	2,36 ^{3/4}	27,00	5,15	19,20	35,65	0,23 ^{1/2}	21,37 ^{1/2}	94,00	17,50	12,00	5,00
Juni	2,39 ^{1/2}	2,33	27,00	5,20	23,35	35,15	0,22 ^{7/8}	21,37 ^{1/2}	103,00	17,50	12,00	5,00
Juli	2,29 ^{1/2}	2,20	27,00	5,70	25,65	30,50	0,23	21,37 ^{1/2}	103,00	17,50	12,00	5,00
August	2,21 ^{1/4}	2,07	27,00	5,78	27,40	28,05	0,23	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
September	2,25 ^{1/2}	1,95	26,50	5,65	27,50	31,15	0,27 ^{7/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	27,85	0,22 ^{5/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
November	2,26 ^{1/2}	1,39	27,25	5,68	21,25	29,05	0,19 ^{5/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	15,50	5,00
Dezember	2,26 ^{1/2}	1,45	27,00	5,60	20,55	29,80	0,18 ^{3/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	5,00
1949 Januar	2,34	1,44 ^{1/4}	27,00	5,70	19,90	30,30	0,19 ^{1/4}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	4,50
Februar	2,25	1,30	26,50	5,65	20,00	30,50	0,18 ^{1/4}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	4,00
März	2,19 ^{1/2}	1,32	26,50	5,65	20,25	30,35	0,19 ^{1/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	18,00	17,50	4,00
April	2,39 ^{1/2}	1,38 ^{1/4}	26,00	5,70	18,70	31,00	0,18 ^{1/4}	21,37 ^{1/2}	103,00	15,00	14,00	3,55
Mai	2,38 ^{3/4}	1,39	26,75	5,85	18,35	30,95	0,18 ^{1/8}	17,875	103,00	14,00	12,00	3,40

Quelle: DBD - Preisdienst (Deutscher Börsen-Dienst)